

Noch nicht genehmigt

Protokoll 08

Stadtratssitzung

Donnerstag, 27.04.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	427
Mitteilung des Präsidiums	428
2023.SR.000019	429
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 04 vom 16.02.2023)	
2023.SR.000019	429
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 05 vom 02.03.2023)	
2021.BSS.000055	429
3 Wahlen in diverse Schulkommissionen	
2018.BSS.000089	430
4 Einführung Regelangebot Betreuungsgutsprachen: Reglement vom 21. Oktober 2021 über die Aufgaben der Stadt im Bereich Alter (Altersreglement; AR; SSSB 863.1); Teilrevision; 2. Lesung	
2010.SR.000073	435
5 Motion Rolf Zbinden (PdA): Jedem Kind ein Instrument; Fristverlängerung	
2013.TVS.000099	439
6 Optimierung Velostation PostParc: Anschluss an die Bahngleisanlagen und Ausbau Veloabstellplätze; Ausführungskredit	
2023.TVS.000050	443
8 Zirkusplatz: Neubau Stromversorgungsanlage; Projektierungs- und Realisierungskredit	
2023.TVS.000035	444
7 Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100); Ersatzbeschaffung von drei Kehrriechwagen; Kredit	
2014.PRD.000100	445
9 Gesamtprojekt «Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen»: Informationen zum Projektstand; Kredit für generelle Planung, Kreditaufstockung	
Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.	457
Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.25 Uhr.....	458
2012.SR.000305	459
10 Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Lea Bill, JA!): Kostenpflichtige Parkplätze für Motorräder; Fristverlängerung	
2017.SR.000171	461

11	Postulat Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Tabea Rai, AL) – übernommen durch Eva Chen (AL): Mehr urbane Aare-Lebensqualität für alle durch Brückenlifte; Fristverlängerung	
2018.SR.000012	461
12	Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) – übernommen durch Matthias Humbel (GFL): Citylogistic: Dem zunehmenden Lieferverkehr zukunftsgerichtet und nachhaltig begegnen; Annahme als Richtlinie	
2018.SR.000247	462
13	Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeiträge für Ladestationen	
2019.SR.000067	464
14	Interfraktionelle Motion Fraktion GFL/EVP, GB/JA!, SP/JUSO, GLP/JGLP (Patrik Wyss, GFL/Franziska Grossenbacher, GB/Laura Binz, SP/Melanie Mettler, GLP): Effektive Massnahmen gegen Lichtverschmutzung in die Bauordnung aufnehmen	
2019.SR.000004	468
15	Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Katharina Gallizzi, GB): Swiss Prix in Bern: Transparenz sicherstellen!	
2018.SR.000188	473
16	Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Rahel Ruch, GB/Seraina Patzen, JA!/Angela Falk, AL/Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018	
2018.SR.000193	480
17	Motion Freie Fraktion AL/PdA/GaP (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Lea Bill (GB): Aufsichtsrechtliche Anzeige des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018	
2018.SR.000195	480
18	Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Einsätze und Intervention im Umfeld der Reitschule nur noch mit Bodycams	
2019.SR.000065	485
19	Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Signalhorn vor der Reitschule entfernen, Störungen von Amtshandlungen und gezielte Provokation durch die Reitschule	
2019.SR.000085	485
20	Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Null Toleranz bei Pyro-Zünlern, militanten Reithalleaktivisten und illegalen Sprayern aus der Reithalle sowie bei Gewalt im Sport	
Verschobene Traktanden	486
Eingänge	486
Schluss der Sitzung: 22.23 Uhr.		

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

1. Vizepräsidentin Valentina Achermann

Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Ruth Altmann	Seraphine Iseli	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Tom Berger	Anna Jegher	Kurt Rüeegsegger
Diego Bigger	Raffael Joggi	Vanessa Salamanca
Lea Bill	Nora Joos	Mahir Sancar
Laura Binz	Barbara Keller	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Ingrid Kissling-Näf	Florence Schmid
David Böhner	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Eva Chen	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Therese Streit-Ramseier
Alexander Feuz	Simone Machado	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Michael Sutter
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Dominic Nellen	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Barbara Nyffeler	Marcel Wüthrich
Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães	Paula Zysset
Erich Hess	Simone Richner	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Sibyl Eigenmann	Präsident Michael Hoekstra
Janina Aeberhard	Jelena Filipovic	Ueli Jaisli
Mirjam Arn	Lionel Gaudy	Salome Mathys
Michael Burkard	Lukas Gutzwiller	Sara Schmid
Milena Daphinoff	Bernadette Häfliger	

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Renate Bock, Protokoll		

Mitteilung des Präsidiums

1. Vizepräsidentin: Wir sind beschlussfähig. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser heutigen Stadtratssitzung. Wie Sie wahrscheinlich schon bemerkt haben, haben wir heute eine aussergewöhnliche Besetzung, und zwar ist Michael Hoekstra in der ersten Sitzung abwesend und darum darf ich meine Probe-Sitzung abhalten. Es ist nicht nur für mich eine Probe-Sitzung, sondern neben mir ist Tom Berger, der heute die Aufgaben des ersten Vizepräsidiums übernimmt. Ich glaube, ich kann sagen, wir freuen uns. Bitte seien Sie geduldig mit uns, vor allem, was die Abstimmungen anbelangt, aber ich bin zuversichtlich, dass es gut kommt.

Rücktritte sind keine bekannt und dementsprechend auch keine neuen Ratsmitglieder zu begrüßen. Geburtstag gibt es heute auch keinen, von dem wir wissen. Aber gestern hatte Thomas Hofstetter Geburtstag. Wir gratulieren ihm nachträglich. Es gibt noch eine andere erfreuliche Nachricht, und zwar hat unsere Stadtratskollegin Sara Schmid am 11. April ein Kind bekommen, eine Tochter namens Ambra. Wir gratulieren ihr ganz herzlich und wünschen ihnen ein schönes Kennenlernen. Dann habe ich noch ein paar Mitteilungen, bevor wir zur Traktandenliste kommen. Ich möchte gerne auch Renate Bock begrüßen. Sie hat per 1. April als Redaktorin im Ratssekretariat angefangen zu arbeiten. Herzlich willkommen.

Sie haben ein Formular erhalten für die Anmeldung zur Nutzung der mobilen Sitzungsvorbereitung (MSV). Alle Mitglieder der Kommissionen haben das bekommen. Wenn Sie ausgedruckte Formulare brauchen, dann finden Sie die auf Mago Flücks Pult. Das Ratssekretariat wäre sehr dankbar, wenn Sie möglichst noch heute das Formular retournieren könnten.

Auf Ihrem Pult liegt auch ein Zeitausweis des letzten Monats. Wenn jemand der Meinung ist, dass er oder sie monatlich einen solchen Zeitausweis braucht, weil er oder sie die Sitzungen des Vormonats nicht aus der Agenda rekonstruieren kann, dann retournieren das doch auch an Mago Flück. Bitte denken Sie an das Badgen bei beiden Sitzungen. Das Einreichen von Vorstössen funktioniert wie immer: die dringlichen bis um 21 Uhr und alle anderen bis um 21.30 Uhr. Ich bitte Sie, alle ihre Vorstösse doch schon in der ersten Sitzung einzureichen, damit Tom Berger ein bisschen üben kann.

Wir fangen an mit einem **Ordnungsantrag**, der heute eingereicht wurde von der GB/JA!-Fraktion. Sie finden ihn auch auf der Antragsliste. Es geht um den Traktandenblock 16 bis 20, der geteilt werden soll. Wir würden jetzt gerade über den Ordnungsantrag abstimmen.

Ordnungsantrag

1	GB/JA	Der Traktandenblock 16–20 soll in zwei Traktandenblöcke getrennt werden: Die Traktanden 16 und 17 sollen gemeinsam behandelt werden und dann auch die Traktanden 18–20.
---	-------	---

Abstimmung

Ordnungsantrag GB/JA!	
Annahme	
Ja	42
Nein	2
Enthalten	0
Namensliste 007	

2023.SR.000019

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 04 vom 16.02.2023)

Gemeinsame Beratung der Traktanden 1 und 2.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu den Traktanden 1 und 2. Es sind Protokollgenehmigungen. Sie werden zusammen behandelt. Es sind keine Änderungsanträge bei uns eingegangen und darum meine Frage: Sind die Protokolle bestritten? Das ist nicht der Fall und darum gelten die Protokolle als genehmigt. Ich danke ganz herzlich den Verfasserinnen dieser Protokolle.

Stillschweigende Annahme

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 05 vom 02.03.2023)

Gemeinsame Beratung der Traktanden 1 und 2: siehe Traktandum 1.

2021.BSS.000055

3 Wahlen in diverse Schulkommissionen

1. Vizepräsidentin: Ich gebe SBK-Sprecher Tom Berger das Wort.

Tom Berger (FDP) für die SBK: Am 8. April 2021 haben wir ein Postulat angenommen unter dem Titel «Wahl in die Schulkommission soll kein Durchwinken unbekannter Personen sein». Nach Annahme dieses Postulats ist im Zuge der letzten Revision des Schulreglements in diesem Schulreglement eine Anpassung vorgenommen worden. Relevant ist Artikel 24 Absatz 6 des Schulreglements, der besagt, dass der Stadtrat die Mitglieder der Schulkommissionen auf Empfehlung der zuständigen Sachkommission wählt. Die zuständige Sachkommission ist die SBK. Das heisst, dass Kandidatinnen und Kandidaten zuhandeder SBK ein Dossier mit ihrem Lebenslauf und einem kurzen Motivationsschreiben einreichen. Die SPK prüft die Kandidaturen und gibt dem Stadtrat eine Wahlempfehlung ab. Zudem ist im Schulreglement in Artikel 26 Absatz 2 festgehalten, dass bei der Zusammensetzung der Schulkommissionen eine gleichmässige Verteilung der Geschlechter berücksichtigt werden soll, wobei ich hier im Namen der SBK sagen muss, dass die SBK als Kommission natürlich keinen Einfluss darauf hat, was für Menschen nominiert werden. Es liegt in der Verantwortung oder in der Mitverantwortung der nominierenden Parteien, dass sie diesem Umstand grösstmöglich Rechnung tragen.

Die heute vorliegenden Kandidaturen hat die SBK an ihrer Sitzung vom 20. März diskutiert und geprüft. Es gibt keinerlei Vorbehalte gegen eine Person, die zur Wahl steht. Im Gegenteil, die SBK empfiehlt Ihnen einstimmig, sämtliche heute zur Wahl nominierten Personen zur Wahl. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch, allen Leuten, die sich in den Schulkommissionen engagieren, für das wertvolle Engagement zu danken. Und sollten die Leute heute Abend gewählt werden, gratuliere ich ihnen zu ihrer Wahl und wünsche ihnen in ihrem neuen Amt nur das Beste.

An der SBK-Sitzung ist, als wir das als Kommission jetzt zum ersten Mal so erlebt haben, die Frage aufgetaucht, wie der Prozess genau aussieht. Es stand im Raum, dass es offenbar bei gewissen Dossiers relativ lange dauerte zwischen der Nomination dieser Personen bis jetzt heute am Abend zur Traktandierung der Wahl. Und dazu kann ich Ihnen einfach sagen, dass die SBK in Kontakt mit der Verwaltung steht, namentlich mit dem Schulamt, damit wir gemeinsam diesen Prozess noch anschauen und gemeinsam prüfen, ob es noch Anpassungsbedarf gibt. Aber noch einmal: Das wichtigste ist, dass wir Ihnen alle nominierten Personen einstimmig zur Wahl empfehlen.

1. Vizepräsidentin: Gibt es Diskussionsbedarf zu diesen Wahlen? Dann hat die Gemeinderätin das Wort. Sie verzichtet.

Dann kommen wir zur Wahl. Ich werde vorlesen, welche Personen für welche Schulkommission nominiert sind.

- Für die Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl sind es Stephanie Raemy (SP) und Lisa Schädel als Elternvertretung.
- Für die Schulkommission Heilpädagogische Schule und Sonderklassen ist es Jasmin Schwarz als Elternvertretung.
- Für die Schulkommission Bethlehem ist es Simon Dubach (GB/JA!).
- Für die Schulkommission Sprachheilschule ist es Alihan Akyol als Elternvertretung.
- Für die Schulkommission Breitenrain-Lorraine sind es Martin Krummenacher (GFL) und Marianne Barthelmy (Elternvertretung).

Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass wir alle in Globo wählen, ausser es gäbe Widerspruch. Aber auch das ist nicht der Fall. Wir stimmen mittels Handerheben ab.

Danke. Dann gratuliere ich all diesen frisch gewählten Personen.

Einstimmige Wahl

2018.BSS.000089

4 Einführung Regelangebot Betreuungsgutsprachen: Reglement vom 21. Oktober 2021 über die Aufgaben der Stadt im Bereich Alter (Altersreglement; AR; SSSB 863.1); Teilrevision; 2. Lesung

1. Vizepräsidentin: Die Fraktionsvoten und die Antragsbegründungen sind schon in der ersten Lesung gehalten worden. Für die zweite Lesung bitte ich Sie, sich auf Ergänzungen und Neuerungen zu begrenzen. Ich erteile der Kommissionssprecherin SBK, Sarah Rubin, das Wort.

Sarah Rubin (GB) für die SBK und die Fraktion: Da wir das Geschäft in zweiter Lesung behandeln, gehe ich nur auf die vorliegenden zwei Anträge ein, die in der SBK-Sitzung diskutiert wurden. Zum ersten Antrag FDP/JF, Mitte geht es darum, dass die Lösung der Stadt nach fünf Jahren automatisch aufgehoben wird, weil erwartet wird, dass Bund oder Kanton eine eigene Lösung haben werden. Dieser Antrag wurde von der SBK abgelehnt, weil man mehrheitlich der Meinung war, dass es nicht sicher ist, dass nach fünf Jahren auf Kantons- oder Bundesebene eine Lösung vorhanden ist. Der zweite Antrag von GLP/JGLP wurde auch kritisch diskutiert, weil er verlangt, dass, sobald eine kantonale oder Bundeslösung da ist, die städtische Lösung aufgehoben würde. Das bedeutet, dass irgendeine Lösung auf kantonaler oder Bundesebene dazu führen

würde, dass die städtische Lösung aufgehoben würde. Man weiss nicht, ob diese vergleichbar ist mit jener der Stadt. In der Kommission wurde auch erwähnt, dass man sich auf kantonaler oder Bundesebene wahrscheinlich auf Bezüger*innen von EL (Ergänzungsleistungen) beschränken würde. Die städtische Lösung bezieht aber auch Menschen ein, die ein Einkommen knapp über der EL-Grenze haben. Ausserdem hat man uns in der Kommission versichert, dass man davon ausgehen könne, dass weder auf kantonaler noch auf Bundesebene soziale Teilhabe finanziert würde. Die jetzige städtische Lösung schliesst das aber auch ein. Würde der Antrag überwiesen, würde es bei Inkrafttreten einer übergeordneten Regelung fast sicher zu einem Leistungsabbau für Betroffene kommen. Ein weiteres Argument gegen beide Anträge war die Subsidiarität. Die Stadt zahlt nur Leistungen, die subsidiär nicht abgegolten werden. Das heisst, wenn eine Kantons- oder Bundesregelung eingeführt würde, würden automatisch die städtischen Leistungen nicht mehr abgegolten, sondern nur noch der Teil, der über die kantonale oder Bundesregelung hinausgeht. Die Kosten der Stadt werden sich also so oder so bei einer übergeordneten Regelung reduzieren. Der Antrag GLP/JGLP wurde als SBK-Minderheitsantrag an den Stadtrat überwiesen.

GB/JA! freut sich sehr, dass die Regelung bald in Kraft treten wird. Es ist eine richtige Errungenschaft, die die Menschen im Alter unterstützt und nicht alleinlässt. Die Stadt Bern ist hier einmal mehr Vorreiterin mit einer Lösung, die von anderen Gemeinden interessiert beobachtet wird und von ihnen später möglicherweise in einer ähnlicheren Form übernommen werden wird. Wir lehnen die beiden Anträge daher ab, weil dadurch die gute städtische Lösung früher oder später vermutlich zu Gunsten einer Minimallösung rückgebaut würde. Wir bitten Sie darum, die Anträge abzulehnen. Was wir noch betonen möchten, ist, dass es wichtig ist, ein gutes Monitoring der städtischen Lösung durchzuführen, um zu beobachten, welche Gutsprachen, wie die Gutsprachen genutzt, werden sie genutzt, von wem, wie die Bedingungen sind. Die hohe Nachfrage heute schon, die demografische Entwicklung und die Wirtschaftslage werden dazu führen, dass die Nachfrage noch wächst. Und auch die bezugsberechtigte Personengruppe wird eher noch grösser. Das würde dazu führen, dass das Budget aufgestockt werden müsste, um allen betroffenen Menschen gerecht zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass dem Stadtrat und der zuständigen Kommission laufend Bericht über die Entwicklung der Situation und die Erkenntnisse des Monitorings erstattet wird.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: In der Regel wollen ältere Menschen so lange zu Hause wohnen, wie es irgendwie geht. Bei den Betreuungsgutssprachen geht es darum, bestehende Finanzierungslücken für Menschen mit Betreuungsbedarf zu schliessen, also auch für die Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen oder eben knapp nicht dazu berechtigt sind. In der ersten Lesung sind Anträge eingegangen, die ein Ausserkrafttreten von Artikel 3 betreffen, der die betreffenden Betreuungsgutssprachen regelt.

Die SP/Juso-Fraktion wird beide Anträge ablehnen. Es ist im Moment nicht klar, wann eine gute Lösung vorliegen wird. Eine Befristung auf fünf Jahre kommt für uns darum überhaupt nicht in Frage. Auf Bundes- und Kantonebene sind heute die Ergänzungsleistungslimiten massgeblich. Und genau dort liegt der Unterschied zu einer städtischen Lösung. Es ist enorm wichtig, dass auch Personen bezugsberechtigt sind, deren Budget eben knapp über dem EL-Anspruch liegt. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen möglichst lange am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und integriert bleiben,

auch ohne in ein Heim gehen zu müssen und das wird mit solchen Betreuungsgutsprachen sichergestellt. Die Stadt schliesst hier einmal mehr eine wichtige Versorgungslücke. Wir bitten Sie darum, es uns gleich zu tun und beide Anträge abzulehnen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Rasch eine Vorbemerkung: Die SVP begrüsst es, wenn die Leute möglichst lange zuhause sein können. Wir sind nicht die, die wollen, dass wir die Leute möglichst früh in das Altersheim geben. Sie haben gesehen: Corona. Was das teilweise für Konsequenzen gehabt hat, wenn die Leute keinen Besuch mehr empfangen konnten. Sie haben das Problem gesehen, dass eine ganze Menge Leute nachher eben nicht mehr in das Altersheim wollten, weil sie sich dort nicht isolieren lassen wollten. Aber wir müssen trotzdem sehen: Wir können in der Stadt Bern nicht weiter gehen als Bund und Kanton. Sind wir doch ganz ehrlich. Ich würde das begreifen, wenn jemand aus Flamatt und aus dem Thurgau nachher nach Bern kommt, weil die Leistungen in Bern besser sind. Ich glaube, da müssen wir einfach gut aufpassen, dass wir hier nicht ein Überangebot, Überleistungen machen. Das können wir uns schlichtweg nicht leisten. In diesen kleinräumigen Verhältnissen, die wir in der Schweiz haben, wäre das ein Fehler, dermassen einen Anreiz zu geben, nach Bern zu kommen. Denn schlussendlich müssen dann die anderen – auch Familien – und die anderen Steuerzahler dafür aufkommen. Darum sind wir sehr skeptisch, weil die Stadt Bern wieder viel mehr ausgeben will.

Darum werden wir dort wahrscheinlich grossmehrheitlich ein Nein einlegen. Zu den beiden Anträgen FDP/JF, Mitte und GLP/JGLP: Es ist für mich auch kritisch, dass man die einander gegenüberstellt. Die Antragsteller akzeptieren den Entscheid. Ich will da nicht irgendwie jetzt gross Staub aufwirbeln. Ich mache hier auch nichts. Wir hätten beiden zustimmen können. Das nach fünf Jahren ausser Kraft setzen, scheint uns sinnvoll. Ebenfalls der Antrag von GLP/JGLP, der besagt, dass bei einer kantonalrechtlichen oder bundesrechtlichen Regelung die städtische Lösung ausser Kraft gesetzt würde, wäre für mich klar. Die Gegenüberstellung sehe ich nicht ein, aber ich will da, wenn die Einreichenden das akzeptieren, nicht päpstlicher sein als der Papst. Es geht ja genau in diese Richtung, dass auch die Antragsteller sagen, die Stadt Bern kann nicht immer Mehrleistungen anbieten. Denkt daran: Wir müssen es dann auch zahlen. Das ist der Grund. Die Zielsetzung können wir teilen, aber vor den finanziellen Folgen haben wir einfach Angst, weil es hier zu grossen Anreizen kommt. Darum wird unsere Fraktion die Sache grossmehrheitlich ablehnen.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst die Betreuungsgutsprachen sehr und wir unterstützen das Geschäft auf alle Fälle, weil wir es gut finden, wenn die älteren Leute so lange wie möglich zuhause bleiben können. Wir lehnen auch beide Anträge ab, Jener von FDP/JF, Mitte kommt für uns sowieso nicht in Frage. Auch jenen der Fraktion GLP/JGLP lehnen wir ab, weil nicht erwähnt ist, was denn die Regelung auf höherer Ebene beinhalten müsste, damit unsere eigene Regelung ausser Kraft tritt. Uns ist es aber wichtig, und wir erwarten das auch von der Verwaltung, dass, falls es nachher eine Regelung vom Kanton oder vom Bund gibt, man selbstverständlich schaut, wo man die eigene Regelung anpassen kann, weil auf einer anderen Ebene nachher Gewisses abgegolten wird, und dass wir dann auch wieder darüber diskutieren, wie man jetzt die städtische Lösung genau ausgestalten muss. Ich glaube nicht, dass irgendjemand nach Bern zieht, nur weil es da irgendwie ein paar hundert Franken gibt für Mittagessenslieferungen oder so. Ich glaube, diese Angst von Seiten der SVP ist unbegründet, aber wir dürfen trotzdem gute Bedingungen für ältere Leute in der Stadt Bern schaffen, damit sie gerne hier in der Stadt leben.

1. Vizepräsidentin: Wenn es keine Fraktionsvoten mehr gibt, kommen wir zu den Einzelvoten. Das ist auch nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Wir alle wollen heute eine Lösung schaffen, damit alle Menschen in Bern selbstbestimmt und in Würde alt werden können. Das heisst für den Gemeinderat, dass das auch Menschen möglich sein soll, die kein grosses Einkommen oder kein grosses Vermögen haben. Darum bitte ich Sie im Namen des Gemeinderats dem Reglement so zustimmen, wie es vorliegt.

Die Stadt Bern hat mit dem Pilotprojekt, das wir während drei Jahren durchgeführt haben, ein Referenzprojekt für Bund und Kanton geschaffen. Wir können mit unserem Pilotprojekt zeigen, das hat eine Evaluation dazu ergeben, dass mit diesen kleinen finanziellen Unterstützungen, so muss man eigentlich dazu sagen, die alten Menschen viel besser am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und möglichst lange so wohnen können, wie das für sie stimmt, ohne dass sie in ein Heim umziehen müssen, wenn sie das nicht wollen.

Ich danke allen, die die Stossrichtung des Reglements unterstützen und möchte kurz noch auf ein paar Voten eingehen. Auch der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Betreuungs- und Unterstützungsleistungen primär vom Bund und vom Kanton finanziert werden. Und allen, die jetzt sagen, dass, wenn das einmal so ist, die Stadt darauf verzichten soll, ihre Leistungen auszuführen, kann ich sagen, dass das im Reglement bereits vorgesehen ist. In Artikel 4 wird festgehalten, dass die Stadt nur subsidiär zahlt. Das heisst, wenn der Kanton und auch der Bund zahlt, wir nur noch das zahlen, was eben nicht durch die kantonalen Gelder oder die Bundesgelder abgegolten wird.

Aber es ist so, wie es auch einige von Ihnen erwähnt haben, dass, wenn wir schauen, was auf Bundesebene passiert, man davon ausgehen kann, dass vor 2026 auf Bundesebene keine Lösung kommen wird. Und vom Kanton haben wir überhaupt noch keine Anzeichen, in welche Richtung es gehen könnte. Wir werden selbstverständlich, sobald das Reglement verabschiedet ist, auch mit dem Kanton das Gespräch suchen, um unser Modell im Detail vorzustellen. Der Gemeinderat möchte, dass alle Leute in der Stadt Bern selbstbestimmt alt werden können, und darum ist er davon überzeugt, dass die Regelung, die wir Ihnen vorlegen, die richtige ist. Jene, die jetzt sagen, alle würden dann nach Bern kommen, um die Gelder abzuholen, würde ich sagen: Gehen Sie gescheiter nach Luzern. Luzern hat eine gleiche Regelung, aber Luzern zahlt ein bisschen mehr als Bern. Also ich glaube, das kann nicht der Anreiz sein, für den man irgendwohin geht. Wir haben auch eine Regelung im Reglement drin, wie lange man schon in der Stadt Bern leben muss, wenn man die Gelder beanspruchen will. Die, die sagen, jetzt zahle die Stadt Bern wieder unendlich viel mehr als sie müsste: Der Gemeinderat hat eine Plafonierung der Beiträge vorgesehen. Also auch der Gemeinderat steuert hier über die Finanzen und der Stadtrat kann das selbstverständlich auch via das Budget machen. Noch kurz zu den Anträgen von FDP/JF, Mitte: Hier muss man einfach sagen, der Zeitpunkt und die Regelung auf Bundes- oder kantonaler Ebene ist völlig unbekannt. Wir wissen nicht, was für eine Lösung dort kommt. Wir gehen aber davon aus, dass gerade auf Bundesebene nur das Wohnen abgedeckt wird und sicher nicht die ganzen Leistungen, die wir in der Stadt Bern machen. Was aber klar ist, ist, dass auf Bundesebene und wahrscheinlich auch auf Kantonsebene, wobei wir hier am wenigsten wissen, die Unterstützung von Personen, die knapp über dem EL-Einkommen sind, nicht geregelt wird. Und das sind doch immerhin in unserem Modell, das wir jetzt erfolgreich eingeführt und evaluiert haben, rund 16 Prozent der Personen, die Leistungen beziehen. Und das zeigt eben auch, dass genau dann, wenn die Leute ganz wenig über

dieser Schwelle sind, darüber sind, sie eben zum Teil auch gegenüber EL-Bezügerinnen und Bezüger benachteiligt sind. Und der Gemeinderat möchte, dass alle Leute, die nicht genügend Einkommen oder Vermögen haben, Anspruch auf diese Leistungen bekommen.

Weiter ist gesagt worden, dass wir in fünf Jahren vielleicht die Lösung hätten. Das ist die Sichtweise von FDP/JF und Mitte. Und bei der GLP/JGLP sagt man, dass, wenn irgendeine Lösung da ist, man den Artikel unseres Reglements ausser Kraft setzen soll. Hier sage ich noch einmal: Es ist subsidiär. Wenn es eine Regelung gibt, wird das die Stadt Bern finanziell erleichtern, weil dann entweder der Bund oder der Kanton etwas zahlen werden und wir nur noch jenen Teil zahlen, den wir in unserem Reglement drin haben. Aber falls, was ich nicht glaube, es eine Regelung auf Bundes- oder Kantons-ebene geben würde, die so umfassend ist wie unsere Gemeinderegulung, dann kann man das Reglement auch anpassen. Dann kann der Gemeinderat Ihnen eine Reglementsänderung vorschlagen. Aber auch Sie als Stadtrat, können jederzeit eine Reglementsänderung vorschlagen. Dann könnte man das dort machen. Ich habe gesagt, das sei nicht nötig, weil Artikel 4 schon sagt, dass wir nur subsidiär zahlen. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass das Reglement, so wie man es jetzt ausgestaltet hat, wirklich das Ziel erreicht, das wir wollen, dass nämlich alle Menschen in der Stadt Bern – auch die in bescheidenen Verhältnissen – ein selbstbestimmtes Leben führen können und im Alter würdevoll so leben können, wie sie wollen. Darum bitte ich Sie, die beiden Anträge abzulehnen und dem Reglement in der Form des Gemeinderats zuzustimmen.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir jetzt zu der Abstimmung. Es sind zwei Änderungsanträge zu Artikel 9 eingegangen. Weil die beiden sich ausschliessen, stellen wir den Antrag 1 FDP/JF, Mitte dem Antrag 2 GLP/JGLP und SBK-Minderheit 2. Lesung gegenüber. Dann stimmen wir noch über den obsiegenden Antrag ab und am Schluss dann über die bereinigte Vorlage.

Anträge

Antrag 1 FDP/JF und Mitte:

Art. 9 Übergangsbestimmungen

¹ [unverändert]

² **(neu) Artikel 3a (betreuungsgutsprachen) tritt fünf Jahre nach Inkrafttreten wieder ausser Kraft.**

Antrag 2 GLP/JGLP und SBK Minderheit aus 2. Lesung:

Art. 9 Übergangsbestimmungen

¹ [unverändert]

² **(neu) Artikel 3a betreffend die betreuungsgutsprachen tritt bei Einführung einer Kantons- oder Bundesrechtlichen Regelung ausser Kraft.**

Abstimmungen

2018.BSS.000089: Antrag 1 FDP/JF, Mitte (Ja) vs. Antrag 2 GLP/JGLP, SBKM (Nein)

Antrag 2 GLP/JGLP und SBK-Minderheit 2. Lesung obsiegt

Ja	11
Nein	45
Enthalten	1

[Namensliste](#) 008

1. Vizepräsidentin: Wir stimmen jetzt über den obsiegenden Antrag ab.

2018.BSS.000089: Antrag 2 GLP/JGLP und SBK-Minderheit 2. Lesung

Ablehnung

Ja	18
Nein	40
Enthalten	0

[Namensliste](#) 009

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir jetzt noch zu der Schlussabstimmung. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderats ab.

2018.BSS.000089

Annahme

Ja	53
Nein	4
Enthalten	0

[Namensliste](#) 010

2010.SR.000073

5 Motion Rolf Zbinden (PdA): Jedem Kind ein Instrument; Fristverlängerung

1. Vizepräsidentin: Die Fristverlängerung war in der Kommission bestritten und darum ist sie heute traktandiert. Ich erteile Eva Chen für die SBK das Wort.

Eva Chen (AL) für die SBK: Mit der Überweisung dieser Motion sind 2010 folgende Punkte für erheblich erklärt worden: Erstens, dass das Projekt «Jedem Kind ein Instrument» der Musikhochschule Konsi Bern (JeKi) flächendeckend eingeführt wird, dass zweitens dem Stadtrat eine entsprechende Finanzvorlage unterbreitet wird und dass drittens ausreichend Übungsräume an den Schulen zur Verfügung gestellt werden. 2013 und 2015 sind bereits zwei Fristverlängerungen vom Stadtrat genehmigt worden. Daraufhin hat der Stadtrat 2017 die Abschreibung der Motion abgelehnt und 2019 erneut einer Fristverlängerung zugestimmt. Heute geht es um eine weitere Fristverlängerung und zwar bis ins Jahr 2026. Zu ergänzen ist hier, dass mit einer Fristverlängerung vorerst die Erkenntnisse der aktuell geprüften Massnahmen abgewartet werden. In der SBK sind die Meinungen zu dieser Fristverlängerung auseinandergesprochen. In der Kommission ist der Antrag eingegangen, dass die Motion abgeschrieben wird mit der Begründung, dass die Punkte der Motion heute grösstenteils erfüllt sind. Der Antrag auf Abschreibung ist mit einem Stimmenverhältnis von drei Ja, sechs Nein und einer Enthaltung abgelehnt worden. Kritisiert wurde hingegen in der Kommission, dass mit der Vorgehensweise von immer wieder neuen Fristverlängerungen der parlamentarische Entscheid, die Motion umzusetzen, nicht respektiert wird. Der Antrag von GB/JA!, der heute noch eingegangen ist, hat in der Kommission noch nicht vorgelegen und darum haben wir das auch nicht diskutiert.

Der Fristverlängerung bis am 31. Dezember 2026 wird von der Kommission mit einem Stimmenverhältnis von vier Ja zu drei Nein und drei Enthaltungen knapp zur Annahme empfohlen.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten. Es gibt keine Antragsbegründungen.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Ich sage es jetzt trotzdem noch schnell: Bei dieser Motion handelt es sich nicht um eine Richtlinienmotion und darum ist der Gemeinderat eigentlich verpflichtet, sie so umzusetzen. Mit der Überweisung drückt das Parlament nämlich seinen Willen aus, dass die Forderung der Motion vollumfänglich umgesetzt wird. Jetzt will der Gemeinderat die Motion aber aus finanziellen Gründen nicht umsetzen. Darum verlangt er alle zwei Jahre wieder eine Fristverlängerung, was uns recht stört. Wir haben den Antrag gestellt, dass man die mit der Forderung verbindet, die flächendeckende Einführung wirklich durchzuziehen und auch Geld im Budget dafür einzustellen.

Uns stört es vor allem, dass die die Fristverlängerungen schon ein paarmal passiert sind, vor allem, nachdem man sich im Parlament dagegen ausgesprochen hat, sie abzuschreiben, so à la: Irgendwann machen wir dann vielleicht irgendetwas, wenn es uns einmal passt, aber das kann halt lange gehen. Wir werden auf jeden Fall bei der Budgetdebatte die ganze Sache im Auge behalten und uns vorbehalten, dort halt einen Antrag zu stellen.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Wir stimmen heute über eine Fristverlängerung einer Motion ab, die 2010 erheblich erklärt wurde. 2017 hat man im Stadtrat schon einmal über die Abschreibung befunden, weil der Gemeinderat eigentlich nicht den Willen hatte, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die es braucht, um das Projekt «Jedem Kind ein Instrument» auch wirklich umzusetzen. Der Stadtrat hat dann seinen Willen bestätigt und die Abschreibung abgelehnt.

2018 hat zwar eine Arbeitsgruppe sich damit auseinandergesetzt, wie man die Motion flächendeckend umsetzen kann, aber auch dann hat der Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen darauf verzichtet, die nötigen Gelder, die es halt einfach braucht, zur Verfügung zu stellen. Darum stimmen wir heute einmal mehr über eine Fristverlängerung ab. Die Ziele dieser Motion sind immer noch nicht erreicht und es wäre illusorisch zu denken, dass ohne die nötigen finanziellen Mittel die Motion auch wirklich umgesetzt werden kann, wie es Sarah Rubin schon gesagt hat. Es geht hier nicht um eine Richtlinienmotion und der Wille des Parlaments ist klar, nämlich, dass man das flächendeckend umsetzt. Zugang zum Musikunterricht haben heute meistens nur Kinder, die Eltern haben, die sich das auch leisten können. Mit der Umsetzung dieser Motion kann der Einstieg in den Instrumentalunterricht allen Kindern erleichtert werden. Es ist ein mega sinnvolles Projekt und das sieht ja eigentlich auch der Gemeinderat im Kern so. Eine Ablehnung dieser Fristverlängerung würde jetzt aber nichts dazu beitragen, dass die Motion auch wirklich umgesetzt wird. Solange die finanziellen Mittel dafür aber nicht gesprochen werden, können wir ja fast nur die Frist verlängern. Das muss jetzt aber wirklich schnell passieren und darum unterstützen wir auch den Antrag von GB/JA! auf Fristverkürzung und stimmen der Fristverlängerung zähneknirschend zu.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Ich bin schon lange mit dem JeKi-Projekt unterwegs im Stadtrat, etwa so lange, wie ich schon dabei bin. Es ist so eine Sache, weil einfach jetzt eine begrenzte Anzahl Klassen in den Genuss dieses Projekts kommt.

Und ich muss sagen, ich finde es wirklich ein sehr gutes Angebot. Es sind Sing-Klassen. Jeweils die ersten zwei Klassen haben die Kinder eine Lektion Sing-Unterricht pro Woche bei einer Lehrperson des Konsi. Und es ist qualitativ wirklich sehr viel besser als bei den meisten Klassenlehrpersonen. Nichts gegen diese, aber sie haben einfach nicht die gleiche musikalische Kompetenz wie die Fachpersonen, etwas, das man nachher auch am Ergebnis sieht. Es sind jetzt bald wieder Konzerte im Stadttheater. In der 3./4. Klasse haben die Kinder die Möglichkeit, vergünstigt Instrumentalunterricht zu nehmen und ein Instrument zu lernen. Und darum stimmen wir auf jeden Fall der Fristverlängerung zu. Wir sind eigentlich eher für 2026, wie der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Sie wollen auch noch gewisse Evaluationen machen, weil man die Standorte für den Instrumentalunterricht ausgedehnt hat. Es ist ein bisschen schwierig, wenn alle von überall her ins Konsi müssen. Die Wege sind recht kompliziert für die Familien. Aber wir stimmen auf jeden Fall der Fristverlängerung zu und erwarten, dass der Gemeinderat nochmals überprüft und auch irgendwo darlegt, warum, welche, wie viele Klassen in den Genuss des Angebots kommen und welche halt nicht, wenn man es nicht flächendeckend hinkriegt, oder was das finanziell heissen würde. Man hat das schon einmal gemacht. Wir können das vielleicht nochmal angehen in den nächsten zwei oder drei Jahren, um die jetzt wieder Frist verlängert wird.

1. Vizepräsidentin: Ich sehe keine Fraktionsvoten mehr, dann kommen wir zu den Einzelvoten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Musik tut uns allen gut, das wissen Sie so gut wie ich. An den Berner Schulen gibt es pro Woche zwei Lektionen Musikunterricht. Sie können selbst beurteilen, ob Sie das viel oder wenig finden. Ergänzend gibt es auch ein grosses Angebot im Instrumentalunterricht und das Programm JeKi, «Jedem Kind ein Instrument», hilft, noch mehr Schülerinnen und Schüler für die Musik zu begeistern und ihnen den Zugang zur Musik zu erleichtern; und das seit 2010. Die Sing-Klassen, die von meiner Vorrednerin erwähnt wurden, finden im Moment an zehn Standorten statt. Neun Standorte liegen im Berner Westen, ein Standort in der Lorraine. Weil das Geld beschränkt ist, können wir die Sing-Klassen auch nicht ausbauen. Aber wir werden in diesem Sommer die Sing-Klassen in der Lorraine nicht mehr weiterführen, sondern ins Breitfeld und ins Wankdorf verlegen, weil wir halt angesichts der restriktiven Finanzen, die wir haben, immer genau schauen müssen, wo es am meisten Sinn macht, die JeKi-Gelder zu investieren, weil JeKi ja genau den Auftrag hat, Kinder zum Musikunterricht zu führen, die Eltern haben, die das nicht finanzieren können. Das als Vorwarnung, damit Sie nicht aufschreien, wenn Sie erfahren, dass ab Sommer in der Lorraine das JeKi-Programm nicht mehr durchgeführt wird. Das ist ein Entscheid unserer Direktion, dass wir halt einfach nur dort unterstützen können, wo wir in dem Sinn eben mit unseren beschränkten Mitteln auch Sing-Klassen machen können. Der Instrumentalunterricht wird heute von rund 150 Kindern besucht und es gibt auch ein Ensemblespiel. Die Instrumente werden den Kindern ausgeliehen und gratis zur Verfügung gestellt. Sie sehen: So wie das JeKi-Projekt aufgelegt ist, ist es gut. Es erreicht das Ziel, das jedes Kind in der Stadt Bern vom Musikunterricht profitieren kann, wenn es das will. Jetzt ist eigentlich von den Vorrednerinnen primär über das Geld geredet worden. Ja, das Geld hat zur Folge gehabt, dass wir bei unserer Überprüfung, die wir 2017 gemacht haben, eben gesehen haben, dass wir das Ziel von JeKi nicht erreicht haben mit dem guten Programm, weil wir es noch nicht flächendeckend einführen konnten. Es hat dann die Arbeitsgruppe gegeben Schulamt, JeKi und die Musikschule, die sich überlegt hat, was das kosten würde, wie wir vorgehen könnten, wenn man den Betrag für die Stadt Bern

erhöhen würde. Es war vorgesehen, dass wir das über drei Jahre hinweg gemacht hätten. Das würde rund 670 000 Franken ausmachen. Jetzt zahlt die Stadt Bern wie seit anfangs des Projekts die 125 000 Franken. Und JeKi hat insgesamt 300 000 Franken zur Verfügung. Der Gemeinderat konnte 2019 die Mittel nicht in die Finanzplanung aufnehmen. Er hat sie auch dieses Mal nicht in die Finanzplanung aufgenommen. Der Gemeinderat hat für das Projekt auch jetzt nicht zusätzliche Gelder eingestellt. Der Gemeinderat ist der Meinung, wir können das nicht. Wir können JeKi nicht ausbauen, also wird JeKi punkto Anzahl Sinnklassen und instrumentalmässig etwa gleichbleiben, wie das bis anhin war. Aber trotzdem kann ich Ihnen sagen, wir bemühen uns in der BSS, Verbesserungen hinzubringen, damit wir möglichst noch mehr Kinder einen chancengerechten Zugang zum Musikunterricht haben. Wir haben zum Beispiel die Wege für die Kinder verkürzt; zum einen geografisch, aber auch punkto Niederschwelligkeit. Im Schulhaus Brünnen, im Schulhaus Kleefeld, wo wir umbauen oder neugebaut haben, hat es jetzt einen Musikraum, wo die Kinder vor Ort den Musikunterricht geniessen können, wo sie Instrumentalunterricht vor Ort haben. Also die Kinder müssen nicht noch den Weg machen, um in die Stadt zum Musikunterricht zu kommen. Wir würden das gerne noch an mehreren Orten umsetzen. Es ist für uns aber auch herausfordernd, weil uns zum Teil die Räume vor Ort fehlen. Zweitens sind wir an Abklärungen, ob man die städtische Stipendienverordnung anpassen könnte, damit wir dort allenfalls mit gewissen Anpassungen noch mehr Kinder von den Stipendien profitieren lassen können, und wir klären einkommensabhängige Tarifsysteme ab. Zusammenfassend kann ich sagen: Ja, aufgrund der finanziellen Lage ist JeKi nicht flächendeckend umgesetzt in der Stadt Bern. Aber wir schaffen mit den vorhandenen finanziellen Mitteln die bestmöglichen Bedingungen, damit noch mehr Kinder von Musik profitieren können. Denn, ich habe es am Anfang gesagt, Musik tut uns allen gut.

Antrag

1.	GB/JA	Antrag auf verkürzte Fristverlängerung: Die Frist zur Erfüllung der Motion wird bis zum 31. Dezember 2025 verlängert.
----	-------	---

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu der Abstimmung über den Antrag der GB/JA!-Fraktion.

Abstimmungen

2010.SR.000073: Antrag GB/JA!		
Annahme		
Ja	33	
Nein	21	
Enthalten	6	Namensliste 011

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir jetzt noch zu der Abstimmung über den so bereinigten Antrag des Gemeinderats.

2010.SR.000073		
Annahme		
Ja	61	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 012

2013.TVS.000099

6 Optimierung Velostation PostParc: Anschluss an die Bahngleisanlagen und Ausbau Veloabstellplätze; Ausführungskredit

1. Vizepräsidentin: Ich gebe der PVS-Sprecherin Ursula Stöckli das Wort.

Ursula Stöckli (FDP) für die PVS: Es geht hier um die Optimierung der Velostation im PostParc. Die ist im März 2016 eröffnet worden. Wir haben dort Platz für 1 000 Fahrräder. Es hat auch einen Werkstattbetrieb dort und es hat einen Empfang dort, ebenso einen Velo-Waschplatz. Trotz all dieser Vorzüge ist sie schlecht ausgelastet. Sie hat keinen direkten Anbindungspunkt an die Bahngleisanlagen. Sie ist einfach erreichbar von der Bogenschützenstrasse her, vom Merkurässli her per Velo und zu Fuss und mit einem Lift von der Welle aus. Mit dem Projekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) sollte man folgende Möglichkeit realisieren können: eine direkte Anbindung der Velostation an die Perronanlagen der SBB und in diesem Perimeter auch an den neuen RBS-Tiefbahnhof. Die Attraktivität dieser Fahrradstation wird durch den direkten Zugang massiv erhöht. Gleichzeitig sollte man 60 zusätzliche Veloparkplätze durch eine bessere Anordnung und eine doppelstöckige Realisierungen hinbringen können.

Das heisst, es braucht verschiedene Massnahmen. Man braucht eine Treppe, über die die Leute nach dem Parkieren des Velos in die SBB-Anlagen hineinkommen. Die sind etwa viereinhalb Meter tiefer. Es gibt eine zwei Meter breite und rund neun Meter lange Treppe. Durch die Verschiebung der Werkstatt hat man dort nachher eine zusätzliche Fensterfront, die für die Arbeitsbedingungen auch viel besser ist. Die Anpassung der Haustechnik ist ebenfalls nötig. Elektro-, Heizungs-, Lüftungs-, Wasser- und Sprinkleranlagen, die angepasst werden müssen. Und wegen dem neuen Zugang aus statischen Gründen braucht es auch noch eine zusätzliche Stütze unter der neuen SBB-Unterführung. Das Ganze kostet 1,36 Millionen Franken und ist im Agglomerationsprogramm 2024 bis 2027 des Bundes angemeldet.

Das weitere Vorgehen und der Terminplan sind so, dass in der ersten Hälfte 2023 das Bewilligungsverfahren und die Einreichung der Projektänderung, also dass das Plan genehmigungsverfahren (PGV) eingegeben wird. Mitte 2023 sollte man das Detail- oder das Ausführungsprojekt ausarbeiten können und Bauleistungen beschaffen. November 2023 bis März 2024 erfolgt die Verschiebung der Werkstatt und April 2024 bis Dezember 2024 dann den Bahngleisezugang. Die Inbetriebnahme ist erst 2028 zusammen mit der Publikumsanlage der SBB. Die Kommission empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, das Geschäft anzunehmen.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Die geplante Optimierung der Velostation PostParc ist sehr begrüssenswert und wird einen grossen Nutzen haben. Aktuell ist die Velostation wenig attraktiv, weil es keinen direkten Zugang zu den Perrons der SBB und dann in Zukunft auch der RBS gibt und man einen Umweg laufen muss. Genügende und direkt angeschlossene Velostationen sind ein wichtiges Element im Hinblick auf die Erhöhung des Veloverkehrs zum und vom Bahnhof. Auch zur Erreichung des Ziels, die Veloparkierung vermehrt in die Velostationen zu verschieben, ist eine direkte Anbindung an den Bahnverkehr zentral.

Ebenfalls sehr wichtig ist diesbezüglich die Gratisparkierung während 24 Stunden, die ja eben auch in der Velostation PostParc eingeführt wird. Es ist darum sehr positiv, dass die Stadt mit der SBB eine Lösung zum Bau dieser direkten Verbindung zwischen den Gleisanlagen und der Velostation gefunden hat.

Wie gesagt, ein direkter Zugang der Velostation PostParc zur Perronanlage bedeutet eine grosse Verbesserung für 1 000 Fahrradparkplätze oder in Zukunft 1 060 Fahrradparkplätze und eine enorme Steigerung der Attraktivität. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Ausführungskredit entsprechend zustimmen.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst das vorliegende Projekt. Genügend attraktive Veloabstellplätze rund um den Bahnhof sind wichtig, um die Klimaziele im Sektor Mobilität erreichen zu können. Gut erreichbare und gratis Veloparkplätze braucht es für alle Nutzenden der Stadt Bern – Pendlerinnen oder Bewohnende –, so dass das Velo oder zu Fussgehen die Fortbewegung Nummer 1 für alle sein kann. Die GB/JA!-Fraktion befürwortet, dass mit dem Projekt die Zuggleise von der Velostation besser erreichbar werden, auch wenn die geplante Treppe einiges kostet. Ein direkter und kurzer Zugang für Velo-Pendler*innen ist neben dem 24 Stunden gratis Parken eine wichtige Massnahme um die Attraktivität des Velofahrens zu steigern.

Das Velo am Bahnhof abzustellen, soll auch in Zukunft nichts kosten. Wir bitten darum den Gemeinderat, dass es nicht nur beim Pilotversuch der Velostation Welle 7 und PostParc bleibt, sondern dass längerfristig das Gratisparkieren für die Velostationen von der Ausnahme zur Norm wird. Entsprechend lehnen wir den Antrag 2 SVP ab. Einen weiteren Aspekt des vorliegenden Ausführungskredit, den wir begrüssen, ist der neue Werkstattstandort. Wir befürworten es sehr, dass sich die Arbeitsbedingungen der Angestellten verbessern und sie in Zukunft bei Tageslicht arbeiten können.

Neben diesen drei Hauptaspekten begrüsst die GB/JA!-Fraktion auch, dass Platz für Lastenvelos und Anhänger etc. mitgedacht wurde und Platz für 60 weitere Velos entsteht. Der Antrag 1 FDP/JF lehnen wir ab. Insgesamt stimmen wir dem Kredit zu.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ja, es wird Sie nicht erstaunen. Wir werden den Kredit, wie er vorliegt, ablehnen. Uns ist es schon immer ein Dorn im Auge gewesen, diese ständige Bevorzugung des Veloverkehrs. Wir sind der Meinung, dass jeder Verkehrsteilnehmer seine Berechtigung hat. Hier geht es einmal mehr um eine Bevorzugung, wenn man eben auch schaut, dass es weiterhin auch gratis möglich sein soll, dort zu parkieren. Darum haben wir auch Antrag 2 formuliert. Denn es passt auch nicht zu dem, was Sie den Autofahrern vorwerfen in Bezug auf das Verursacherprinzip. Es ist wirklich wie gesagt eine starke Bevorzugung und – das war heute in einer BZ zu lesen – es gibt kein Recht darauf, im Breitsch wohnen zu können. Wir sind der Meinung, es gibt kein Recht darauf, einen Fahrradparkplatz mit direktem Zug-Anschluss zu haben und wir unterstützen entsprechend auch Antrag 1 FDP/JF. Wir sagen auch, dass da die Motorradfahrer ihre Berechtigung haben. Es gibt sehr viele Leute, die eben mit dem Roller zum Bahnhof wollen und hier besteht nun die Möglichkeit. Den Velofahrern wird damit ja nichts weggenommen. Man hat es ja im Vortrag gelesen und gehört und darum werden wir entsprechend das Geschäft auch ablehnen, falls die beiden Anträge nicht angenommen werden sollten.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Im Grundsatz befürworten wir das Geschäft. Einen direkten Zugang zu den Bahnanlagen und zum neuen RBS-Tiefbahnhof finden wir sehr sinnvoll.

Wir haben Antrag 1 gestellt. Wenn Sie hereinkommen, hat es links einen Raum, der frei wird. Wir möchten gerne, dass geprüft wird, ob es dort Motorradabstellplätze geben könnte. Wie gesagt, unser Antrag ist ein Antrag auf Prüfung, ob das möglich ist. Das ist ein sehr weicher Antrag. Es heisst nicht, dass wir dort unbedingte Parkplätze wollen. Wir bitten darum, dass man das prüft. Warum? Es hat rundherum im Perimeter wenig Motorradparkplätze. Sie als Velofahrer werde von diesen Motorrädern optisch nichts sehen. Sie müssen sich also nicht einmal irgendwie belästigt fühlen von einem Motorrad. Die kommen hinein, fahren links in den Raum und fertig.

Wir haben uns entschlossen, dass, falls unser Antrag für die Prüfung der Parkplätze für die Motorräder nicht angenommen wird, wir das Geschäft ablehnen, obschon wir es insgesamt eigentlich sinnvoll finden. Aber wir haben einfach langsam genug, dass man immer nur einseitig auf die eine Seite entgegenkommt. Wir finden es sinnvoll, wir fänden es gut, aber wir erwarten auch, dass man immerhin einmal zustimmen und so einen Prüfauftrag annehmen würde.

1. Vizepräsidentin: Ich sehe keine Fraktionsvoten. Offenbar gibt es auch keine Einzelvoten. Dann gebe ich gerne Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Was macht eine Velostation attraktiv? Es ist einerseits die erhöhte Sicherheit, gewisse Dienstleistungen, aber vor allem auch die zentrale Lage. Und genau das wollen wir bei der Velostation PostParc optimieren. Neu soll, wie es die Referentin schon bestens ausgeführt hat, eine direkte Verbindung der Velostation zu den Gleisanlagen der SBB und zum neuen Tiefbahnhof geschaffen werden. Dadurch kann natürlich die Attraktivität –

Die 1. Vizepräsidentin bittet um etwas Ruhe im Saal.

Marieke Kruit, Direktorin TVS führt ihr Votum fort: – der Station erhöht und auch die Auslastung verbessert werden. Velostationen beim Bahnhof nehmen aber auch eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der kombinierten Mobilität ein und auch genau das will ja der Gemeinderat stärken. Eine stadtverträgliche und nachhaltige Mobilität nützt allen und trägt viel zur Lebensqualität in der Stadt bei. Das Velo boomt, aber wir müssen natürlich auch die nötigen Infrastrukturen zur Verfügung stellen.

Wie schon gesagt, braucht es genügend attraktive Abstellplätze und wie Sie alle wissen, haben wir deutlich zu wenig Abstellmöglichkeiten für Velofahrende im Raum Bahnhof und darum wollen wir die Anzahl der Parkplätze erhöhen, aber eben auch den Pilot mit dem 24 Stunden gratis Parken machen und den direkten Zugang schaffen. Das Ziel muss sein, dass möglichst viele ihre Velos in Velostationen parken. So kriegen wir nämlich auch den öffentlichen Raum frei, der ja nur begrenzt zur Verfügung steht. Und die Ansprüche an den öffentlichen Raum sind vielfältig und gross. Ja, es ist ein stolzer Betrag, den wir hier vorlegen. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass das eine gute und nachhaltige Investition ist. Zudem können wir auch mit Beiträgen von Bund und Kanton rechnen. Das Projekt ist im Agglomerationsprogramm der vierten Generation angemeldet und der Bund hat es im A-Horizont behalten. Aktuell geht der Gemeinderat davon aus, dass die Nettokosten der Stadt etwa 600 000 Franken betragen werden. Die Realisierung des Projekts ist mit den laufenden Arbeiten an ZBB koordiniert. Das heisst aber auch, dass wir den Umbau nicht auf die lange Bank schieben können, sondern zügig in die Umsetzung gehen müssen.

Noch zu diesen beiden Anträgen: Der Antrag 2 FDP/JF ist mit baulichen Auswirkungen verbunden. Motorradparkplätze stellen andere Anforderungen als Veloabstellplätze,

beispielsweise punkto Lüftung oder Brandschutzanlagen. Es bräuchte also wirklich hier, wenn man das will, eine Projektanpassung und ich kann Ihnen jetzt wirklich auch nicht sagen, wie hoch dann die Kosten wären. Das müssten Sie ja heute sprechen und das kann ich wirklich nicht sagen. Also in dem Projekt, wie es vorliegt, ist das nicht umsetzbar. Dazu müssten Sie einen Vorstoss einreichen.

Antrag

1	FDP/JF	Es ist zu prüfen, ob im frei werdenden Raum, im Eingangsbereich, linkerhand Eingang Bogenschützenstrasse, Motorradparkplätze eingerichtet werden können.
2	SVP	Auf die 24-Stunden-Gratisparkierung sei zu verzichten. Stattdessen sollen kostendeckende Gebühren für die Veloabstellplätze erhoben werden.

1. Vizepräsidentin: Dann stimmen wir jetzt über die beiden Anträge ab.

Abstimmungen

2013.TVS.000099: Antrag 1 FDP/JF		
Ablehnung		
Ja	14	
Nein	42	
Enthalten	1	Namensliste 013

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zum Antrag 2 SVP.

2013.TVS.000099: Antrag 2 SVP		
Ablehnung		
Ja	5	
Nein	51	
Enthalten	0	Namensliste 014

1. Vizepräsidentin: Jetzt kommen wir noch zu der Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats.

2013.TVS.000099		
Annahme		
Ja	45	
Nein	12	
Enthalten	1	Namensliste 015

1. Vizepräsidentin: Wir sind bei Traktandum 7 und ich erteile dem PVS-Sprecher das Wort. Aber Lionel Gaudy ist nicht da. Darum meine Frage: Wer springt für ihn ein? Wir brauchen ein/e Kommissionsprecher*in, weil es ein fakultatives Referendum ist. Sonst müsste man das Geschäft verschieben. Gibt es jemanden von der Kommission? Dann würden wir das Geschäft unter Traktandum 7 verschieben und kommen zu Traktandum 8.

2023.TVS.000050

8 Zirkusplatz: Neubau Stromversorgungsanlage; Projektierungs- und Realisierungskredit

Traktandum 8 wird vorgezogen.

1. Vizepräsidentin: Ich erteile das Wort Janosch Weyermann für die PVS.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Es gibt nicht viel dazu zu sagen. Das Geschäft war in der Kommission unbestritten. Es geht um die Stromversorgungsanlage auf dem Zirkusplatz auf dem BEA-Gelände, dort, wo morgen wieder die BEA startet und ihr 70-jähriges Jubiläum feiern wird. Es wird jetzt im Rahmen des Neubaus der Festhalle einfach die Stromversorgungsanlage auch gerade neu angeschlossen. Die ist aus dem Jahr 1948, also 75-jährig. Es ist dringend notwendig, dass dort etwas gemacht wird. Ich glaube, mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Ich wünsche allen, die hingehen, eine schöne BEA.

1. Vizepräsidentin: Gibt es Diskussionsbedarf? Dann hat Marieke Kruit das Wort für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Der Zirkusplatz ist eine der wichtigsten Freiflächen für Veranstaltungen in der Stadt Bern. Eine gute Stromversorgung ist darum auch sehr wichtig. Wie es der Referent bereits kurz ausgeführt hat, muss mit dem Bau der neuen Festhalle die Transformatorenstation ersetzt werden. Eine Versorgung des Zirkusplatzes über die neue Anlage ist nicht möglich. Eine eigenständige Erschliessung ist nötig. Die unabhängige Stromversorgung bietet eine wesentlich höhere Betriebs- und Versorgungssicherheit als die heutige Anlage. Es gibt also deutliche und dringend notwendige Verbesserung. Selbstverständlich werden wir die anstehende Gesamtanierung des Platzes auch machen. Es muss eben auch aufwärts kompatibel sein. Die erwähnte Gesamtanierung kann aber erst erfolgen, wenn sich die neue Parkierungslösung im Raum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf abzeichnet und konkretisiert und eine überarbeitete Nutzung und Gestaltungsplanung für die Allmenden vorliegt. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Kredit zuzustimmen. So können wir garantieren, dass die neue Lösung bereits ab September in Betrieb genommen werden kann.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir jetzt zu der Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmungen

2023.TVS.000050	
Annahme	
Ja	54
Nein	0
Enthalten	0
Namensliste 016	

2023.TVS.000035

7 Entsorgung + Recycling Monopol (PG870100); Ersatzbeschaffung von drei Kehrichtwagen; Kredit

1. Vizepräsidentin: Weil man beim Traktandum 7 einen Kommissionsreferenten gefunden hat, gehen wir jetzt wieder zurück zu Traktandum 7. Michael Rufer wird das übernehmen.

Michael Ruefer (GLP) für die PVS: Ich habe gedacht, weil das Geschäft in der Kommission unbestritten war, können wir es jetzt trotzdem schnell handeln.

Es geht um drei Kehrichtwagen für das Grüngut. Es hat also nichts damit zu tun, ob Farbsack-Trennsystem oder altes System, sondern es geht rein um das Grüngut. Und da wird dem Stadtrat ein Kredit in der Höhe von 3,145 Millionen Franken beantragt. Und wie gesagt war das Geschäft in der PVS komplett unbestritten. Entsprechend beantragen wir Ihnen, dem Geschäft zuzustimmen.

1. Vizepräsidentin: Gibt es hier Diskussionsbedarf?

Alexander Feuz (SVP) Einzelvotum: Ich habe gar nichts gegen Elektrolastwagen und -kehrichtfahrzeuge, möchte darauf hinweisen, dass mit dem Abfallcontainertrennsystem in gewissen Quartieren bis 300 Parkplätze aufgehoben werden. Ich glaube, im Mattenhof, Stadtteil 4 ist es genau das gleiche. Ich habe gewaltige Vorbehalte, insbesondere mit dem Trennsystem, auch dass man die Säcke nachher nicht mehr zusammendrücken darf. Ich habe dort meine Vorbehalte. Mir wäre es lieber, wenn wir 2,3 Meter breite Fahrzeuge hätten. Darum kann ich dem Geschäft nicht zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Weitere Einzelvoten? Dann gebe ich jetzt Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Merci Michael Rufer für das Einspringen. Ich bin froh, dass wir das Geschäft hier behandeln können. Drei Kehrichtwagen müssen altersbedingt ersetzt werden. Anstelle der bisherigen Dieselfahrzeuge werden voll Elektrofahrzeuge beschafft. Diese leisten einen wichtigen Beitrag an die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Zwei der neuen Kehrichtwagen werden hauptsächlich für Grünabfuhr benutzt und sind darum mit konventionellem und nicht mit einem Leichtverdichter-Aufbau ausgerüstet. Das dritte Fahrzeug ist mit einem Kran ausgerüstet. Der Grund ist, dass wir je länger desto mehr Unterflursammelstellen für Hauskehricht haben und die Abfälle so verdichtet werden können, was zu mehr Effizienz führt. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Kredit zuzustimmen.

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zur Abstimmung über den Kredit.

Abstimmung

2023.TVS.000035

Annahme

Ja	57
Nein	3
Enthalten	2

[Namensliste 017](#)

2014.PRD.000100

9 Gesamtprojekt «Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen»: Informationen zum Projektstand; Kredit für generelle Planung, Kreditaufstockung

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Traktandum 9 und ich erteile der PVS-Sprecherin das Wort.

Tanja Miljanovic (GFL) für die PVS und die Fraktion: Wir beraten heute das Geschäft über das Gesamtprojekt «Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen». Zuerst einmal merci vielmals an die Verwaltung, die uns zahlreiche Fragen beantwortet und auch eine Begehung gemacht hat. Ausserholligen entwickelt sich schnell und es besteht ein grosser Bedarf an öffentlicher Infrastruktur. Darum hat der Gemeinderat auch die Direktion TVS beauftragt, eine Projektorganisation einzusetzen und Projektpartner einzubinden. Schon am 4. Februar 2021 hat der Stadtrat einen Kredit von knapp 5 Millionen Franken für die Koordination dieser Projekte und für die Planung von städtischen Teilprojekten bewilligt. Die Planungsarbeiten kommen gut voran, erweisen sich aber als komplex und aufwendig und es hat sich auch gezeigt, dass der Kredit nicht ausreicht. Dann hat der Gemeinderat eine Aufstockung des Kredits um 1,825 Millionen Franken auf insgesamt 6,8 Millionen Franken beantragt. Die Realisierungskosten der städtischen Projekte im ESP Ausserholligen werden aktuell auf etwa 85 Millionen Franken geschätzt plus/minus 50 Prozent.

Der Stadtrat wird voraussichtlich im letzten Quartal 2023 über die Vorlage befinden und vor das Volk kommt es voraussichtlich im März 2024. Der Regierungsrat des Kantons Bern stuft Ausserholligen als einen Entwicklungsschwerpunkt ein, der einen hohen Koordinationsbedarf aufweist und auch ein hohes Engagement einer Standortgemeinde bedingt. Das Ziel ist es, das Gebiet zu einem neuen Zentrum für Dienstleistungen, Gewerbe, Wohnungen, Bildung, Sport, Kultur, Erholung zu entwickeln. Die Planung der meisten Projekte läuft in separaten Projektorganisationen. Die Hauptaufgaben der Gesamtkoordination bestehen darin, die Partner in die Organisation einzubinden, Schnittstellen zu erkennen und die Projektentwicklungen bestmöglich aufeinander abzustimmen.

Zusammenfassend ist die Kommission der Ansicht, dass ein Gesamtprojekt sehr entscheidend ist für die weitere städtische Entwicklung in diesem Stadtteil. In diesem Zusammenhang möchte ich auch festhalten, dass das vorliegende Geschäft formal gesehen lediglich eine Krediterhöhung für ein Koordinationsprojekt darstellt. Die weitere Entwicklung wird Areal für den Areal erfolgen, wobei die meisten Einzelprojekte noch in dieser Legislatur dem Stadtrat vorgelegt werden. Trotzdem hat die Kommission auch die inhaltlichen Aspekte des Geschäfts intensiv diskutiert und zahlreiche Fragen und Anträge erörtert. Nicht zuletzt deshalb haben wir auch eine sehr umfassende Beilage zu diesem Geschäft bekommen.

Obwohl wir jetzt argumentieren könnten, dass die Anträge der PVS oder auch von der PVS-Minderheit besser erst bei der Vorlage zum Ausführungskredit und zu den Überbauungsordnungen gestellt werden sollten, ist die Kommissionsmehrheit bei drei Anträgen anderer Meinung. Diese betreffen das neue Angebot von MIV-Parkplätzen im Entwicklungsschwerpunkt, den Einsatz der Stadt gegen die Verkehrsemissionen der A12 beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) und Massnahmen beim Winterbetrieb Weyermannshaus im Hinblick auf den Modalsplit. Eine Kommissionsminderheit hat zusätz-

lich drei Anträge gestellt. Das ist die Prüfung einer autofreien Siedlung in Weyermannshaus West und auf dem EWB/BLS-Areal, eine umsichtige Planung, die der Gentrifizierung vorbeugt und auch eine technologieneutrale Prüfung der besten und nachhaltigsten Wärmeversorgung auf den Arealen. Alle befürwortenden Kommissionsmitglieder halten an den jeweiligen Planungserklärungen fest, um einerseits ein politisches Signal zu senden und um andererseits sicherzustellen, dass die bereits heute bekannten Anliegen der Kommission von der Stadt auch aufgenommen und berücksichtigt werden. Das soll dazu beitragen, dass die Anliegen später nicht sozusagen unerwartet die weitgehend durchgeplante Vorlage überladen, belasten und verteuern.

Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat die Annahme der Kreditaufstockung, damit die notwendige Planung und Koordination dieser zahlreichen Projekte weitergehen kann. Sie empfiehlt auch die Annahme der Anträgen 1, 3 und 5, damit die Anliegen der Kommission frühzeitig in die Arealentwicklung und auch in der Anpassung der Überbauungsordnung einfließen können. Die Kommissionsminderheit bittet um Unterstützung der Anträge 2, 4 und 6, um aus ihrer Sicht die Qualität und Nachhaltigkeit von Projekten im Entwicklungsschwerpunkt frühzeitig sicherzustellen.

Die Fraktion GFL/EVP unterstützt die Kreditaufstockung und hat beschlossen, alle Anträge von der PVS und der PVS-Minderheit anzunehmen. Es mag auf den ersten Blick absurd scheinen, Anträge zu unterstützen, die rein formal betrachtet nicht eindeutig und zweifelsfrei in dieses Geschäft gehören. Dennoch unterstützen wir sie, weil es im heutigen Stadtrat selten der ideale Zeitpunkt für ein Begehren zu einem Sachgeschäft gibt. Entweder sind wir formal falsch, weil wir zu früh dran sind. Warten wir aber auf das Geschäft, heisst es postwendend, wir würden die Vorlage überladen und verteuern, unsere Anliegen hätten früher eingebracht werden müssen. Reichen wir einen Vorstoss ein, wird er weiss Gott wann traktandiert, vermutlich aber erst nachdem die Häuser gebaut, die Parkplätze geplant und Fernwärme fest installiert wurden. Die heutigen Anträge oder Planungserklärungen sind ein Winkelzug, ja, und das geben wir auch zu. Und dennoch sind sie notwendig, wenn wir sicherstellen wollen, dass unsere Anliegen einfach auch gehört werden. Das mag absurd und vielleicht sogar ein bisschen tragisch erscheinen, aber es macht unsere Anträge nicht weniger notwendig. Die Fraktion GFL/EVP möchte schlicht und einfach sicherstellen, dass a) Qualität und Nachhaltigkeit von Projekten im ESP Ausserholligen weiter verbessert werden und b) dass es zu einem späteren, fortgeschritteneren Zeitpunkt möglichst keine unberechenbaren und unerwarteten Zusatzkosten gibt, die die Entwicklung in Ausserholligen belasten.

Für die Fraktion GFL/EVP ist gerade auch der Antrag 6 betreffender Kälte- und Wärmeversorgung im ESP von besonderer Bedeutung. Eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich ist für die Umwelt, die langfristige Lebensqualität der Berner und Bernerinnen, aber auch für die echte Erreichung von Netto Null entscheidend. Mit «echt» meine ich ein physikalisch chemisches Netto Null und nicht eine rein definitorisch-deklaratorische Zielerreichung. Die bisherigen Antworten des Gemeinderats und der Stadtratsvortrag weisen darauf hin, dass Fernwärme gegenüber dezentralen Energieversorgungslösungen bevorzugt wird. Das erstaunt insofern, als neue und energieeffiziente Gebäude mit Niedertemperaturversorgung durch Erdwärmesonden eigentlich ausreichend versorgt werden könnten. Fernwärmeleitungen sind nicht nur teurer. Auch das Energieholz-Potenzial der Schweiz ist laut der Abteilung Forst im Bundesamt für Umwelt (BAFU) weitgehend erschöpft.

Die Fraktion GFL/EVP hat auch Nachforschungen getätigt und bei der zuständigen Fachstelle der Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern, Amt für Wasser, Abfall, Wassernutzung, Gebrauchswassernutzung nachgefragt, ob Wärmepumpen auf dem Gebiet des ESP Ausserholligen überhaupt möglich sind. Die Antwort lese ich vor: «Die

Nutzungsmöglichkeit von Grundwasser mittels Wärmepumpen ist im Projektgebiet grundsätzlich vorhanden, wobei eine hydrogeologische Vorabklärung zwingend erforderlich ist (Hinweis: belasteter Grundwasserleiter durch Altlasten)». Die GVL/EVP-Fraktion möchte, dass diese Möglichkeit berücksichtigt wird und die Stadt Bern die fehlenden Abklärungen vornimmt. Verstehen Sie uns nicht falsch. Fernwärme ist bei bestehenden Gebäuden, wo Erdwärmesonden schwierig zu realisieren sind, sehr sinnvoll. Bei neuen Arealentwicklungen müssen jedoch dezentrale Alternativen mindestens gleichberechtigt einfach schon einmal geprüft werden, um eine nachhaltige kosteneffiziente und umweltfreundliche Energieversorgung sicherzustellen. Dieser technologie-neutrale Ansatz entspricht den Grundprinzipien der Grünen Freien Liste für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung, auch wenn Ihnen unser Einsatz zwischendurch, wie jetzt heute, formal leicht deplatziert vorkommt.

1. Vizepräsidentin: Jetzt könnte sich noch die Kommissionsminderheit anmelden für die Antragsbegründung. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zu den Fraktionsvoten.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion: Ich begründe schnell unsere Position zu den Anträgen. Wir sehen natürlich das Argument auch, dass da zum Teil Anträge dabei sind, die von der Mehrheit der Kommission überwiesen wurden, die aber jetzt vielleicht mit dem Kredit oder mit dieser Kreditaufstockung direkt nichts zu tun haben. Wir verstehen aber die Anträge im Sinn von Planungserklärungen, wie es übrigens beim Budget oder bei der Finanzplanung auch regelmässig der Fall ist. In dem Sinn verstehen wir das als Auftrag für die weitere Bearbeitung der Überbauungsordnungen. Zum Antrag 1 PVS-Mehrheit sagen wir Ja, zum Antrag 2 GB/JA!, der die Parkplatzbeschränkungen pro Wohnung eng erfasst oder auf das Minimum der Bandbreiten heruntersetzt, die diskutiert werden, sagen wir Nein. Zum Antrag 3 PVS-Minderheit, der eine autofreie Siedlungen prüfen will, sagen wir Ja. Wir finden eben, das ist ein Premium-ESP wie der Kanton das auch so schön «framed». Und entsprechend finden wir wirklich, dort könne man das prüfen. Es ist wie gesagt ein Prüfauftrag und nicht verbindlich. Wir machen damit nicht direkt Gesetzesbuchstaben. Im Antrag 4 PVS, noch einmal mit dem ASTRA zu schauen, was für flankierende Massnahmen gemacht werden können punkto Autobahn, die ja dort sehr präsent ist und auch die Überbauung sehr stark prägen wird, vor allem auf dem EWB/BLS-Areal, sagen wir auch Ja. Zum Antrag 5 PVS-Minderheit sagen wir Nein. Wir finden, dass sich dort grundsätzlich auch eine grosse Chance eröffnet in dem ganzen riesigen Areal, dass man dort auch experimentieren kann mit verschiedenen Gewerbe- und Wohnformen und entsprechend möchten wir nicht, dass dort mehr Auflagen gemacht werden. Zu den Anträgen 6 und 7 haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Die Modalsplitvorgabe im «Weyerli» wird eben nicht das ganze Jahr über eingehalten und genau ein Teil der Fraktion unterstützt, dass das geprüft wird, damit die Modalsplitvorgaben auch im Winter eingehalten werden. Beim Antrag 7 haben wir sehr breit die Frage diskutiert: Soll es jetzt dort vor allem Fernwärme geben oder auch andere oder auch dezentrale Varianten der Energieversorgung? Das ist natürlich immer ein bisschen die Frage. Die Fernwärme wird jetzt ausgebaut. Das haben wir beschlossen. Wir stimmen im Juni auch über die begleitenden Verkehrsmassnahmen ab und entsprechend braucht es jetzt auch die Offensive in dem Gebiet. Das ist ja wirklich dezidiert für die Länggasse und den Westen von Bern, wo es jetzt eben den Fernwärmeschub geben soll. Nichtsdestotrotz hat auch ein Teil der Fraktion Vorbehalte gegenüber der Fernwärme. Es werden auch nicht alle Liegenschaften angeschlossen. Manche wollen

das auch nicht. Also das ist immer ein Opt-in. Man kann sozusagen niemanden zwingen, aber man baut die Infrastruktur und zieht die Leitungen, aber das hindert natürlich niemanden daran, auch dezentrale Alternativen zu erwägen und dort zu investieren. Die Anträge, 8 und 9 lehnen wir beide ab. Die sind uns zu extrem.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Mit dem ESP haben wir eine einmalige Chance, die Trennwirkung des Autobahnviadukts zu mindern und die beiden Stadtteile besser zu verbinden und auch neuen urbanen Lebensraum zu schaffen. Auch können wir sagen, dass Bümpliz und Bethlehem ein bisschen näher an die Stadt heranrücken. Das Konzept und die Bauten, die dort künftig entstehen werden, werden die Stadt für die kommenden Jahrzehnte und Generationen stark prägen. Wenn wir jetzt nicht alles aufeinander abstimmen, werden Unorte entstehen. Es ist richtig und wichtig, sich die nötige Zeit zu nehmen. Und darum werden wir der Kreditaufstockung, die der Gemeinderat beantragt, zustimmen. Und sobald die Ausführungsprojekte und Überbauungsordnungen vorgelegt werden, werden wir genau hinschauen und nötigenfalls auch Korrekturen beantragen. Mit den eingereichten Anträgen haben wir ein bisschen Mühe, weil sie sachfremd sind und nichts mit der Koordination des öffentlichen Raums und der Infrastruktur zu tun haben. Die Anliegen der Anträge sind berechtigt. Gewisse Punkte haben wir auch in unseren Mitwirkungen eingegeben. Aber die Anträge haben leider auch einen sehr einen einseitigen Fokus. Sie handeln meistens um den Verkehr und Parkplätze. Vergessen dürfen wir andere ebenso wichtige Anliegen nicht. Was ist mit dem Schulraum? Wird genug geplant? Wie wird der Aussenraum für die Bevölkerung gestaltet? Was ist für die Kids und Jugendlichen geplant? Wie wird die Vernetzung des Naturraums vom Bremgartenwald bis zum Könizbergwald sichergestellt? Solche Fragen müssen wir diskutieren, ebenso die Mobilität; aber erst, sobald die Mitwirkungsberichte und das Sachgeschäft auf dem Tisch sind.

Die Anträge 1 bis 3 betreffend Festlegung der MIV-Parkplätze in den Überbauungsordnungen werden wir ablehnen. Nicht, weil wir gegen autoarmes Wohnen sind. Das Anliegen teilen wir natürlich, aber jetzt schon darüber zu befinden, wie viele Parkplätze zum Beispiel der Arbeitsstandort von EWB und BLS haben soll, finden wir aktuell nicht zielführend. Und autofreie Siedlungen sind uns grundsätzlich sympathisch, aber sie schliessen gewisse Bevölkerungsgruppen mit tiefem Einkommen automatisch aus. Die SP und die Gewerkschaften haben in ihren Mitwirkungen die Verdrängung von Gewerbe stark kritisiert. Das verarbeitende Gewerbe muss in der Stadt Bern Platz haben. Dazu stehen wir noch immer, aber trotzdem werden wir den Antrag 5 zu diesem Thema ablehnen. Das Anliegen ist in den Mitwirkungen und in den Gesprächen mit der Stadtverwaltung und beim Stadtpräsidenten deponiert worden. Jetzt warten wir doch mal ab, was Ende Jahr für eine Überbauungsordnung kommt.

Ebenso werden wir Antrag 7 ablehnen. Man sollte daran denken, es ist auch schon erwähnt worden, dass wir leider den Eigentümerschaften nicht vorschreiben können, welche Energieversorgung sie wählen sollen. Es muss von Fall zu Fall, von Objekt zu Objekt technologieoffen betrachtet werden und die Eigentümerschaften sollen unterstützt werden. Nebenbei sollte man aber auch erwähnt haben, dass Erdwärmensonden im kantonalen Kataster festgehalten sind und ein grosser Teil der Stadt Bern westlich des Hauptbahnhofs vom BAFU als nicht zulässig beurteilt werden.

Wir haben auch ein bisschen Mühe, dass man bei einzelnen Projekten gegen die Fernwärme schiesst, nachdem man in diesem Rat jahrelang an verschiedenen Energiestrategien gearbeitet hat, dem EWB und anderen Firmen den Auftrag gegeben hat, eine Umsetzung zu machen und jetzt, da man konkret investiert hat und am Investieren ist, torpediert man das. Überlasst doch den Eigentümerschaften und den Unternehmen die

Beurteilung, was beim jeweiligen Objekt sinnvoll ist. Die kurzfristig eingereichten Anträge 8 und 9 werden wir leider – und ich betone: leider – ablehnen.

Unsere Wohninitiative ist mittlerweile in Kraft und bei Um- und Aufzonungen gilt ein Mindestanteil von einem Drittel preisgünstigem Wohnraum. Falls die privaten Eigentümerschaften wie die Post, die Burgergemeinde und die BLS mehr machen wollen, wäre das sehr erfreulich und wir würden das auch begrüßen, aber wir können sie nicht dazu zwingen. Dazu fehlen die rechtlichen Grundlagen. Wie das im Fall von EWB ist, können wir nicht beurteilen. Es wäre schön gewesen, wenn man das in den Kommissionen oder vorher hätte abklären können. Leider sind sie zu kurzfristig gekommen. Die Anträge 4 und 6 werden wir hingegen annehmen. Dann die tun niemandem weh und sind nämlich sowieso schon in der Umsetzung.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion hat die Ausführungen zum Stand der Planung im ESP Ausserholligen mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Die Anzahl und die Dichte der geplanten Projekte der Eigentümer*innen, der Bauherrschaften und Koordinationsgremien ist wirklich beeindruckend und gibt eine Vorstellung davon, was für ein Potenzial, aber auch was für Herausforderungen in diesem Areal für die Entwicklung eines neuen Stadtquartiers liegen. Gemäss Vortrag sollen im Raum ESP Ausserholligen in Zukunft 8 000 Arbeitsplätze entstehen. Knapp 6 000 Studierende sollen ihre Ausbildung absolvieren und rund 3 500 Personen werden im Quartier wohnen. Das bedeutet ein enormes Wachstum und eine enorme Verdichtung im Quartier. Um das Potenzial des neuen Stadtquartiers auszuschöpfen und die Herausforderung von Wachstum und Verdichtung frühzeitig anzugehen, gilt es aus unserer Sicht ein paar Ergänzungen in diese Planung miteinzubeziehen und diese Ergänzungen betreffen die Bereiche Verkehr, Energieversorgung und Wohnen und liegen hier in Form von Anträgen vor. Antrag 1 PVS fordert eine Beschränkung der Parkplätze auf ein Minimum. Begründet wird er mit der ausserordentlich guten Erschliessung des Quartiers für ÖV, Velo- und Fussverkehr. Es ist aber nicht nur die gute Anbindung, die die Reduktion der Parkplätze nötig macht. Die Erschliessung mit dem motorisierten Verkehr, der zu einem Grossteil über die Stöckackerstrasse, erfolgen muss, ist eine der grössten Herausforderungen in diesem ESP. Wer im Sommer schon einmal im «Weyerli» war, wird verstehen, warum man den Verkehr auf dieser Strasse auf ein absolutes Minimum reduzieren muss. Sie ist mit Werkverkehr schon genug belastet und hat für zusätzlichen MIV einfach keinen Platz. Damit der ESP funktionieren kann, braucht es eine möglichst grosse Reduktion des MIV und entsprechend wenig Parkplätze.

Vor diesem Hintergrund hat die GB/JA!-Fraktion auch Antrag 2 formuliert. Aus unserer Sicht reicht die Reduktion der Parkplätze, wie in Antrag 1 PVS vorgesehen noch nicht aus, und es ist wichtig, noch einen Schritt weiter zu gehen, damit die Stöckackerstrasse und das ganze Quartier noch mehr entlastet werden kann und die Aufenthaltsqualität für alle Nutzenden des Areals gesteigert werden kann, fordern wir mit unserem Eventualantrag 2 null Parkplätze für Wohnungen und 0,35 für Gewerbeflächen, weil – ganz ehrlich –, wenn all die geplanten ÖV-, Fahrräder- und Fussverbindungen einmal bestehen, gibt es wahrscheinlich wenige Orte in Bern, die so gut ohne Auto erreichbar sind. Wenn wir also den MIV in der Stadt Bern reduzieren wollen, und das wollen wir, müssen wir das hier tun bei diesem Projekt für ein Stadtquartier der Zukunft.

Die GB/JA!-Fraktion wird entsprechend dem eigenen Antrag 2 den Vorrang vor Antrag 1 PVS geben. Wenn aber Antrag 1 obsiegt, dann stimmen wir dem natürlich ebenfalls zu.

Antrag 3 PVS-Minderheit betrifft ebenfalls den MIV im Quartier. Der Antrag fordert die Prüfung, und ich betone: die Prüfung, von autofreien Siedlungen auf den Areal Weyermannshaus West und EWB/BLS. Auch hier geht es nicht nur um die Umsetzung eines klimapolitischen Ziels, sondern auch darum, den Verkehr im Innern des ESP möglichst zu reduzieren, damit das Gebiet als Ganzes funktionieren kann. Auch diesem Antrag stimmen wir natürlich zu. PVS-Antrag 4 fordert Emissions- und Lärmschutzmassnahmen entlang der Autobahn. Das ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit für ein attraktives neues Stadtquartier. Wir stimmen dem zu. Antrag 5 PVS-Minderheit betrifft den Bereich Wohnen und fordert günstigen Wohn- und Gewerberaum im Quartier. Für bisherige Mieter*innen und Nutzer*innen mit Blick auf das Thema Verdrängung durch Aufwertung eines Quartiers und der Erhöhung der Mietzinse ist das ein absolutes zentrales Anliegen. Das Projekt Ausserholligen darf nicht zu der weiteren Gentrifizierung der Stadt Bern beitragen. Verdrängungseffekte müssen verhindert und entsprechend durch ein Monitoring überwacht werden. Darum unterstützen wir den Antrag 5 PVS-Minderheit.

Gleichzeitig scheint uns der Fokus auf die bisherigen Mieter*innen und Nutzer*innen ein bisschen zu eng und für ein Monitoring der Verdrängungseffekte nicht genug. Wir kennen die Massnahmen, um die Verdrängung zu verhindern. Sie heisst preisgünstiger Wohnraum. Darum haben wir als Fraktion zwei weitere Anträge eingereicht: Antrag 8, der generell die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sicherstellen will. Er fordert 100 Prozent der neuen Wohnungen im Areal ESP Ausserholligen in Kostenmiete. Um zu betonen, wie wichtig das ist, muss ich kurz ausholen: Wohnungsnot, explodierende Mietzinsen und Verdrängung von Familien, älteren Menschen und wenig Verdienenden aus der Stadt. Das sind nicht nur polemische Schlagworte. Sie sind wirklich ein gravierendes Problem weltweit und auch in Bern eine Tatsache. Wir haben gerade in den letzten Wochen zu diesem Thema Artikel im «Bund» lesen können. Mit dem ESP Ausserholligen hat die Stadt Bern es in der Hand, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Und sie muss, weil der freie Markt das nicht regeln wird. Es wird ein hervorragend erschlossenes Quartier entstehen mit Bildung, Gewerberaum, Freiraum, Grünflächen und attraktiven Neubauwohnungen. Wenn wir das dem freien Markt überlassen, werden Luxuswohnungen für Gutverdienende gebaut und die Zweizimmerwohnung kostet dann irgendwie bei 2 000 Franken im Monat. Das geht komplett an den Zielen der städtischen Wohnbaupolitik vorbei und es ist an uns, dieser Entwicklung möglichst frühzeitig vorzubeugen. Frühzeitig heisst heute, indem wir uns klar und deutlich für die preisgünstigen Wohnraum positionieren und das über den Antrag 8 GB/JA! in die Planung des ESP Ausserholligen einfliessen lassen. Die, welche finden, preisgünstiger Wohnraum sei zwar schön und gut, aber so ein paar überteuerte Lofts für den Stadtadel wären halt doch auch schön, sind herzlich eingeladen, unseren Eventualantrag 9 zu unterstützen, der Zweidrittel der Wohnungen in Kostenmiete fordert. Merci vielmals im Voraus dafür.

Schliesslich Antrag 6 PVS zu den Zielen des Modalsplits, der die Autofahrten zum Weyerli auch im Winter reduzieren will. Wie schon am Anfang gesagt, muss alles darangesetzt werden, den MIV im ESP-Perimeter zu reduzieren, und zwar nicht nur im Jahresdurchschnitt, sondern täglich. Darum unterstützen wir den Antrag selbstverständlich. Und Antrag 7 PVS-Minderheit nehmen wir an. Der Antrag fordert eine Prüfung von Alternativen zu Fernwärme für die Energieversorgung im Quartier. Zu dem Thema werden wir in Kürze auch ein Postulat miteinreichen. Es geht darum, dass Fernwärme eben nicht einfach eine unbeschränkte Ressource ist und darum für jedes Areal untersucht werden muss, ob sie wirklich die Beste aller Alternativen ist.

Es ist für die GB/JA!-Fraktion zentral, dass unsere Anträge wie auch die PVS und PVS-Minderheitsanträge in die weitere Planung des ESP Ausserholligen einfliessen. Es handelt sich nämlich um einen komplexen Prozess, wie auch der Gemeinderat im Vortrag zu dem Geschäft betont, und es ist wichtig, dass dieser sorgfältig geplant ist und mit verschiedenen Akteur*innen – auch den politischen – frühzeitig abgestimmt und koordiniert wird. In dem Sinne stimmt die GB/JA!-Fraktion auch der Aufstockung des Planungskredits um 1,825 Millionen auf insgesamt 6,8 Millionen Franken zu.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Der ESP Ausserholligen ist ein Riesenareal. Es bietet eine Riesenchance und es könnte riesengut werden – mit Betonung auf «könnte». So wie der Antrag und der Vortrag des Gemeinderats lautet, würden wir dem Geschäft auch zustimmen. Allerdings muss ich sagen, dass, je nachdem welche Anträge durchkommen, wir dieser Kreditaufstockung negativ gegenüberstehen, das heisst, wir werden die nachher ablehnen und unser Ja oder unser Nein ist abhängig von den Anträgen, die durchkommen. Wir reden über eine Kreditaufstockung. Dieser stimmen wir zu, weil wir es wichtig finden, dass die Stadt hier die Fäden in der Hand hat und hier auch wirklich die koordinierende Aufgabe wahrnehmen kann. Das finden wir sehr wichtig bei diesem Areal. Darum würden wir zustimmen. Wir haben bei der ursprünglichen Vorlage gesagt, es wäre eine einmalige Chance auf einem so grossen Areal eine Lösung zu finden, um innerarealverkehr mit modernen autonomen Fahrzeugen zu machen. Das würde nämlich auch die Chancen bieten, dass man die gute Erschliessung bis an den Rand des Gebiets hat und innerhalb des Areals mit einer schlaun, autonomen, modernen Lösung fahren könnte. Selbstverständlich ist unser Antrag damals abgelehnt worden. Wir werden alle anderen Anträge ablehnen. Wir finden insbesondere den Antrag besonders lustig oder eben auch nicht, der nach dem Motto «Wir bauen ein Häuschen unter der Autobahn und verlangen nachher, dass es dort Lärmschutzwände gibt» funktioniert. Das ist ein Witz. Wer unter dem Viadukt bei Weyermannshaus baut, weiss, wo er baut und muss nicht nachträglich noch teure Lösungen verlangen; insbesondere darum nicht, weil das Ganze vom ASTRA schon einmal abgeklärt wurde. Es ist zu teuer und schwer umzusetzen und viel zu aufwendig. Also wir würden den Originalantrag zu der Kreditaufstockung annehmen.

Wir lehnen alle Anträge ab und das definitive Ja oder Nein machen wir abhängig davon, welche Anträge Sie schlussendlich hier durchwinken.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Gentrifizierung, autofreie Siedlung, Verdrängung, Wohnungsnot – ich weiss nicht genau: Reden wir vom gleichen Geschäft? Es geht um eine Kreditaufstockung, in der es um die öffentliche Infrastruktur im Raum ESP Ausserholligen geht. Wenn ich die Anträge lese, dann stelle ich fest, das sind alles Sachen, die in der Bauordnung geregelt werden. Und hier wird Geld beantragt, dass man eben weiterarbeiten kann, zum Beispiel im Bereich Fuss- und Veloverkehrsverbinding. Es braucht ein bisschen mehr Geld für die juristische Unterstützung. Es braucht ein bisschen weniger Geld in einem anderen Bereich. Es braucht zum Beispiel aber auch mehr Geld in der Kommunikation, Baustellenlogistik. Und dann kommen Sie mit Anträgen, mit denen man die Parkplätze pro Wohnung beschränken will. Also ich weiss nicht genau, wie Sie darauf kommen, diese Anträge zu stellen. Ich habe es auch schon in der Kommission bemängelt. Und ja, es führt einfach einmal mehr dazu, dass wir dem Projekt oder dem Geld so dieser Vorlage nicht werden zustimmen können. Wir sind ja grundsätzlich schon ein bisschen skeptisch beim ESP Ausserholligen, vor allem wenn es eben nachher mit den Anträgen in die Richtung einer rot-grünen Wohlfühloase geht, wo man eben keine Autos will, wo man keinen Platz für das Gewerbe hat. Und wenn

Sie dann nachher sogar derart starre Regeln machen bei den Parkplätzen, beim Gewerbe, dann kann ich mir auch nicht vorstellen, dass dort irgendjemand sein Gewerbe ansiedeln will.

Darum: Wenn die Anträge durchkommen – ich muss das jetzt nicht einzeln begründen, wir werden alle Anträge ablehnen –, dann werden wir entsprechend natürlich auch das Geschäft in dieser Form ablehnen.

1. Vizepräsidentin: Gibt es Einzelvoten? Nein. Dann gebe ich Marieke Kruit zuerst das Wort. Und am Schluss wird Alec von Graffenried noch schnell etwas sagen.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Besten Dank an die Referentin für das Vorstellen dieses doch grossen und hochkomplexen Geschäfts. Der Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen soll zu einem neuen Zentrum für Dienstleistungen, Gewerbe, Wohnen, Bildung und Sport entwickelt werden. Das verlangt natürlich eine optimale Erschliessung des Gebiets. Die Stadt hat ein grosses Interesse daran, dass der ESP Ausserholligen wirklich als Gesamtraum funktioniert. Die Stadt stellt darum auch die Koordination aller laufenden Bau- und Infrastrukturprojekte sicher. Die Federführung liegt hier beim Tiefbauamt. Es sind aber viele städtische Ämter involviert, die dort aktiv mitarbeiten. Es ist ein wirklich ein riesiges Projekt mit zahlreichen Infrastrukturbauten verschiedener Bauherrschaften, beispielsweise der SBB/BLS, eben auch der Stadt, des Kantons mit dem Neubau des Campus' Bern, EWB, Post, Burgergemeinde, um nur ein paar zu nennen. Insgesamt sind es mehr als 40 Projekte.

Für die Koordination dieser zahlreichen Projekte und für die Planung der städtischen Teilprojekte hat der Stadtrat im Februar 2021 bereits einen Kredit von fast 5 Millionen Franken gesprochen. Mit diesem Kredit haben wir Planungen starten und Planungsinstrumente entwickeln können. Wir haben einzelne Bauprojekte ausgearbeitet und die Vertragsverhandlungen angestossen. Wir haben auch Kommunikationsgremien gebildet und eine übergeordnete Baulogistik geschaffen, sowie auch erste Sitzungen mit der Begleitgruppe gestartet. Es zeigt sich jetzt aber deutlich, dass eben bis zum Ausführungskredit für die städtischen Bauvorhaben 2024 ein erhöhter Planungsbedarf und Koordinationsaufwand besteht. Es ist wichtig, dass wir hier wirklich koordinieren und sorgfältig mit dem Raum umgehen, der wirklich sehr viel Potenzial hat. Darum kommt der Gemeinderat mit dieser Erhöhung des Planungskredites. Und mir ist wirklich auch wichtig, hier noch einmal zu erwähnen, dass es nicht um einzelne Projekte geht, sondern um die Gesamtkoordination, die wir unbedingt sicherstellen müssen. Sie werden noch einmal die Gelegenheit haben, über einzelne Projekte zu debattieren und auch Anträge zu stellen. Es ist ja vorgesehen, die Ausführungskredite für die städtischen Teilprojekte dem Stimmvolk nächstes Jahr vorzulegen.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen darum auch, dann die Anträge zu stellen und nicht jetzt, sondern dann, wenn wir wirklich die Projekte im Detail diskutieren können.

Zu den einzelnen Anträgen wird jetzt der Stadtpräsident etwas noch sagen, weil es ja vor allem um Anträge von PRD-Geschäften geht.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die Debatte. Es ist ein Geschäft der TVS. Es geht um diese Erschliessung. Aber ich sage jetzt trotzdem etwas dazu, weil es ja plötzlich nicht mehr nur um die Erschliessung gegangen ist. Vielmehr ist die Debatte noch ein bisschen weiter gefasst worden. Der ESP Ausserholligen ist das wichtigste Entwicklungsgebiet in der Stadt Bern. Es ist die grösste Entwicklung. Es wird am meisten passieren dort. Das hat die allerhöchste Priorität und natürlich können wir den ESP nur weiterentwickeln, wenn wir ihn auch infrastrukturell bereitstellen. Darum geht es in

dieser Vorlage. Ohne die nötigen Erschliessungen, ohne die nötige Infrastruktur werden wir im ESP überhaupt nichts machen können. Entsprechend ist es ein Infrastrukturprojekt und, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hat der Stadtrat ja auch den Projektierungskredit, als man das Geschäft das erste Mal gehabt hat, telquel angenommen. Ich schon ein bisschen überrascht, als ich in die Kommission gerufen wurde, weil es ist ein TVS-Geschäft war. Aber plötzlich wurde eine Menge Anträge zu den anderen Überbauungsordnungen gestellt, die in der PVS gar nicht traktandiert waren, und zu denen ich Auskunft geben konnte. Wenn jetzt gesagt wurde, die Anträge, die gestellt werden, seien Planungserklärungen, – ich kenne das Stadtratsrecht nicht so gut –, aber ich glaube nicht, dass Sie zu konkreten Geschäften Planungserklärungen abgeben können, aber Sie können das sagt das Ratssekretariat, sogenannte Anträge mit Richtliniencharakter einreichen. Auch wenn die Anträge jetzt teilweise sehr apodiktisch formuliert sind, bleiben sie einfach Anträge mit Richtliniencharakter und eine weitergehende Wirkung können sie nicht entfalten. Also, wenn man teilweise das Gefühl hat, es würde durch so einen Antrag eine Bauvorschrift angepasst, dann wäre das nicht der Fall. Warum ist das wichtig? Wenn ich mir noch erlauben darf, etwas zum Recht des Stadtrats zu sagen, denn es ist am Schluss eine Verletzung der Traktandierungspflicht. Sie dürfen nur über traktandierete Geschäfte reden und auch nur zu traktandierten Geschäften Anträge stellen und Sie können nicht plötzlich in einem Geschäft anfangen, Anträge zu einem anderen Geschäft zu stellen, denn damit verletzen Sie ihr eigenes Recht. Wenn es sich dagegen um Anträge mit Richtliniencharakter handelt, dann ist das ein bisschen weniger eine Schwierigkeit. Jetzt zu den zu den grossen Planungen: Es gibt ja verschiedene Planungen, die schon rechtskräftig sind wie die ARK-Überbauungen, die schon passiert sind, das Weyermannshausbad, das auch schon saniert wurde. Also ein Teil ist schon gelaufen, andere Sachen kommen gar nicht mehr in den Stadtrat, etwa die Fachhochschule. Die planerischen Grundlagen für die Fachhochschule sind fertig. Dazu gibt es nichts mehr zu beschliessen. Was noch kommen wird, ist selbstverständlich die Überbauungsordnung Weyermannshaus West. Also das ist das ganze Areal Richtung Untermatt. Das ist ja auch schon sehr kontrovers diskutiert worden aus verschiedener Sicht. Und das Areal ist in der Mitwirkung, in der Vorprüfung. Das wird auch in den Stadtrat kommen. Und natürlich von besonderem Interesse – dort konnten Sie das Projekt anschauen, das jetzt im Wettbewerb gewählt wurde – ist die Überbauungsordnung des EWB/BLS-Areals. Das wird den Stadtrat noch sehr stark beschäftigen, weil wir auch eine Volksabstimmung darüber haben werden, ob die Stadt Bern das Vorkaufsrecht für jene Teile des Areals die EWB nicht mehr als Betriebsareal nutzt, gegenüber der EWB geltend machen soll. Dort werden wir noch eine sehr intensive Debatte haben. Warum ist das so wichtig, dass man die Anträge dann bringt. Es fehlen die ganzen Grundlagen. Sie haben zwar sehr viele Unterlagen bekommen zum aktuellen Geschäft, weil es auch ein grosses Geschäft und ein umfassendes Geschäft ist. Und das ist an sich schon komplex genug, aber die ganzen Unterlagen zu allen anderen Geschäften, zu denen Sie jetzt Anträge gestellt haben, fehlen die Unterlagen. Und darum ist es auch ein bisschen an der Grenze der Seriosität, wenn man über solche Sachen diskutiert. Es hat eine Diskussion stattgefunden über Sinn und Unsinn der Versorgung von Liegenschaften mit Fernwärme. Dazu muss ich einfach sagen, wir hätten Reto Nause auch noch dazunehmen müssen, der ja die den Fernwärmeausbau im Rahmen von EWB betreut. Also wir sind da so ein bisschen an der Grenze des Stadtratsgeschäfts.

Die Anträge sind im Gemeinderat noch nicht vorgelegen. Der Gemeinderat würde Ihnen das Geschäft so unterbreiten, wie es jetzt vorliegt. Also, er bittet Sie darum, die Anträge

alle abzulehnen. Soweit sie überwiesen werden, gelten sie als Anträge mit Richtliniencharakter. Inhaltlich muss ich sagen, dass wir uns zur Wohnbaupolitik, zur Verkehrsentwicklung unter Umständen sogar noch finden. Das ist nicht die Frage, sondern es geht hier wirklich um die formelle Frage: Wann wird was diskutiert?

Anträge

1.	PVS	Das Neuangebot an MIV-Parkplätzen ist auf dem ganzen ESP auf folgende Richtwerte gemäss Bandbreite in den Überbauungsordnungen zu beschränken: Weyermannhaus-West: Pro Wohnung maximal 0.2 PP; pro Arbeitsplatz 0.1 Abstellplätze für Motorfahrzeuge. ewb-/BLS-Areal: 0.5 pro 100 m2 Geschossfläche (GFo) für Arbeitsnutzung sowie 0.1 pro Wohnung Campus: maximal 120 PP für Campus sowie generell 0.1 pro Wohnung in Weyermannshaus Ost.
2.	GB/JA	Das Neuangebot an MIV-Parkplätzen ist auf dem ganzen ESP auf das Minimum gemäss Überbauungsordnungen zu beschränken. Das heisst für die verschiedenen Areale: Weyermannhaus-West: Pro Wohnung 0 PP; pro Arbeitsplatz 0 Abstellplätze für Motorfahrzeuge. ewb-/BLS-Areal: 0 PP pro Wohnung; 0.35 pro 100 m2 Geschossfläche (GFo) für Arbeitsnutzung Campus: generell 0 PP pro Wohnung in Weyermannshaus Ost; maximal 120 PP für Campus
3.	PVS Minderheit	Auf den folgenden Arealen ist eine autofreie Siedlung zu prüfen: Weyermannshaus West EWB/BLS-Areal
4.	PVS	Die Stadt setzt sich beim Kanton und beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) dafür ein, dass die Verkehrsmissionen der A12 (Autobahn) und des Autobahnknotens reduziert werden. Für das neue Quartier sind flankierende Massnahmen anzustreben
5.	PVS Minderheit	Das Areal Weyermannshaus-West ist so zu entwickeln, dass es weiterhin günstige Bedingungen für bisherige Mieter*innen (insbesondere im Quartier Untermatt) und attraktiven und bezahlbaren Raum für die im Gebiet ansässigen Gewerbenutzungen bietet. Verdrängungseffekte durch Verdichtung werden untersucht.
6.	PVS	Für den Winterbetrieb im Weyermannshaus werden Massnahmen geprüft, damit die Modalsplitvorgaben im ESP Ausserholligen erreicht werden.
7.	PVS Minderheit	Im ESP Ausserholligen werden für die Wärme- und Kältebedürfnisse neben thermischen Netzen (Fernwärme) auch dezentrale Alternativen zwecks Energieversorgung (z. B. Wärmepumpen oder Solartechnologie) gleichberechtigt geprüft. Sobald eine Auswertung vorliegt, wird sie der Kommission PVS vorgelegt.
8.	GB/JA	Im ESP Ausserholligen soll preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden und 100% der Wohnungen auf dem ganzen ESP sollen in Kostermiete angeboten werden.
9.	GB/JA	Eventualantrag:

		Im ESP Ausserholligen soll preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden und 75% der Wohnungen auf dem ganzen ESP sollen in Kostenmiete angeboten werden.
--	--	---

1. Vizepräsidentin: Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Anträge.

Abstimmungen

2014.PRD.000100: Antrag 1 PVS (Ja) vs. Antrag 2 GB/JA! (Nein)		
Antrag 1 PVS obsiegt		
Ja	36	
Nein	26	
Enthalten	1	Namensliste 018

1. Vizepräsidentin: Wir stimmen jetzt über obsiegende Antrag ab.

2014.PRD.000100: Antrag 1 PVS		
Annahme		
Ja	34	
Nein	26	
Enthalten	3	Namensliste 019

1. Vizepräsidentin: Wir stimmen über den Antrag 3 PVS-Minderheit ab.

2014.PRD.000100: Antrag 3 PVS-Minderheit		
Annahme		
Ja	32	
Nein	30	
Enthalten	1	Namensliste 020

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Antrag 4 PVS.

2014.PRD.000100: Antrag 4 PVS		
Annahme		
Ja	49	
Nein	14	
Enthalten	0	Namensliste 021

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Antrag 5 PVS-Minderheit.

2014.PRD.000100: Antrag 5 PVS Minderheit		
Ablehnung		
Ja	24	
Nein	37	
Enthalten	1	Namensliste 022

1. Vizepräsidentin: Wir stimmen über den Antrag 6 PVS ab.

2014.PRD.000100: Antrag 6 PVS	
Annahme	
Ja	45
Nein	18
Enthalten	0
Namensliste 023	

1. Vizepräsidentin: Wir stimmen über den Antrag 7 PVS-Minderheit ab.

2014.PRD.000100: Antrag 7 PVS-Minderheit	
Ablehnung	
Ja	28
Nein	33
Enthalten	1
Namensliste 024	

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zu Antrag 8 GB/JA!.

2014.PRD.000100: Antrag 8 GB/JA!	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	41
Enthalten	4
Namensliste 025	

1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zum Schluss noch zum Eventualantrag 9 GB/JA!.

2014.PRD.000100: Antrag 9 GB/JA!	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	39
Enthalten	1
Namensliste 026	

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form.

2014.PRD.000100	
Annahme	
Ja	50
Nein	13
Enthalten	0
Namensliste 027	

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die 1. Vizepräsidentin

für das Protokoll

X

X

Valentina Achermann

Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.25 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Erich Hess	Simone Richner
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Ruth Altmann	Seraphine Iseli	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Ueli Jaisli	Michael Ruefer
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Vanessa Salamanca
Diego Bigger	Anna Jegher	Mahir Sancar
Lea Bill	Raffael Joggi	Judith Schenk
Laura Binz	Nora Joos	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Nicole Silvestri
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Alexander Feuz	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Franziska Geiser	Dominic Nellen	Paula Zysset
Thomas Glauser	Barbara Nyffeler	
Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Milena Daphinoff	Bernadette Häfliger
Janina Aeberhard	Jelena Filipovic	Salome Mathys
Mirjam Arn	Lionel Gaudy	Kurt Rügsegger
Michael Burkard	Lukas Gutzwiller	Sara Schmid

Gemeinderat anwesend

Reto Nause SUE	Marieke Kruit TVS
----------------	-------------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Renate Bock, Protokoll		

2012.SR.000305

10 Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Lea Bill, JA!): Kostenpflichtige Parkplätze für Motorräder; Fristverlängerung

Präsident: Ich begrüsse alle herzlich zur zweiten Sitzung. Ein grosses Dankeschön und Gratulation an Valentina für die Feuertaufe im Stadtrat. Ich habe mitgehört, ich finde, sie hat das super gemacht. Wir kommen zum Traktandum 10. Es geht hier um die Fristverlängerung zur Motion. Die ist in der Kommission bestritten gewesen. Ich übergebe das Wort der Kommissionssprecherin Barbara Nyffeler von der PVS.

Barbara Nyffeler (SP) für die PVS: Die Motion verlangt, dass auch Parkplätze für Motorräder in der Innenstadt kostenpflichtig werden sollen, wie es für Autos schon lange gilt. Der Vorstoss ist 2014 eingereicht worden und im gleichen Jahr vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Es hat mehrere Fristverlängerungen gegeben. Und dass die Motion bis jetzt nicht umgesetzt worden ist, ist nicht der böse Wille des Gemeinderats oder der Verwaltung. Die Stadt hat auf eine Anpassung im Bundesrecht warten müssen. Erst 2021 ist die Signalisationsverordnung revidiert worden. Der Gemeinderat hat einen Projektierungskredit gesprochen. Man hat die Arbeiten an die Hand genommen, aber aufgrund der beschränkten personellen Ressourcen, sprich man hat zu wenig Personal, ist man noch nicht so weit, wie man gerne sein will. Und wenn dann die Arbeiten auf der Stufe Verwaltung fertig sind, müssen wir als Stadtrat noch einmal entscheiden, und zwar dann über einen Kredit zur Umsetzung und zur Anpassung des Gebührenreglements mit dem ganzen Rössli-Spiel. Darum beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung bis Ende 2024. Die PVS unterstützt die Fristverlängerung und geht davon aus, dass, was lange währt, dann auch gut wird.

Präsident: Dann hätten jetzt die Einreichenden das Wort.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Den Vorstoss habe ich noch als Stadträtin von der Jungen Alternative eingereicht vor über 10 Jahren. Vor 8 Jahren haben wir ihn auch im Stadtrat angenommen. Bisher haben wir eigentlich allen Fristverlängerungen zugestimmt, weil es so ist, dass bis 2020 das Bundesgesetz das nicht möglich gemacht hat, dass man Parkplätze für Motorräder kostenpflichtig machen darf. Aber seit 2021 ist das anders und der Einführung dieser Kostenpflicht steht nichts mehr im Weg. Der Gemeinderat hat eigentlich immer gesagt, ja, wir würden das gerne machen. Wir finden es inhaltlich auch sinnvoll, die Parkplätze kostenpflichtig zu machen. Aber leider dürfen wir halt nicht. Darum stellen wir uns jetzt hier schon die Frage, wieso man so wenig vorwärts gemacht hat seit dem Projektierungskredit 2021. Vor allem weil es so ist, dass diese Gesetzesänderung durchaus absehbar gewesen ist, und man hätte sich ja eigentlich auch schon ein bisschen vor 2021 Überlegungen dazu machen können. Ich persönlich gehe davon aus, das hat man gemacht. Fakt ist: Motorräder brauchen vielleicht weniger Platz als Autos. Punkto Umweltschädlichkeit sind sie aber ziemlich gleichauf beziehungsweise der Schadstoffausstoss ist sogar schlechter. Und wir sind uns alle hoffentlich oder zumindest die Mehrheit einig, dass das Ziel sein muss, dass die Menschen sich mit dem Velo, zu Fuss oder mit dem ÖV in der Stadt bewegen, und dass der motorisierte Individualverkehr dort möglichst unattraktiv gemacht werden muss. Und dazu gehört auch, dass es einfach keine Gratisparkplätze mehr gibt für Motorräder. Wir haben den Vorstoss vor acht Jahren hier überwiesen. Es wäre seit zwei Jahren möglich, dass man das Ganze umsetzen kann. Wir sehen ehrlich gesagt nicht

ein, wieso wir jetzt noch einmal zwei Jahre warten sollten, bis das passiert. Und darum haben wir auch eine Verkürzung der Fristverlängerung beantragt bis Ende 2023. Ganz ehrlich: Die Klimakrise lässt es nicht zu, dass man immer wieder noch ein paar Jahre wartet, weil man halt vielleicht noch ein paar Abklärungen machen muss, weil man halt noch mit ein paar Leuten reden muss, was man eigentlich schon seit Jahren hätte machen können. Das lässt die Klimakrise nicht zu, und wir bitten euch darum, dass ihr dieser verkürzten Fristverlängerung bis 2023 zustimmt, das reicht nämlich, um die Abklärungen auch zu machen. Und dann können wir hier im Stadtrat darüber abstimmen, dass Parkplätze für Motorräder künftig auch kostenpflichtig sind. Merci.

Präsident: Gibt es bei den Fraktionen Diskussionsbedarf zu der Fristverlängerung? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten zum Thema Fristverlängerung? Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann hätte Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich mache es kurz, ich verstehe die Ungeduld und den Ärger, aber ich muss euch wirklich sagen, bis Ende Jahr ist das einfach nicht möglich. Der Gemeinderat lehnt darum auch die Verkürzung der Frist zur Umsetzung der Motion ab. Einerseits verfügt die Verkehrsplanung wirklich im Moment über sehr enge personelle Ressourcen. Wir haben auch sehr viele grosse Projekte am Start, zum Beispiel ESP Ausserholligen, aber auch die Begleitmassen zum Fernwärmeausbau, Velostationen usw. Also es ist wirklich nicht so, dass wir nicht daran arbeiten wollen. Andererseits dauert auch der parlamentarische Genehmigungsprozess für die erforderliche Ergänzung des Gebührenreglements schlicht und einfach länger. Also das bringen wir gar nicht hin bis Ende Jahr. Darum unser Vorschlag: Wir arbeiten jetzt schon an einem Umsetzungskonzept bis diesen Herbst, und dann starten wir mit der Erarbeitung der notwendigen Stadtratsvorlage. Es braucht leider einfach seine Zeit.

Präsident: Merci vielmals Marieke, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag GB/JA!.

Antrag

1.	GB/JA	Die Fristverlängerung sei bis am 31. Dezember 2023 zu gewähren.
----	-------	---

Abstimmungen

2012.SR.000305: Antrag GB/JA!		
Ablehnung		
Ja	13	
Nein	44	
Enthalten	0	Namensliste 029

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt worden. Es bleibt in diesem Fall beim Vorschlag des Gemeinderats zur Fristverlängerung. Wir stimmen über die Fristverlängerung ab.

2012.SR.000305: Antrag Gemeinderat zur Fristverlängerung		
Annahme		
Ja	49	
Nein	9	
Enthalten	0	Namensliste 030

Präsident: Die Fristverlängerung ist angenommen worden. Bevor wir zum Traktandum 11 kommen, noch ein Hinweis in eigener Sache. Wir haben entschieden, dass wir künftig für frisch gebackene Mütter und Väter ein Gratulationskärtchen schicken werden. Wir haben das jetzt angefangen für die gerade frisch gebackenen Mütter und Väter. Wir haben 2 Karten aufgelegt, die wären für Salome Mathys und Sara Schmid, die jetzt gerade Mama geworden sind. Da könnte man sich eintragen und zur Gratulation beitragen. Also wer Zeit hat während der Sitzung oder während der zweiten Sitzung, darf sich vorne in der ersten Reihe gerne noch schnell eintragen. Merci. Wir kommen zum Traktandum 11. Hier geht es ebenfalls um eine Fristverlängerung.

2017.SR.000171

11 Postulat Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Tabea Rai, AL) – übernommen durch Eva Chen (AL): Mehr urbane Aare-Lebensqualität für alle durch Brückenlifte; Fristverlängerung

Präsident: Dort habe ich erfahren, dass die Fristverlängerung in der Kommission teilweise bestritten gewesen ist, die Fristverlängerung aber von den Einreichenden selber nicht bestritten ist. Die Kommission würde auf ein Votum verzichten, wenn es sonst nicht bestritten ist. Also darum frage ich jetzt zuerst, ob die Fristverlängerung grundsätzlich bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein, dann würden wir in diesem Fall direkt in die Abstimmung gehen.

Abstimmung

2017.SR.000171: Fristverlängerung	
Annahme	
Ja	60
Nein	0
Enthalten	0
	Namensliste 031

Präsident: Die Fristverlängerung ist angenommen worden.

2018.SR.000012

12 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) – übernommen durch Matthias Humbel (GFL): Citylogistic: Dem zunehmenden Lieferverkehr zukunftsgerichtet und nachhaltig begegnen; Annahme als Richtlinie

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 12. Das ist die Motion der Fraktion GFL/EVP, das ist ein Antrag des Gemeinderats zur Annahme als Richtlinie. Ist die Motion bestritten? Die ist bestritten, dann hätten das Wort die Einreichenden von der GFL/EVP, Matthias Humbel.

Matthias Humbel (GFL) für die Einreichenden: Ich habe die Motion vom MCW übernommen. Ich fasse mich relativ kurz, weil eigentlich dünkt es mich eine relativ klare Sache, der Onlinehandel wächst kontinuierlich. Das können wir alle feststellen, wenn

wir sehen, wie viele Paketlieferanten und sonstigen Kuriere täglich auf unseren Strassen unterwegs sind. Das ist bereits der Fall gewesen, als Manuel Widmer seinen Vorstoss 2018, also weit vor Corona, eingereicht hat. Das ist jetzt noch mehr der Fall, weil Corona die Einkaufsgewohnheiten von vielen von uns nachhaltig verändert hat. So ist 2016, das Jahr, das Manuel in seiner Motion als Referenz angibt, der Anteil des Onlinehandels am Gesamtvolumen in der Schweiz bei 7,8 Prozent gelegen. 2022, nach Corona, hat sich der Anteil auf 14 Prozent erhöht, also praktisch verdoppelt. Die Ausgangslage und damit auch die damit verbundenen Probleme sind somit in dieser Zeit nicht kleiner geworden, sondern haben sich im Gegenteil weiter akzentuiert. Erste Schritte in die richtige Richtung gibt es schon. Die Post liefert seit diesem Frühling in der Stadt Bern nur noch mit Elektrofahrzeugen Pakete und Briefe aus. Doch das allein reicht selbstverständlich noch nirgends hin. Und wenn man draussen unterwegs ist, ob jetzt zu Fuss oder mit dem Velo, dann muss man jeweils immer noch Slalom machen um die ganzen Lieferwagen, die herumstehen, egal welchen Antrieb sie gerade haben. Es hat also noch viel Potenzial für die Feinverteilung mit Cargo Bikes, ausgehend von Microhubs, von denen aus man die letzte Meile bedienen kann, nachhaltig und ressourcen- und platzschonend. Dass das noch nicht die Lösung sein kann, haben auch der Gemeinderat und die Stadtverwaltung erkannt. Seit 2020, und nicht zuletzt auch als Folge dieser Motion, haben wir für die Stadt ein Logistikkonzept. Ein sehr gutes Konzept, das viele Ideen der Motion bereits aufgenommen und weiter ausgearbeitet hat. Jetzt geht es einfach noch darum, dass diesen Worten und diesem Papier auch noch die entsprechenden Taten folgen, dann sind wir auf gutem Weg. In dem Sinn merci an die Stadt für das gute Konzept und merci euch für die Zustimmung zu dieser Motion.

Präsident: Ich sehe keine Fraktionsvoten. Wir kommen zu den Einzelvoten. Da gibt es auch keine. Reto Nause vom Gemeinderat verzichtet ebenfalls. Dann wären wir bereits wieder bei der Abstimmung. Ich habe keine Wandlung gehört. Darum würden wir über die Motion als Richtlinie abstimmen.

Abstimmung

2018.SR.000012: Motion als Richtlinie		
Annahme		
Ja	46	
Nein	13	
Enthalten	0	Namensliste 032

2018.SR.000247

13 Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeiträge für Laststationen

Präsident: Wir sind beim Traktandum 13. Das ist eine interfraktionelle Motion, die der Gemeinderat zur Annahme als Richtlinie empfiehlt. Das ist bestritten. Das Wort hätten die Einreichenden der Mittepartei, die verzichten. Es gibt ein Fraktionsvotum, Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP: Schaut, das sind die Forderungen, was wollt ihr? In dieser Motion wird verlangt, für die Feinverteilung auf dem Stadtgebiet sollen keine benzin- oder dieselbetriebenen Fahrzeuge mehr verwendet werden. Das heisst, wenn ein Landwirt Eier vertragen will in Bern, darf er das nicht mehr. Er muss zuerst entweder ein Lastenvelo nehmen oder ein Elektrofahrzeug. Zweitens, speziell ausgewiesene Ladezonen, Parkplätze, die dem Lieferverkehr vorbehalten sind. Wahrscheinlich ist da die Meinung, dass dann die Feinverteilung nicht mehr die Post machen kann mit ihren Elektrofahrzeugen von Ostermundigen aus, sondern dass wir hier, wie das auch der Herr Gemeinderat Nause vorgeschlagen hat, im Gegensatz zum Postverkehrsgesetz da spezielle Ladezonen machen.

Präsident: Alexander, ganz kurz, wir sind im Traktandum 13. Es geht um Förderbeiträge für Ladestationen.

Präsident: Die SVP verzichtet, dann also die SP, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Das Votum meines Vorredners hat mich gerade ein bisschen verwirrt. Ich bin auch nicht wirklich nachgekommen und habe mich schon gewundert, wieso so viel Furor nötig ist, um zu dieser Geschichte Stellung zu nehmen. Bei diesen Ladestationen ist es so, es gibt öffentlich zugängliche Ladestationen und es gibt private Ladestationen. Die Motion verlangt eigentlich, dass private Ladestationen auch öffentlich zugänglich gemacht werden sollten, und dass die Stadt hier einen Beitrag leisten soll. Wir sind der Ansicht, die staatlichen, die öffentlich zugänglichen Ladestationen sind eine klare Sache, das ist wie bei einer Tankstelle. Bei privat genutzten Ladestationen sollen Besitzer und Besitzerinnen selbst festlegen, wer sich dort beteiligen will, beteiligen kann. Und wenn man private Ladestationen öffentlich zugänglich machen will, dann ist es eigentlich auch ein bisschen wie bei einer Tankstelle. Und bei den Tankstellen ist es ja auch so, dass die Privaten die Infrastruktur dieser Tankstelle selbst finanzieren. Und wir sehen eigentlich keinen Grund, dass man das hier anders machen soll, und deswegen lehnen wir im Unterschied zum Gemeinderat die Motion ab. Merci vielmal.

Präsident: Merci Johannes, ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hat auch hier das abschliessende Wort Reto Nause, der verzichtet. Dann wären wir bereits bei der Abstimmung als Motion mit Richtliniencharakter. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2018.SR.000247: Motion als Richtlinie

Ablehnung

Ja	10
Nein	56
Enthalten	0

[Namensliste](#) 033

Präsident: Die Richtlinienmotion ist abgelehnt worden.

2019.SR.000067

14 Interfraktionelle Motion Fraktion GFL/EVP, GB/JA!, SP/JUSO, GLP/JGLP (Patrik Wyss, GFL/Franziska Grossenbacher, GB/Laura Binz, SP/Melanie Mettler, GLP): Effektive Massnahmen gegen Lichtverschmutzung in die Bauordnung aufnehmen

Präsident: Wir sind beim Traktandum 14. Das ist eine interfraktionelle Motion. Hier ist der Antrag des Gemeinderats Ablehnung oder Annahme als Postulat. Ich übergebe das Wort den Einreichenden, das wäre Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Wer kennt das nicht, Insekten, die wegen der zunehmenden Lichtverschmutzung leiden. Um was geht es da überhaupt? Es sind nämlich darunter auch Bestäuber, die durch das künstliche Licht entweder die Orientierung verlieren oder aus Erschöpfung massenhaft sterben. Obwohl die Bienen und viele weitere Bestäuber nicht nachtaktiv sind, bewirkt die Lichtverschmutzung alleine durch den Einsatz von LED-Lampen....

Präsident: Ich bitte um ein bisschen Ruhe im Saal, ich verstehe Marcel nicht mehr. Merci.

Marcel Wüthrich (GFL) führt sein Votum fort:die Abnahme um 62 Prozent der Bestäubungsleistung. Das ist eine Studie, mit der Ökologinnen und Ökologen der Uni Bern 2017 diesen Zusammenhang erstmals haben nachweisen können. Mit Anbruch der Dämmerung fangen nämlich nachtaktive Schmetterlinge und Nachtfalter an, Blütenpflanzen zu bestäuben, die sich ausschliesslich oder vorwiegend von nachtaktiven Insekten bestäuben lassen. Bienen und Schmetterlinge orientieren sich am Licht der Himmelskörper. Lichtquellen wie Garten und Strassenbeleuchtung mit UV-Lichtanteil blenden damit aber die nachtaktiven Insekten und stören ihr Navigationssystem. Das natürliche Licht des Mondes wird durch die Strassenlaternen und andere künstliche Lichtquellen überlagert. Und damit führt das Verschwinden der Insekten dann auch zum Aussterben dieser Nektarpflanzen und zum Verschwinden der Tiere, die sich von diesen Insekten ernähren. Wie der Aspekt der schwindenden Biodiversität, den ich jetzt gerade erwähnt habe, gibt es eine ganze Reihe von weiteren negativen Auswirkungen der Lichtverschmutzung auf die Tier- und Pflanzenwelt und nicht zuletzt auch auf die Gesundheit von uns Menschen. Wir sollten darum die Lichtverschmutzung genauso ernst nehmen, wie die Luftverschmutzung als Beispiel. Abhilfe könnte man schaffen, könnten wir alle schaffen, nämlich zuhause, weil private Lichtquellen einen enormen Bestandteil dieser Problematik bilden. So etwa mit hohem Warm-Anteil oder Bewegungsmeldern ohne dauernde Lichtemission, das wären mögliche Mittel der Wahl. Die knappe Antwort des Gemeinderats für den Vorstoss datiert vom 11. September 2019. Seither hat der Gemeinderat ein übergeordnetes Beleuchtungskonzept in Kraft gesetzt und ergänzende Richtlinien für die öffentliche Beleuchtung im Aussenraum und eine Verordnung zum kommerziellen Licht und 2020 auch eine Vollzugshilfe für private Anlagen ausgearbeitet und veröffentlicht. Die Stadt Bern hat die Thematik also unterdessen aufgegriffen und hat auch tatsächlich einiges gemacht. Und wir anerkennen die Fortschritte ausdrücklich.

Jetzt werde ich aber erläutern, warum das für uns Einreichende noch nicht ausreichend ist, und warum wir auch an der Form der Motion festhalten. Die Grundsätze, die ich erwähnt habe, enthalten zwar wichtige Aspekte der Forderungen der Motion, aber drei

ganz wesentliche Aspekte fehlen nämlich bei den Instrumenten des Konzeptes generell und auch in dem Gesamtkonzept. Erster Punkt: Es fehlt die rechtliche Verbindlichkeit für die privaten Grundeigentümer, um mit der Motion die geforderte Wirkung zu erzielen. Das BAFU empfiehlt den grösseren Gemeinden zwar die Ausschaffung von zum Beispiel einem Beleuchtungskonzept, das aber ergänzend zu verbindlichen Regelungen in den kommunalen Planungsinstrumenten, wie insbesondere bei Bau- und Nutzungsordnungen, aber auch Zonenordnungen oder Zonenplänen. Und das ist genau das, was die Motion in den Punkten 1 bis 3 fordert. Der zweite Punkt: Es fehlt die nötige Berücksichtigung der Sensitivität in der konkreten Umgebung. Der Teil private Anlagen des städtischen Beleuchtungskonzeptes wendet die darin formulierten Grundsätze nurmehr in Abhängigkeit von den Gebäudekategorien und von den Infrastrukturkategorien an. Die Sensitivität der konkreten Umgebung ist jedoch einerseits notwendig zur Beurteilung der Verhältnismässigkeit der Massnahmen, wie das im Beleuchtungskonzept auch vorgesehen ist, aber andererseits findet ohne die Berücksichtigung der Sensitivität der Umgebung keine Berücksichtigung der speziellen Erfordernisse der sensiblen Gebiete statt. Und das wäre durch die Punkte 1 bis 3 in der geforderten Einteilung des Stadtgebiets in Empfindlichkeitszonen gegeben. Aber auch die Ergänzung des Teils «Private Anlagen» durch Kategorisierung wie im Teil «Öffentliche Beleuchtung» ist aus mehreren Gründen keine Alternative zur Festlegung von Empfindlichkeitszonen im Rahmennutzungsplan. Die Kategorisierung ist zu wenig spezifisch und die Gebiete im Steck 2016 sind nur sehr grob skizziert und schon gar nicht parzellenscharf festgelegt, wie das nämlich rechtlich nötig wäre. Und das Steck selber ist nicht grundeigentümergebunden, sondern es ist nur behördenverbindlich respektive der umfangreiche Vertiefungsbericht Siedlung im Freiland, den ich hier in der Hand habe, der ist nicht einmal behördenverbindlich. Dann komme ich zum dritten Punkt: Da geht es um den Punkt 5 der Motion. Da geht es um einen Prozess, der eine geeignete Überprüfung der Einhaltung dieser Vorschriften gewährleistet. Der Verzicht auf den Prozess überlässt es dann nämlich den Privaten, allfällige Verstösse zu erkennen und Beschwerden gegen allfällige Verstösse zu führen. Die Erfahrung zeigt, dass solche Vorschriften allzu oft leider tote Buchstaben bleiben, wenn die Einhaltung nicht überprüft werden kann.

Das Fazit ist darum, wir müssen noch einen Schritt weitergehen und Verbindlichkeit schaffen, weil Freiwilligkeit nicht reicht. Und darum reicht auch die Überweisung als Postulat nicht, wie das der Gemeinderat beantragt. Entsprechende Bestimmungen wollen wir in die Bauordnung aufgenommen haben, damit dunkle Zone erhalten bleiben und die Beleuchtung des Aussenraums durch Private eingedämmt wird. Selbstverständlich sollen dabei Sicherheitsaspekte in der Nacht nicht tangiert werden. Das ist aber in der Vollzugshilfe, die das BAFU vorgegeben hat, bereits berücksichtigt, also fachlich bereits berücksichtigt. Auf der anderen Seite stellen wir aber eben fest, dass sich unter den Grundeigentümern, unter den Vermieter*innen und unter den Liegenschaftsverwaltungen eine gewisse Sorglosigkeit breit gemacht hat. Und da sage ich noch einmal ein Beispiel: Auf dem Areal meines Vermieters beleuchten zwei leistungsstarke Leuchtstoffröhren eine grosse Rasenfläche über einer Tiefgarage taghell, und die brennen aktuell bis am Morgen um 8 Uhr voll durch. Und das, obwohl wir doch schon um sechs Uhr genügend Tageslicht hätten. Das ist also nicht nur Energieverschwendung, sondern ist einfach ein Unding gerade eben auch aus Lichtverschmutzungsgründen. Und dann kommt noch dazu, dass der dazugehörige Weg mit zusätzlichen kleineren Lampen eigentlich bereits ausreichend beleuchtet werden könnte. Die leistungsstarken Leuchtstoffröhren sind heute keine Insektenfallen mehr. Zwar einfach darum, weil es an dieser Stelle längstens keine Insekten mehr gibt, die überhaupt noch in die Falle hineintappen könnten.

Durch das Fehlen dieser drei erwähnten Punkte, die ich am Anfang oder in der Mitte aufgeführt habe, wird das vom Gemeinderat verfolgte Instrument zur Bekämpfung der Lichtverschmutzung und ihren dramatischen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht gerecht. Die Einreichenden halten aus diesen Gründen an der Überweisung in Form der Motion fest. Dann sage ich noch kurz mein Fraktionsvotum für die GFL/EVP-Fraktion: Wir schliessen uns selbstverständlich den Motionärinnen und Motionären an, und wir danken bestens unserem früheren Fraktionskollegen Patrik Wyss, der die wichtige Thematik vor 4 Jahren aufgenommen und sie weiterbearbeitet hat. Besten Dank.

Präsident: Wir sind in den Fraktionsvoten. Gibt es andere Fraktionsvoten zum Traktandum 14. Das ist Laura Binz für die SP/JUSO-Fraktion.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Es ist seit längerem unbestritten, dass die Lichtverschmutzung gerade in den Städten grosse Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere, aber auch Menschen hat. Der Zyklus zwischen Tag und Nacht ist eine der wichtigsten Informationen für die Organismen des Ökosystems. Das Verändern dieses Rhythmus durch künstliche Beleuchtung hat erwiesenermassen negative Auswirkungen, zum Beispiel auch auf die Biodiversität. Ein wichtiger Schritt Richtung des Ziels, die nächtlichen Lichtemissionen im Siedlungsgebiet zu reduzieren, hat die Stadt mit dem Beleuchtungskonzept von 2021 gemacht. Hauptziele des Konzepts und auch der Motion sind die Reduktion von Lichtintensität und die Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst sehr, dass im Beleuchtungskonzept weitere Aspekte, wie insbesondere auch die Sicherheit im öffentlichen Raum, ebenfalls mitgedacht werden. Die verschiedenen Aspekte dürfen natürlich nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für uns ist aber auch klar, dass es noch viel Potenzial für Massnahmen gegen Lichtverschmutzung gibt. Und ein weiterer positiver Aspekt ist, dass bei sinnvoller und reduzierter Beleuchtung neben allen anderen positiven Aspekten auch noch Energie gespart werden kann, was ja auch relevant ist. Entscheidend für die effektive Reduktion von Lichtverschmutzung sowie den Erhalt von dunklen Zonen ist, dass auch Private die Vorschriften zur Beleuchtung im Aussenraum einhalten. Die Bauordnungsrevision ist diesbezüglich bedeutend, und es ist eben auch wichtig, dass eine seriöse Überprüfung der Umsetzung durchgeführt wird. Aus dem Grund wird auch die SP/JUSO-Fraktion dem Vorstoss als Motion zustimmen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP/JF-Fraktion findet, dass die Forderung der Motionäre eigentlich schon ausreichend mit dem übergeordneten Beleuchtungskonzept abgedeckt wird, und darum lehnen wir die Motion mehrheitlich ab. Merci.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ursula Stöckli von der FDP.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich halte hier ein Einzelvotum, Sie haben es gehört, die Fraktion ist mehrheitlich dagegen. Ich persönlich bin für die Motion. Die Lichtverschmutzung ist tatsächlich ein Problem, und es ist unglaublich, wenn man sieht, was für Beleuchtungskörper den Nachthimmel beleuchten und nicht einmal gegen unten zünden, sondern gegen oben strahlen. Es ist unverständlich, wie man mit dem heutigen Lichtdesign noch solche Lampen installieren kann. Vielfach ist es aber eben gerade die öffentliche Hand, die dann solche Beleuchtungskörper hinstellt. Das kann man an etlichen Orten sehen, und nicht nur in der Stadt Bern. Wir haben viel gehört von den In-

sekten, Tierchen, Vögelchen. Lichtverschmutzung ist nicht nur für die Tiere ein Problem. Wir haben in der Schweiz keine wirklich dunklen Flächen mehr. Das ist auch für die Astronomen und die Astro-Fotografen ein Problem, und das ist ebenfalls sehr wichtig. Wir wünschen uns hier, oder ich wünsche mir, dass wir punktweise abstimmen. Punkt 3 kann ich so nicht unterschreiben und nicht zustimmen. Wir stellen hier eine Forderung auf, dass die Lichttemperatur kleiner als 3'000 Kelvin sein muss. Das ist nichts anderes als warm-weisses Licht. Ja, warm-weiss ist aber schon fast gelb auf der Strasse und im öffentlichen Raum. Und das ist definitiv nicht immer wirklich angebracht. Dass man vielleicht nicht 6'500 Kelvin tageslichtmässig rein tut, das ist absolut klar. Aber eine Lichttemperatur von 4'000 Kelvin, was ein Neutral-Weiss darstellt, das ist wichtig und an etlichen Orten auch wirklich nötig. Darum kann ich nicht ja sagen zu etwas, das einen absoluten Lichttemperaturwert unter 3'000 Kelvin vorschreibt, so etwas würde ich nie in eine Bauordnung hineinschreiben. Mit dem Rest wäre ich eigentlich einverstanden. Darum wünsche ich mir eine punktweise Abstimmung, merci.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: Ich halte die Motion für eine sehr wichtige Motion. Es ist wirklich etwas, dem ihr zustimmen solltet. Ich möchte vor allem Marcel danken für sein ausführliches Votum, das sehr interessant gewesen ist. Man hat es leider ab und zu akustisch nicht ganz verstehen können, aber ein sehr gut ausgearbeitetes Votum. Kompliment auch der Ursula Stöckli für den Mut, das in der FDP als einzige zu befürworten. Die Kelvin-Fragen kann ich nicht beurteilen, da enthalte ich mich vielleicht, aber ansonsten: Bitte helft mit, die Motion anzunehmen. Dankeschön.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Jetzt hat das Wort Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Der Vorstoss ist 2019 eingereicht worden und die Antwort des Gemeinderats datiert ebenfalls von 2019. Seither ist aber leider Gottes viel gegangen. Wir haben nämlich ein Lichtkonzept verabschiedet. Wir haben ein Lichtkonzept auch in Kraft gesetzt. Ein Lichtkonzept, das die öffentliche Beleuchtung reguliert, ein Lichtkonzept, das die private Beleuchtung einschränkt und ein Lichtkonzept, das die kommerzielle Beleuchtung einschränkt. Wenn Sie jetzt heute und hier die Motion annehmen, bin ich nicht ganz überzeugt davon, ob das Lichtkonzept, das wir im Sinn und Geist der Reduktion der Lichtverschmutzung verabschiedet haben, ob das nicht gerade wieder obsolet wird. Und darum bitte ich euch doch, diese Motion abzulehnen und als Postulat anzunehmen. Und dann können wir euch Bericht erstatten, wie sich das Lichtkonzept, das der Gemeinderat jetzt bereits verabschiedet hat, tatsächlich auswirkt. Wir haben in dieser Motion Punkte drin, bei denen ich euch einfach sagen muss: Das ist so schlicht und ergreifend gar nicht umsetzbar. Wenn wir Lichttemperaturen mit 3'000 Kelvin etc. festschreiben wollen, das ist ganz schwierig in Reglementarien zu verankern. Und darum bitte ich euch, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Gemeinderat nach Einreichung dieser Motion aktiv geworden ist und ein Lichtkonzept geschaffen hat, das verbindlich ist für die ganze Stadt Bern. Und, liebe Ruth Altmann, wir haben nicht einfach nichts gemacht, wir sind aktiv gewesen, wir haben das Anliegen ernst genommen und wir haben es umgesetzt, wie es andere Schweizer Städte auch umgesetzt haben. Ich sage sogar, wir haben es sehr, sehr fortschrittlich umgesetzt. Also ich bitte euch, hier dem Gemeinderat zu folgen.

Präsident: Punktweise Abstimmung ist nicht genehmigt, weshalb wir nicht punktweise abstimmen. Es ist auch nicht gewandelt worden. Es bleibt bei der Motion. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion.

Abstimmung

2019.SR.000067: Motion

Annahme

Ja	45
Nein	19
Enthalten	0

[Namensliste](#) 034

Präsident: Sie haben die Motion für erheblich erklärt. Wir kommen zum Traktandum 15.

2019.SR.000004

15 Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Katharina Gallizzi, GB): Swiss Prix in Bern: Transparenz sicherstellen!

Präsident: Die Motion ist bestritten, darum haben das Wort die Einreichenden vom GB/JA!

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Der E-Prix ist schon lange Geschichte und eigentlich müsste man sagen, es sei ein bisschen sinnlos, vier Jahre später noch über das Debakel zu reden. Vieles ist schon gesagt worden, vieles ist schon lange wieder vergessen, aber immer noch hallt das negative und ungute Gefühl des Anlasses nach. In seiner Antwort auf unsere Motion weigert sich der Gemeinderat, von der Veranstalterin ein Budget einzufordern. Zugegeben. Für das ist es jetzt definitiv zu spät. Es zeigt sich aber, dass das Vorgehen nicht nur aus Transparenzgründen wichtig gewesen wäre, sondern auch für das, was nachher noch gekommen ist. Der Gemeinderat hat den Veranstaltern vom E-Prix blind vertraut und sich auf ihr Wort verlassen, obwohl man gewusst hat, dass in Zürich die Veranstaltung zu einem Debakel geworden ist. In Bern hat man sich zwar mit einer Bankgarantie gegen die Kosten der Stadt abgesichert, aber damit ist es leider nicht getan. Der Gemeinderat hat betont, dass er volles Vertrauen in die Veranstalter habe, warum? Das erschliesst sich uns eigentlich nicht ganz. Das blinde Vertrauen führt jetzt dazu, dass die Stadt von der Baufirma Marti verklagt worden ist, weil die auf ihren nicht bezahlten Rechnungen sitzen geblieben ist. Natürlich ist das Argument der Firma Marti ein bisschen weit hergeholt. Trotzdem steht es exemplarisch dafür, welche Schäden der E-Prix auch noch lange nach seiner Durchführung angerichtet hat. Der vorgelegte Untersuchungsbericht zeigt auch auf, was alles schiefgelaufen ist, und dass die Versprechen von einem grünen Vorzeigeanlass ohne Kosten komplett danebengelegt sind. Die viel besungene Ausstrahlung der Stadt durch den ach so tollen Anlass hat somit einen rechtlichen Reputationsschaden angerichtet. Wie gesagt, das Debakel vom E-Prix lässt sich leider nicht mehr rückgängig machen, jedoch sollte man zwingend aus diesen Fehlern lernen. Mit der Frauen-EM steht der nächste Grossanlass vor der Tür. Auch hier sind uns sehr viele Versprechungen gemacht worden zur Nachhaltigkeit und Frauenförderung. Es gilt, diese Versprechen jetzt kritisch zu prüfen, zu hinterfragen und auch einzufordern. Die Budgets müssen überprüft werden, Risikogarantien müssen eingefordert werden, und man muss dafür sorgen, dass die EM nicht zu einem Desaster für das Quartier wird, wie das beim E-Prix der Fall gewesen ist. Solch ein Debakel können und sollten wir uns nicht noch einmal leisten. Wir werden an der Motion festhalten. Natürlich kann man die verlangten Budgets jetzt

nicht mehr einfordern. Es ist uns aber wichtig, dass ein solches Vorgehen bei zukünftigen Veranstaltungen zu einem Standard wird. Zudem erwarten wir, dass sich der Gemeinderat nicht nur nicht mehr durch kommerzielle Veranstalter blenden lässt und in Zukunft auf wirklich nachhaltige Anlässe setzt. Die sind vielleicht nicht ganz so gross und nicht ganz so pompös und nicht ganz so glamourös, aber sie bringen der Bevölkerung von Bern wirklich einen Mehrwert, ohne dass sie dabei die Klimaziele torpedieren.

Präsident: Wir wären bei den Fraktionsvoten.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Es bleibt das Geheimnis des Gemeinderats, wie er auch noch nach dem ganzen E-Prix-Trauerspiel das Gefühl haben kann, dass das für die Stadt vielmehr eine Chance als ein Risiko darstellen soll, wie es in der Vorstossantwort heisst. Spätestens seit eine Baufirma von der Stadt Schadenersatz fordert, weil die Veranstalter, die inzwischen Konkurs gegangen sind, ihre Rechnungen nicht gezahlt haben, spätestens seit dann sollte sich auch der Gemeinderat bewusst sein, dass der stumpfsinnige Autozirkus einfach ein totaler «Seich» gewesen ist. Notabene einer, der für die Stadt sogar finanziell noch zum Debakel werden könnte. Aber von Einsicht oder ernsthafter Selbstkritik ist leider sehr wenig zu spüren. Immerhin, was die vorher gebetsmühlenartig beschworene Nachhaltigkeit des Anlasses angeht, gibt der Gemeinderat erstaunlich offen zu, dass das nie mehr als ein sehr billiger Vorwand gewesen ist. «Ein solcher Anlass kann nicht nachhaltig sein», steht in der Antwort auf einen anderen Vorstoss, mit anderen Worten: «Selber blöd», wer uns jemals so etwas abgenommen hat. Das stimmt einen im Hinblick auf zukünftige Veranstaltungen nicht gerade sehr zuversichtlich.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ein Desaster, anders kann man es nicht nennen, was das Formel E-Rennen vor vier Jahren für Bern gewesen ist, und zwar von A bis Z. Vor allem der Sicherheitsdirektor und der Stadtpräsident wollten das Event unbedingt nach Bern holen und haben das gegen alle Widerstände, es sind nicht wenige gewesen, durchgeboxt. Ein Glückstreffer, die Stadt kriegt einen Grossanlass zum Nulltarif. Die Veranstalter sind hochgradig kompetent. Ich habe vollstes Vertrauen. Das sind alles Zitate des Sicherheitsdirektors im Vorfeld des Rennens. Dass Zweifel berechtigt gewesen sind, wie sie auch in dieser Motion zum Ausdruck gebracht werden, ist nicht erst seit dem Konkurs des Veranstalters augenfällig. Überhaupt, so einer Materialschlacht ein grünes Mäntelchen umhängen zu wollen, nur weil nicht mit Benzinmotoren gefahren wird, ist mehr als fragwürdig. Und um zu begreifen, dass ein Anlass, der viele Millionen Franken kostet, aber kaum Einnahmen generiert, finanziell nicht aufgehen kann, dafür muss man kein Finanzexperte sein. Rechnungen von über einer Million Franken sind offengeblieben. Viele der Geschädigten sind regionale KMU, eines davon ist die Röck'n'Röll-Krew, eine Gerüstbaufirma, die vor allem bei Openair-Konzerten tätig ist und bekannt dafür ist, dass sie viele Leute anstellt, die in prekären Verhältnissen leben und Mühe haben, zu einem Job zu kommen. Auf Rechnungen von 100'000 Franken ist der Jörg Guidon von Röck'n'Röll-Krew sitzen geblieben. Gerade einmal 4'000 Fränkchen hat er aus der Konkursmasse des Formel-E-Veranstalters bekommen. So etwas wird schnell einmal existenziell für KMU. Dass die Stadtbehörden zum Glück eine Bankgarantie verlangt haben in der Höhe von 850'000 Franken deutet daraufhin, dass das vollste Vertrauen in die Veranstalter vielleicht doch nicht ganz so voll gewesen ist. Das hilft den geschädigten KMU allerdings auch nicht weiter. Die Stadt stiehlt sich da vornehm aus der Verantwortung, wie der Gemeinderat auf eine kleine Anfrage von Luzius Theiler vor drei Jahren schon klargestellt hat. Jetzt bekommt der Gemeinderat aber

doch noch eine Rechnung gestellt in Form eines Prozesses, weil die Baufirma Marti die Stadt verklagt hat. Die Marti AG will die Stadt Bern in die Verantwortung nehmen. Als eine der grössten Baufirmen in der Region kann sie sich das leisten im Gegensatz zu den kleinen Unternehmen, die durch das Formel-E-Rennen geschädigt worden sind. Und die Moral von dieser Geschichte, lieber Gemeinderat, hört besser auf Kritiker und Kritikerinnen im Stadtrat, wenn ihr den nächsten Grossanlass nach Bern holen wollt oder, wie die Vorrednerin vom GB/JA! gesagt hat, bei der Euro schauen wir euch auf die Finger. Und darum nimmt auch die Fraktion AL/PdA die Motion an.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ich bin jetzt seit sechs Jahren in diesem Rat. Ich habe das Gefühl, das Votum hört man jetzt etwa zum zehnten Mal, und zwar einfach jedes Mal, wenn ein Anlass der linken Ratsseite nicht in den ideologischen Garten passt. Ich finde es sehr bedenklich, dass so eine Motion, von der die Einreichenden selber sagen, dass sie längst veraltet ist, und dass wir jetzt eigentlich die ganze Debatte hier für die Galerie führen, um vielleicht noch irgendein Zeichen zu setzen, dass man so etwas nicht einfach zurückzieht. Wir haben genug Geschäfte, mit denen wir wirklich etwas bewegen könnten. Einmal mehr probiert die linke Ratshälfte, einem einzelnen privaten Anlass Auflagen zu machen, die man bei anderen privaten Anlässen nicht verlangt, nämlich dann, wenn man den Anlass selber toll findet, dann braucht es plötzlich weniger Auflagen. Ich kann euch einfach zum wiederholten Mal sagen: Wenn ihr solche Auflagen wollt, wie zum Beispiel, dass jeder private Veranstalter sein Budget offenlegen muss, dann fordert ein Reglement, für das sind wir zuständig. Aber solange die Bewilligungskompetenz für solche Anlässe beim Gemeinderat ist, in dem ihr die absolute Mehrheit habt im Mehrheitsverhältnis 4 zu 1, das ist nicht der Reto Nause im Alleingang, der so etwas bewilligen kann. Solange der Gemeinderat die Kompetenz hat, einen Anlass zu bewilligen, bringt es nichts, aber wirklich gar nichts, wenn wir als Rat hier einzelnen Anlässe Auflagen machen wollen. Einmal mehr hört man vom GB/JA!, dass ein Anlass nicht zu den Leuten passt hier in der Stadt. Man wünscht sich, dass es künftig wieder Anlässe gibt, die zu dieser Stadt passen. Ich weiss nicht, ob sie an diesem Tag in der Stadt gewesen sind. Ich habe seit langem nicht mehr so viele Menschen in der Stadt gesehen, die so eine Freude gehabt haben an einem Anlass. Ich selber hätte nicht gedacht, dass mir der Anlass gefällt. Ich bin aber aus Neugier schauen gegangen. Ich gebe es zu, mir hat das dort ziemlich «den Ärmel hineingenommen», aber eine Stadt ist einfach eine sehr eine heterogene Masse an Leute. Und ihr als Grünes Bündnis könnt euch nicht anmassen zu definieren, ob wir Stadtberner an etwas Freude haben oder nicht, weil es leben nicht alle nach euren Präferenzen und, wie gesagt, dieses Votum habt ihr schon zwei drei Mal gehört. Ein privater Anbieter hat etwas probiert, man hat ihm die Chance gegeben, er ist mit dem krachend gescheitert. Das kann man nicht schönreden, aber auch Scheitern muss erlaubt sein in unserer Gesellschaft. Wenn Scheitern nicht mehr erlaubt sein soll, dann probiert auch niemand mehr etwas aus. Wir würden relativ schnell verarmen, wenn jedes Mal, wenn etwas nicht funktioniert, nachher die Leute kommen und mit dem Finger auf einen zeigen und sagen: Du bist gescheitert. Es ist sehr ärgerlich für alle Firmen, die dort auf offenen Rechnungen sitzen bleiben, das ist klar und unbestritten. Das «schleckt auch keine Geiss weg» und gleichzeitig gehört das zum unternehmerischen Risiko jeder Firma dazu. Ihr habt haargenau gewusst, wenn ihr dort Arbeiten angenommen habt, wenn ihr Personal angestellt habt für einen privaten Sicherheitsdienst oder was auch immer, ist das mit einem gewissen Risiko verbunden, dass euer Auftraggeber Konkurs geht und euch diese Rechnung nicht mehr zahlen kann. In 99 von 100 Fällen verdient ihr an solch einem Anlass gar nicht mal so schlecht. Und gerade Marti, muss ich euch, glaube ich, nicht erklären, geht

es gewiss sehr gut. Im 100. Fall nehmt ihr halt einen Antrag an von jemandem, der euch vielleicht ein bisschen hinter das Licht geführt hat oder euch vielleicht irgendeine Geschichte erzählt hat, aber zum Schluss habt ihr diese Geschichte geglaubt und müsst halt eine Rechnung abschreiben. Noch einmal: Das gehört zum Unternehmertum dazu. Dass dann ausgerechnet die linke Ratsseite fast schon Freude daran hat, dass Marti einen in meinen Augen absolut chancenlosen, um nicht zu sagen fast ein bisschen peinlichen Prozess vom Zaun bricht. Ich bin selber nicht Jurist, habe aber mit Juristinnen und Juristen geredet. Es ist eigentlich klar und unbestritten, man findet es unter Juristen spannend, dass es einmal so einen Prozess gibt, dass es einmal ein Urteil geben wird oder eine Reinigung. Aber wenn Marti den Prozess gewinnt, dann können wir noch aushandeln, was ich dann machen muss, aber die Gefahr tendiert gegen 0,0 Prozent und ich kann euch einfach auch sagen, und zu dieser Aussage stehe ich, ich hoffe inständig, dass Marti den Prozess hochkant verliert. Wenn ihr nämlich den krasen Paradigmenwechsel haben würdet, dass künftig eine Gemeinde auf dem öffentlichen Grund für alles haftbar gemacht werden kann, was dort passiert, dann werdet ihr künftig gar keine Veranstaltung mehr haben. Und dann führen wir auch keine Diskussion mehr, ob das grüne Bündnis der Meinung ist, dass das eine Veranstaltung ist, an der wir Freude haben dürfen oder nicht, weil es einfach keine Veranstaltung mehr gibt. Dann diskutieren wir auch nicht mehr, ob die Veranstaltung kommerziell oder nicht kommerziell gewesen ist, ob sie für Autos oder für Velos gewesen ist, ob uns das gefallen hat oder nicht, dann gibt es einfach keine Anlässe mehr. Darum, dieser Prozess wird verlorengehen. Ihr könnt jetzt hier die völlig veraltete und völlig überholte Motion noch annehmen, könnt irgendein Zeichen setzen, könnt das Gefühl haben, ihr habt etwas bewegt. Faktisch habt ihr genau gar nichts erreicht.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte jetzt weniger Vergangenheitsbewältigung machen, als in die Zukunft schauen. Dass dort einiges nicht gut gegangen ist, ist klar, und wie der Prozess herauskommt, das wird für die Juristen spannend sein. Ich hoffe auch, dass die Stadt den Prozess gewinnt, aber so klar ist es nicht. Ich habe immer gesagt, zwei Juristen, drei Meinungen. Aber was mir mehr Sorgen macht, wir haben jetzt die Frauen-Euro 2025. Ich hoffe einfach, und ich rede jetzt auf die Zukunft hin, dass man da die nötigen Verträge gemacht hat. Wir wissen, der Sponsor der Tonhalle Zürich ist früher die CS gewesen, da ist jetzt eine Lichtensteiner Bank eingestiegen. Ich hoffe dann auch, dass man an die nötigen Sachen denkt, sonst haben wir dann das nächste Fiasko. Und ihr müsst natürlich immer denken, so sagt es auch der findige Jurist, wir haben auf der einen Seite Marti, der jetzt da versucht, ein bisschen Neuland zu begehen mit dem Prozess. Wie das herauskommt, weiss man nicht, ich habe schon vorhin gesagt, zwei Juristen, drei Meinungen, das ist für die Juristen spannend. Ich bin auch nicht sicher, dass die Klage durchkommt, aber ein gewisses Risiko hat die Stadt trotzdem in diesen Fällen. Und dann geht es für mich darum, dass das in Zukunft nicht mehr passiert. Wenn man nämlich bei der Frauen-Euro nicht die nötigen Kautelen vorgesehen hat, dann rasseln wir dort hinein. Und ein Punkt, den man sagen muss, die Firma Marti kann sich diesen Prozess leisten. Aber denkt jetzt an die Handwerker und Kleinunternehmer, die halt ein bisschen vertraut haben. Das geht häufig so, die Stadt Bern ist ja da drin, man hat ein grosses Weinzelt, man hat grosse Sachen unten im Bärengraben, das ist dann schon gut, und nachher hängen sie sich eben dran. Ich sehe das genau gleich, da kann ich dem Tom Berger recht geben, das unternehmerische Risiko ist da. Man muss vorsichtig sein, aber wenn man dort den Enthusiasmus gesehen hat des Gemeinderats, der sich für das Zeug eingesetzt hat, das hat natürlich dann vielleicht ein paar KMU-Betriebe auch geblendet, die gesagt haben, es ist dann schon

gut, die Stadt ist ja dort auch dabei. Hätte man ein bisschen genauer angeschaut, wer dort dabei ist, und wie die Verträge sind, hätte man es merken müssen. Aber denkt einfach dann auch daran, darum sage ich es auch im Hinblick auf die Zukunft, ich werde das auch nicht heute, aber in einer anderen kleinen Anfrage thematisieren, dass man in Zukunft das Nötige vorkehrt, dass weder die Stadt noch Leute, die auf die Stadt vertrauen, nachher den «Schuh voll Dreck» hinausziehen. Danke.

Präsident: Einzelvoten gibt es nicht, dann hat abschliessend noch das Wort Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Natürlich ist das eine bodenlose Sauerei gewesen, dass der Veranstalter Konkurs angemeldet hat am Schluss. Von dem ist gar niemand ausgegangen, wirklich gar niemand, und das tut mir auch leid für alle die, die geschädigt worden sind, für alle die, die Vorleistungen gebracht haben, für alle die, die gearbeitet haben, und am Schluss haben sie nichts gehabt und rein gar nichts von dem Veranstalter. Aber ich muss euch einfach auch etwas sagen: Die Rolle der Stadt Bern bei solchen Geschichten ist die Rolle der Bewilligungsbehörde. Das heisst, wir bekommen ein Gesuch von irgendeiner Organisation und wir müssen entscheiden, ob wir das bewilligen oder verwerfen. Wir haben uns dazu entschlossen, das zu bewilligen und, lieber Alex Feuz, wenn du sagst, wenn die Stadt etwas bewilligt, dann steht sie moralisch auch noch in der Verantwortung und finanziell steht sie auch noch gerade für das, was irgendwelche komischen Veranstalter dann nachher machen, dann muss ich sagen, dann können wir eigentlich als Stadt tatsächlich gar nichts mehr bewilligen. Wir sind Bewilligungsbehörde, und nichts anderes ist unsere Rolle gewesen in dieser Funktion. Wir haben als Stadt uns sogar abgesichert, wir haben die Bankgarantie eingefordert. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern sind mit keinem Rappen zu Schaden gekommen, im Gegenteil, die Stadt Bern hat relativ viel Geld kassiert für alle Leistungen, die ein Tiefbauamt erbracht hat, die ein Polizeiinspektorat erbracht hat. Der Veranstalter hat sogar für die Nutzung vom öffentlichen Grund und Boden bezahlt. Aber es sind Private zu Schaden gekommen, und das ist absolut ärgerlich, und das ist eigentlich absolut nicht tolerabel. Aber meine Lieben, wenn ich von jedem Veranstalter, der in der Stadt Bern auf den Plan rückt, das würde machen, was die Motion hier fordert, nämlich ein detailliertes Budget für den gesamten Anlass, nämlich Offenlegung der Donatoren, Sponsoren, Gönner etc., dann müsste ich es auch machen bei Kundgebungen, dann müsste ich es auch machen bei einem Frauenstreik, dann müsste ich es auch sonst überall machen. Weil es kann auch sein, dass auch dort irgendwann einmal ein Privater oder vereinsmässig organisierter Organisator Konkurs geht. Und dort würdet ihr dann wohl nicht sagen, dass der Sicherheitsdirektor ein Lump gewesen ist und nicht recht hingeschaut hat, sondern dort würdet ihr sagen: Ja, das gibt es halt manchmal, dumm gelaufen. Und hier beim E-Prix muss ich sagen, ja, das ist tatsächlich dumm gelaufen, aber die Motion dürft ihr auf keinen Fall annehmen, sonst haben wir keine Veranstaltungen mehr, und sonst muss ich allen in die Bücher schauen, auch denen, die nicht kommerzielle Veranstalter sind. Also ich bitte euch inständig im Namen des Gemeinderats die Motion abzulehnen.

Präsident: Ich präzisiere noch schnell: Wenn sich jemand persönlich angegriffen fühlt, darf er oder sie gemäss Geschäftsreglement jederzeit noch einmal vortreten. Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Keine Angst, ich mache keine grosse Polemik. Ich habe auch kein grosses Plädoyer gehalten für diesen Vorstoss, denn er hat seine Tücken. Ich werde dem nicht zustimmen, aber, und da habe ich Wert darauf gelegt, ich habe hier sehr differenziert. Man kann natürlich von der Stadt aus, je nachdem wie man sich verhält auch gegenüber dem Organisator, kann man halt doch Dritten vielleicht den Eindruck geben, ja, der Unternehmer ist sehr solvent, das ist eine gute Sache. Und dann schaut man es zu wenig an. Und das ist das, was ich gesagt habe. Und mir geht es vor allem darum, das ist wichtig, ich habe hier und heute gesagt, man hat dort «einen Schuh voll» herausgeholt. Mir geht es darum, dass man in der Zukunft, zum Beispiel bei der Frauen-Euro, dass man dort nicht wieder einen Schuh herauszieht. Man hat jetzt einmal ein Fehler gemacht, das kann passieren, aber denkt immer daran, die Unternehmer, die dort auf hunderttausenden von Franken bleiben sitzen, denen tut das weh. Und da sage ich, muss die Stadt halt einfach dann auch ein bisschen aufpassen, wie sie kommuniziert, und vielleicht den Leuten auch sagen, schauen Sie, besprechen Sie es mit dem Anwalt, bevor Sie die Verträge unterschreiben. Merci.

Präsident: Reto, fühlst du dich auch noch persönlich angegriffen?

Reto Nause: Natürlich, aber ich sage nichts mehr.

Präsident: Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000004: Motion

Annahme

Ja	38
Nein	29
Enthalten	0

[Namensliste 035](#)

Präsident: Punkt 2 und 3 sind bei der Annahme als Richtlinie gleichzeitig auch als Begründungsbericht vorgelegt. Wir nehmen Punkt 2 und 3 als Begründungsbericht zur Kenntnis.

2018.SR.000188

16 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Rahel Ruch, GB/Seraina Patzen, JA!/Angela Falk, AL/Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018

Gemeinsame Beratung der Traktanden 16 und 17.

Wir sind bei den Traktanden 16 und 17, die wir gemäss Ordnungsantrag zusammen behandeln. Die sind beide gemäss Antrag Gemeinderat abgelehnt. Dann haben entsprechend die Einreichenden das Wort.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Logisch ist es ziemlich witzlos, heute über die Untersuchung zu reden eines Polizeieinsatzes von 2018, das ist jetzt viereinhalb Jahre

später. Ich danke hier an dieser Stelle auch allen vorangehenden Ratspräsidien, dass sie die Vorstösse nie traktandiert haben. Trotzdem möchte ich ein paar Worte verlieren, weil es hier um grundsätzliche Problematiken geht, die wir haben. Und ich nehme es auch vorweg, wir werden als GB/JA!-Fraktion weiterhin auch die Vorstösse als Motionen überweisen. Bis heute ist nicht wirklich geklärt, was in der Nacht vom 1. auf den 2. September 2018 tatsächlich passiert ist. Was wir wissen, ist, dass es mindestens ein Dutzend Verletzte auf Seiten der Besucherinnen und Besucher der Reitschule gegeben hat und drei verletzte Polizist*innen. Was wir auch wissen, ist, dass es zwar Verhaftungen gegeben hat an diesem Abend, aber dass es bis heute keine einzige Verurteilung gegeben hat. Hingegen ist es durchaus so, dass geschädigte Besucher*innen Schmerzensgeld gesprochen bekommen haben. Es wäre also durchaus angebracht gewesen, vielleicht einmal eine unabhängige Untersuchung zu machen, wenn man noch Jahre später überhaupt nicht weiss, was passiert ist. Und ja, der Gemeinderat sagt das schon richtig, die Aufsichtskommission hat durchaus etwas gemacht. Der Gemeinderat nennt es Untersuchung. Aber das, was die Aufsichtskommission gemacht hat, sagt ja nachher der Gemeinderat in seiner Antwort auch klar, man hat einfach Vertretende der Stadt Bern, also den Gemeinderat, Vertretende der Kantonspolizei und auch Vertretende der Reitschule befragt. Dort ist nicht viel mehr herausgekommen, als man eh schon gewusst hat, nämlich dass Aussage gegen Aussage steht. Besucher*innen oder Augenzeug*innen haben schon von Anfang an immer von einer gesuchten Eskalation durch die Polizei geredet und davon, dass unter anderem Wasserballone geflogen seien. Die Kantonspolizei hat von Flaschenwürfen geredet und Eisenstangen, die gegen die Polizei eingesetzt worden sind. Auch hier zeigt es ganz klar, eine unabhängige Untersuchung hätte durchaus Sinn ergeben. Die Vorfälle und auch die Antworten des Gemeinderats zeigen aus unserer Sicht drei grundsätzliche Problematiken auf. Erstens gibt es eine fehlende demokratische Kontrolle der Kantonspolizei Bern. Seit die Stadt Bern keine Stadtpolizei mehr hat, ist die demokratische Kontrolle der Polizei auf eine Grossratskommission beschränkt, die meines Wissens bis heute kein einziges Mal wirklich aktiv geworden ist. Die zweite Problematik, die wir haben, ist, dass wir wirklich davon reden müssen, dass es bei der Kantonspolizei Bern eine fehlende Fehlerkultur gibt. Die Kantonspolizei zeigt sich in den allermeisten Fällen völlig unfehlbar. Man sieht das jetzt auch in den letzten paar Jahren, wenn es um irgendwelche Verhaftungen geht, zum Beispiel die Verhaftung auf der Schützenmatte im Dezember 2022. Nur wenn es vielleicht Beweisvideos gibt von Betroffenen, die können vielleicht etwas ausrichten, oder wenn zum Beispiel irgendwelche Journalist*innen gerade vor Ort sind, dann kann es sein, dass die Kantonspolizei sagt, ja, vielleicht müssen wir es einmal anschauen. Sonst stellt die Kantonspolizei sich immer auf den Standpunkt: Wir haben alles richtig gemacht. Es braucht dementsprechend auch keine Nachforschungen. Und es geht hier nicht darum zu sagen, dass die Kantonspolizei an allem schuld ist, nur weil wir die Kantonspolizei komisch oder scheisse finden. Es geht hier darum, dass es ein grundsätzliches Unvermögen von einer gesamten Institution gibt, sich zu hinterfragen, einmal einen Schritt zurückzutreten und zu schauen, haben wir wirklich alles gemacht im Moment, um zum Beispiel eine Situation zu deeskalieren. Die dritte Problematik, die wir haben, ist, dass wir hier einen Gemeinderat haben, der ein fehlendes Interesse oder auch ein fehlendes Bewusstsein hat. Weil sehr oft ist es so, dass ihn solche Vorfälle nicht wirklich interessieren oder er überlässt es ganz dem Sicherheitsdirektor, das habe ich an dieser Stelle, an diesem Punkt auch schon ein paar Mal gesagt. Und wenn er ein Interesse hat, dann beschränkt sich das Interesse darauf, dass er sich einfach durch die Kantonspolizei informieren lässt. Das zeigt ja jetzt auch die Antwort des Gemeinderats. Abgesehen davon, die Antwort des Gemeinderats ist zu grossen Teilen von der

Kantonspolizei Bern geschrieben. Die Haltung des Gemeinderats ist insbesondere fatal vor dem Hintergrund, dass eben die Kantonspolizei von selber keine Untersuchungen macht, sich also eigentlich nicht irgendwelcher Fehler bewusst ist, und dass wir überhaupt eine fehlende demokratische Kontrolle haben. Zu dem kommt, dass der Gemeinderat durchaus ja auch Entscheide fällt, die wegweisend sind für Polizeieinsätze. Das sieht man jetzt hier an den Vorfällen am Beispiel der Schützenmatte sehr gut. Der Entscheid vom Gemeinderat ist nämlich gewesen, dass die Kantonspolizei rigoros gegen Drogenhandel vorgehen muss, vor allem auch im Bereich Schützenmatte und Vorplatz Reitschule. Und ganz ehrlich, die Kantonspolizei hat das über Jahre als Blankoscheck genutzt. Also der Gemeinderat hat eigentlich durchaus Entscheide getroffen, aber was nachher damit gemacht wird, ist ihm ein bisschen egal. Die GB/JA!-Fraktion ist auch 2023 der Meinung, dass die Kantonspolizei mit dem Gewaltmonopol, das sie innehat, auch eine Verantwortung hat. Und ebenso hat der Gemeinderat auch eine Verantwortung zur Aufsicht und zur strategischen Kontrolle dieser Kantonspolizei. Und aus unserer Sicht gilt es jetzt einfach endlich, die Verantwortung auch wahrzunehmen und nicht nur als Zaungast ein bisschen unbeteiligt zu tun. Wir befinden uns hier in der Stadt Bern. Wir sind in einer linken rot-grünen Gemeinde. Wir sind in der Bundeshauptstadt. Und da kann man sich nicht einfach immer verstecken hinter kantonale Vorschriften und Gesetzen. Und der Gemeinderat muss einfach auch mal Haltung zeigen und bei solchen Vorfällen, wie wir sie gehabt haben 2018 und immer wieder gehabt haben, muss er hinstehen und tatsächlich auch einstehen für eine unabhängige Untersuchung, wie ich es bereits am Anfang gesagt habe. Wir werden die beiden Vorstösse weiterhin als Motionen annehmen. Es geht hier um grundsätzliche Problematiken und dieser Problematik kann sich der Gemeinderat einfach nicht mehr länger verwehren. Merci.

Präsident: In Anbetracht der Tatsache, dass wir zu diesem Thema noch drei andere Vorstösse haben und noch lange darüber diskutieren werden: Ich glaube der Ausdruck «scheisse» in Zusammenhang mit Polizei ist nicht angebracht. Ich weiss, wie du es gesagt hast, aber ich bitte um Wahrung des Anstands im Rat. Wir sind jetzt bei den Fraktionsvoten zu Traktandum 16 und 17.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich starte mit einer Trigger-Warnung Das folgende Votum beinhaltet die Darstellungen von brutaler Gewalt. Ich benütze keine schlimmen Wörter. In der Nacht vom 1. auf den 2. September 2018 hat es einen regelrechten Überfall auf eine Gruppe von Menschen gegeben, die auf dem Vorplatz gefeiert haben. Das ist jetzt schon fast fünf Jahre her, das jetzt noch zu verhandeln, ist zwar suboptimal, aber trotzdem wichtig. Alle Augenzeugen, die damals dabei gewesen sind, sind sich einig, dass bei diesem Einsatz keine Rede sein kann von Verhältnismässigkeit. «Sie haben auf alles geschossen, was sich bewegt hat.» So hat ein Beobachter in den Medien diesen Einsatz beschrieben. Dementsprechend viele Verletzte hat es gegeben. Die Reitschule hat von 14 verletzten Besuchern und Besucherinnen berichtet, darunter auch Schwerverletzte. Darum sind ja dann auch im Stadtrat Untersuchungen und auch aufsichtsrechtliche Anzeigen eingereicht worden. Aktivistinnen und Aktivisten aus der Reitschule haben verschiedene Videos veröffentlicht, die das Vorgehen der Polizei dokumentiert haben. Unter anderem hat die Kantonspolizei damals das erste Mal neuartige Munition eingesetzt, sogenannte Wuchtgeschosse. Die sind so gross wie Golfbälle und werden gezielt auf einzelne Menschen geschossen. Berühmt geworden ist die, weil ein Polizist ein Smiley auf die Munition gemalt hat. Es hat sich später herausgestellt, dass bei dem Polizeieinsatz die neuartige Waffe getestet worden ist. Mittlerweile gehört sie zum Inventar der Kantonspolizei. Trotz des Smileys ist das nicht zum Lachen. Zwei

Menschen, die getroffen worden sind bei diesem Einsatz, haben notfallmässig operiert werden müssen. Ein Zwanzigjähriger ist am 1. September 2018 im Genitalbereich getroffen worden. Es hat ihm den Hoden verrissen. Trotz Notoperation ist ihm 3/4 des Gewebes abgestorben. Die Produzentin dieser Waffe, die B & T aus Thun, schreibt, dass die Munition sicher sei auf Nahdistanz. In einem Gutachten der Uni Bern, aus dem im Bund zitiert worden ist, steht, dass bei einer Distanz bis 30 Meter Leberrisse, Brustbeinbrüche und Frakturen von Gesichtsschädeln nicht ausgeschlossen werden können. Und noch auf eine Distanz von 60 Metern können Rippenbrüche und irreversible Augenschäden auftreten. Am 24. Februar diesen Jahres, also 2023, ist mit einer solchen Waffe bei einem Hockeymatch in Biel wieder ein Mensch schwer verletzt worden. Mit solchen Waffen wird in dieser Stadt auf Jugendliche geschossen, die am Feiern sind, das ist mindestens damals im September passiert. Der damalige Polizeikommandant Manuel Willi hat im Bund vom 5. September 2018 Stellung genommen. Auf die Frage der Verhältnismässigkeit des Einsatzes hat er gesagt: «Wenn es um so schwere Straftaten geht, muss das unbedingte Ziel sein, sich und Dritte zu schützen und die Täter zu fassen. Unsere Leute sind dafür ausgebildet, dass bei einem solchen Einsatz Unbeteiligte nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Daran haben wir kein Interesse.» Und nachher hat er noch beigefügt: «In der Hitze des Gefechts lassen sich im Einzelfall Verletzungen von Unbeteiligten nicht immer vermeiden.» Ich erinnere daran, dass Schmerzensgeld ausbezahlt worden ist. Es hat also keine Verurteilung gegeben. Das Fazit: Fünf Jahre später nach vielen Diskussionen ist der Grund für den massiv unverhältnismässigen Einsatz nicht wirklich geklärt worden. Wir können nur mutmassen, dass die Kantonspolizei ein Interesse daran gehabt hat, in dieser Nacht gegen die Menschen vor der Reitschule vorzugehen. Zu dieser Zeit hat auf der Schützenmatte das Neustadt Lab stattgefunden. Der Platz ist belebt und friedlich gewesen. Der Jürg Lüdi, der Leiter vom Neustadt-Lab, hat schon am frühen Abend dann festgestellt, dass sich die Polizei auf einen Einsatz vorbereitet. Wir können nur mutmassen, dass die Kantonspolizei ein politisches Interesse gehabt hat an diesem Einsatz. Das zeigt einmal mehr auf, dass die Stadt keine Kontrolle über die Polizei hat, wenn die Truppe vor der Reitschule wie eine Besatzungsmacht auftritt. Und es zeigt auch, dass wir nach fünf Jahren immer noch nicht mehr wissen, dass es nicht möglich ist, da irgendetwas zu untersuchen mit diesen Strukturen, die wir haben. Darum rufe ich die RGM-Parteien und den Gemeinderat einmal mehr dazu auf, alles daranzusetzen, dass in Bern wieder eine Stadtpolizei eingesetzt werden kann, die unter Kontrolle der Stadt ist, und bei der wir als Stadtrat eine Handhabe haben, wenn ein Einsatz aus dem Ruder läuft. Merci. Die Fraktion AL/PdA wird beide Motionen annehmen.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Sicherheit ist eine Grundbasis der Demokratie. Sicherheit ist eine Grundbasis einer Wirtschaft. Seit Jahren hat die Stadt Bern ein Problem, sie bringt die Sicherheit vor der Reithalle nicht in den Griff. Ich mag mich noch besinnen, als ich das erste Mal als zehnjähriger Bub in die Reithalle bin. Da hat es eine Kulturausstellung gegeben von Bernhard Luginbühl. Das ist mein Nachbar gewesen in Mörschwil, der hat eine Eisenplastik ausgestellt. Das ist ein friedliches und ein gutes Kulturzentrum gewesen. Bis es vor ein paar Jahren übernommen worden ist. Und man hat angefangen, Events zu machen. Ich habe selber früher auch Events gemacht, Barfestival, Schwingfest, Turnfest. Und dort als Veranstalter bin ich immer für die Sicherheit in die Verantwortung genommen worden. Wenn es bei uns an einem Pubfest eine Schlägerei gegeben hat, sind sie zum Veranstalter gekommen. Und mein eigenfinanzierter Sicherheitsdienst hat nachher schauen müssen, dass es in Ordnung gekommen ist. Es ist nie zu einem Polizeieinsatz gekommen. Es ist nie etwas passiert, und man

hat das Beste gegeben, dass vor allem die Besucher sicher sind. Wenn man die Bilanz der Reithalle in der Stadt Bern anschaut, allein 2018 hat man 710-mal Personen kontrolliert. Von diesen 710 kontrollierten Personen sind 326 festgenommen worden. Das ist mehr als die Hälfte. Jeder zweite, den man kontrolliert hat, hat ein Delikt gehabt. Weiter hat man 290 Raub-, Taschen- und Entreissdiebstähle gehabt. Das kommt nicht einfach von nichts. Man hat aber auch 481-mal Drogen gefunden und hat gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen. Cannabis, Kokain, Heroin. Und in 120 Fällen hat unsere Polizei Aufklärung machen wollen und ist gehindert worden, das heisst, sie haben gar nicht in die Reithalle hineindürfen. Sie haben nicht untersuchen dürfen. Jetzt fragt man sich warum, wenn die Polizei einen Einsatz macht in der Reithalle und 11 Polizisten verletzt werden, warum kommen die jetzt jedes Mal mit der Vollmontur. Also ich möchte auch nicht unbedingt einen Stein an den Kopf oder ein Fläschchen. Und ich muss sagen, wenn man von der Stadt 380'000 Franken bekommt jedes Jahr, dann kann man dazu subventionierte Kriminalität sagen. Und dann zieht man sich weiterhin als Veranstalter aus der Verantwortung und sagt, ja wir können nichts dafür oder es ist nicht unsere Schuld. Jetzt seht ihr auch noch, was die Institution der Reithalle gesagt hat: Die Kraft und Energie, die wir heute erfahren haben, werden wir zu zukünftigen Kämpfen tragen. Das heisst, die wollen weiterhin kämpfen, das hat ihre Zeitung ausgesagt, und wir subventionieren nachher die Kämpfe. Und nachher wird geweint, dass die Polizei, die ausgebildet ist, dass die Polizei, die für die Sicherheit und den Rechtsstaat sorgt, das Falsche macht. Ich bin nicht erstaunt, dass wir zu wenig Polizisten haben im Kanton Bern. Ich bin nicht erstaunt, dass den Beruf niemand mehr machen will, wenn man nachher so von der Politik hintergangen wird, und die Politik nicht hinter unserer Sicherheit steht. Heute will niemand mehr Polizei machen, ihr könnt machen, was ihr wollt, ihr seid immer der, der nachher schuldig ist. Ich habe vorhin noch mit dem Sicherheitsdirektor geredet, nach Corona hat es weniger Einsätze gegeben, es ist ein bisschen ruhiger geworden vor der Reithalle. Ich hoffe, dass wir in der Zukunft dort die Sicherheit in den Griff bekommen. Wir lehnen die Motionen 16 und 17 ab.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion stimmt beiden Motionen klar zu. Eingangs ist es mir wichtig zu betonen, dass wir uns gegen Gewalt gegen die Polizei aussprechen. Uns ist es aber enorm wichtig, dass die Polizei jederzeit deeskalierend und auch verhältnismässig agiert. Auch ist es für uns zentral, dass als Gegenstück zum Gewaltmonopol der Polizei die Polizeiarbeit wirksam kontrolliert werden kann und auch kontrolliert wird. Die SP Stadt Bern hat sich stets für eine Polizeiorganisation eingesetzt, die bürger*innennah ist, und die der politischen Steuerung und einer demokratischen Kontrolle unterliegt. Es kann nicht sein, dass sich der Gemeinderat, wie er das in den Antworten auf die zwei Motionen macht, immer wieder hinter dem Argument versteckt, er könne die Arbeit der Kantonspolizei nicht wirklich überprüfen. Wir kaufen Polizeidienstleistungen ein, und die Stadt Bern ist politisch und somit auf strategischer Ebene für die Polizeiarbeit auf dem Stadtgebiet zuständig. Es ist exemplarisch, dass der Gemeinderat die gestellten Fragen der Motionär*innen einfach der Kantonspolizei zur Beantwortung überwiesen hat. Das ist keine unabhängige Untersuchung. Das sind keine unabhängigen Antworten, und das entspricht auch nicht einer kritischen Untersuchung respektive einer Anhörung gemäss Artikel 12f Absatz 6 des alten Polizeigesetzes. Ja, der entsprechende Vorfall vom September 2018 ist schon länger her. Somit könnte man jetzt argumentieren, dass es ja nichts mehr bringt, den zu untersuchen. Es geht uns darum, dass die Polizeiarbeit bei Bedarf auch politisch und eben unabhängig untersucht wird, egal wann das gewesen ist. Das sind wir den betroffenen Menschen

schuldig. Es kann nicht sein, dass eventuell fragwürdige Einsätze der Polizei auf unserem Stadtgebiet einfach schulterzuckend und nicht untersucht zur Kenntnis genommen werden.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ja merci, Lea Bill, für das Einstiegsvotum. Es ist ein Witz, es ist wirklich ein Witz, was wir hier machen, es bringt auch nichts, sich darüber aufzuregen, dass so ein Vorstoss erst 5 Jahre später in den Rat kommt. Ja, wir haben uns die letzten Jahre als Parlament zunehmend selber angefangen zu blockieren. Wir haben uns zunehmend in Richtung eines dysfunktionalen Parlaments bewegt. Wenn ihr euch fragt, warum, genau solche Debatten für die Galerie, wie wir sie jetzt die letzten 15 Minuten geführt haben, sind ein Hauptgrund dafür. Es ist absolut sinnfrei, jetzt eine unabhängige Untersuchung eines Polizeieinsatzes von vor 5 Jahren zu fordern. Die politische Untersuchung, lieber Dominic Nellen, hat stattgefunden durch die Aufsichtskommission im Herbst 2018, das ist jetzt viereinhalb Jahre her. Wenn das der Grund ist, wieso ihr jetzt eine Annahme vornehmen wollt, dass das politisch untersucht wird, obwohl die politische Untersuchung ja bereits stattgefunden hat, baue ich euch jetzt eine Brücke. Ich stelle nämlich den Antrag bei beiden Vorstössen, die ja jetzt angenommen werden, das ist klar, weil ihr ja die Mehrheit habt, **ich stelle bei beiden den Antrag, dass sie nach der Annahme direkt abgeschrieben** werden. Wir beüben völlig unnötig und sinnfrei die Verwaltung mit solchen Motionen. Was wollen sie denn in einen Begründungsbericht schreiben? Dass sie einen Einsatz von vor fünf Jahren nicht mehr untersuchen können, dass die politische Untersuchung stattgefunden hat, was bereits auch in der Antwort des Gemeinderats steht. Darum bei beiden Vorstössen der Antrag unserer Fraktion: Bitte direkt abschreiben Merci.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ja was ist das für eine Erleichterung gewesen, als die Stadtpolizei zum Kanton gegangen ist, sonst würden wir wahrscheinlich hier jeden Donnerstag oder jeden zweiten Donnerstag über das oder irgendein ähnliches Thema reden. Schön hast du das gesagt, Lea Bill, einen Schritt zurück machen, ein bisschen reflektieren und sich einmal hinterfragen. Schön, aber das gilt immer nur, wenn wir über die Polizei reden. Aber reflektiert heute am Abend doch ein bisschen, macht mal einen Schritt zurück, deine Worte sind wunderschön, ich muss es noch einmal sagen. Aber wendet das doch einfach auch einmal für euch an, dann wäre schon vielen geholfen. Merci.

Präsident: Ich habe den Zusammenhang mit dem Thema gerade nicht verstanden. Ich bitte zum Vorstoss zu reden. Gibt es weitere Einzelvoten? Nein, dann hätte das Wort Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Es gibt Personal, das sich zugunsten der öffentlichen Hand engagiert, und wenn man in diesem Zusammenhang das Wort «scheisse» braucht, muss ich sagen, dann fühle ich mich unwohl, dann fühle ich mich ziemlich unwohl in dem Saal. Und ich finde das auch ziemlich unterste Schublade. Wenn man davon redet, dass man Einsätze der Kantonspolizei Bern nicht demokratisch legitimiert überprüfen kann, dann stimmt das schlicht und ergreifend nicht. Der Grosse Rat könnte zu jeder Zeit, an jedem Ort, für jeden Einsatz eine externe Untersuchung einfordern. Es könnte auch sein, dass persönlich Betroffene, da sind von David Böhner Schicksale geschildert worden, Anzeige erstatten. Meines Wissens sind keine Anzeigen eingegangen gegen die Polizei. Die hätte man auch extern und neutral untersuchen müssen. Und wenn man

von undemokratisch redet, lieber Stadtrat, eure eigene Kommission, eure Aufsichtskommission, gut alle die, die neu sind, die wissen nicht mehr, was die Aufsichtskommission gewesen ist, aber das ist eigentlich die höchste Kommission gewesen des Rats. Die Kommission hat uns zitiert, hat die Kantonspolizei zitiert, hat sich die Ereignisse im Detail erklären, hat sich die Sichtweise von beiden Seiten geben lassen und hat nachher darauf verzichtet, weitere Schritte zu unternehmen. Das ist ein demokratischer Prozess gewesen. Und hier von undemokratisch und fehlenden Kontrollen etc. zu erzählen, das wird der Situation nicht gerecht. Im Übrigen möchte ich auch daran erinnern, dass der Gemeinderat die Möglichkeit geschaffen hat, dass auch die Ombudsstelle der Stadt Bern Polizeieinsätze, wenn Sie stattfinden, und wenn Sie zu Kritik Anlass geben, anschaut und untersucht und Fragen ebenfalls beim Kommando der Kantonspolizei deponieren kann. Also der Gemeinderat ist hier überhaupt nicht untätig gewesen. Der Gemeinderat hat Rede und Antwort gestanden. Und es ist einfach so, dass die Ereignisse, die wir dort erlebt haben vor fünf Jahren, dass die völlig unterschiedlich in der Wahrnehmung sind, und dass wir auch verletzte Polizistinnen und Polizisten gehabt haben, und dass wir hier massive Gewalt gehabt haben, die auch gegen die Einsatzkräfte gegangen ist. Und ich glaube, das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich bitte euch, den Vorstoss abzulehnen und danke Euch dafür.

Präsident: Zur Präzisierung von meiner Seite: Ich habe das Wort «scheisse» kritisiert an sich. Ich habe nicht behauptet, dass sie gesagt hat, dass die Polizei Scheisse ist. Einfach, dass wir das noch klären. Ich kritisiere die Ausdrucksweise und nicht die Aussage, weil das hat sie so nicht behauptet. Das möchte ich noch klarstellen, das ist noch wichtig. Ich kritisiere aber, und dazu stehe ich, dass man die Wörter nicht unbedingt hier verwenden muss, man kann das durchaus anders formulieren. Wir kommen zu den Abstimmungen über diese Richtlinienmotionen. Wir stimmen ab über das Traktandum 16.

Abstimmung

2018.SR.000188: Richtlinienmotion	
Annahme	
Ja	36
Nein	28
Enthalten	0
	Namensliste 036

Präsident: Die Richtlinienmotion ist angenommen worden. Wir haben einen Antrag auf Abschreibung, weil die Motion inhaltlich erfüllt worden ist. Gemäss Antwort des Gemeinderats stimmen wir ab über die Abschreibung von Traktandum 16.

Abstimmung

2018.SR.000188: Antrag Tom Berger (FDP): Abschreibung	
Ablehnung	
Ja	30
Nein	35
Enthalten	0
	Namensliste 037

Präsident: Sie ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Traktandum 17.

2018.SR.000193

17 Motion Freie Fraktion AL/PdA/GaP (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Lea Bill (GB): Aufsichtsrechtliche Anzeige des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018

Gemeinsame Beratung der Traktanden 16 und 17: siehe Traktandum 16.

Abstimmung

2018.SR.000193: Richtlinienmotion

Annahme

Ja	40
Nein	24
Enthalten	0

[Namensliste](#) 038

Präsident: Das ist angenommen worden. Auch hier ist beantragt worden, dass man direkt die Abschreibung macht. Wir stimmen über die Abschreibung von Traktandum 17 ab.

Abstimmung

2018.SR.000193: Antrag Tom Berger (FDP): Abschreibung

Ablehnung

Ja	30
Nein	34
Enthalten	0

[Namensliste](#) 039

Präsident: Die Abschreibung ist abgelehnt. Wir sind beim Traktandum 18 bis 20.

2018.SR.000195

18 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Einsätze und Intervention im Umfeld der Reitschule nur noch mit Bodycams

Die Traktanden 18 bis 20 werden gemeinsam beraten.

Präsident: Traktandum 18 ist bestritten. Wir kommen zum Traktandum 19, weil es nicht bestritten ist. Ist das im Stadtrat bestritten? Das ist bestritten, das Traktandum 20 ist auch bestritten vom Gemeinderat. Dann würden wir anfangen mit den Einreichenden für Traktandum 18.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich möchte dem Ratspräsident sehr danken, dass er die unbequemen alten Vorstösse heraufgeholt hat und traktandiert hat. Ich bin ihm sehr dankbar dafür. Ihr werdet sehen, ich versuche diese Vorstösse sachlich zu behandeln. Ich fange an mit dem Traktandum 18, Einsätze und Intervention im Umfeld der Reitschule nur noch mit Bodycams. Ihr habt gesehen, dass der Gemeinderat Punkte 1 und 2 als Richtlinie annehmen will und Punkt 3 ablehnt und Annahme als

Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht vorschlägt. Also ich kann es halten wie der Gemeinderat. Ziffer 1 und 2 danke ich für die Zustimmung. Wir haben jetzt auch den Versuch, den man durchführt, den Punkt 3 hätte ich gerne separat zur Abstimmung gebracht, deshalb verlange ich hier punktweise Abstimmung. Wir sind hier gleicher Meinung, aber ich sehe, wir haben hier einen schweren Stand. Wir sagen einfach, wir sind wegen dieser ganzen Problematik Reithalle, ihr habt jetzt vorhin gerade gehört von den vielen Vorfällen, die es gibt, von der vielen Gewalt, die es gibt, wir sind dort einfach der Meinung, man sollte hier ein Zeichen setzen. Man sollte diesen personellen Ausbau verlangen und die Polizeipräsenz im Bereich der Reithalle stärken. Weil ich bin der Meinung, die Polizei hilft hier mehr den Leuten, den Passanten, als wenn man dort einen geschützten baulichen Ort macht. Es braucht hier die Polizei. Ich habe auch gesagt bei dem ganzen Tool, das wir haben, wichtig ist, dass die Polizei da ist, dass man einen Ansprechpartner hat und nicht irgendwie einen geschützten Unterstand. Ihr seht es ja selber, es ist teilweise ja unklar, welche Leute überhaupt Security sind oder nicht Security sind. Da kommen dann am 25. Mai entsprechende Vorstösse, die wir vorziehen. ...

Präsident: Ich bitte um ein bisschen Ruhe im Saal, ich verstehe Alexander nicht mehr. Merci.

Alexander Feuz (SVP) führt sein Votum fort: ... Ich versuche ja laut und deutlich zu reden, aber offenbar komme selbst ich manchmal hier nicht dagegen an. Also Fazit: Punktweise Abstimmung 1 und 2 und 3. Beim 3 habe ich euch gesagt, wieso wir den jetzt hier gleich zur Abstimmung bringen wollen.

Ich komme schon bereits zum 19. Das ist der Vorstoss, mit dem der Motionär verlangt, das Signalhorn vor der Reithalle sei zu entfernen. Störungen von Amtshandlungen und gezielte Provokationen durch die Reithalle. Der Gemeinderat beantragt Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Prüfungsbericht. Ich halte fest, der Motionär und wir sind mit dem Vorgehen einverstanden. Das Signalhorn ist nicht mehr zum Einsatz gekommen. Falls es dann wieder kommt, werden wir selbstverständlich hier nachlegen und das Nötige wieder machen. Aber es zeigt einfach, und um das geht es mir jetzt in dem Zusammenhang, wenn man natürlich ein solches Abwehredispositiv macht in der Reithalle, ein Signalhorn, damit Straftäter privilegiert werden und begünstigt werden. Das ist für mich nach wie vor der Ansatzpunkt. Ihr wisst, ich bin schon einmal auf die Nase gefallen, als ich den Staatsanwalt daran genommen habe wegen Begünstigung. Aber irgendwann einmal wird dann jemand aus dem Umkreis drankommen, wenn man dermassen versucht, die Leute der Strafverfolgung zu entziehen. Wie gesagt, ich akzeptiere das, weil das Signalhorn zurzeit nicht mehr im Einsatz ist. Und wir behalten uns hier vor und ich behalte mir auch vor, gegebenenfalls das Nötige zu unternehmen. Das gilt auch bei dem Vorstoss, den wir gemacht haben in der Lorraine, wo man versucht mit Sprayereien an neuen Sachen den Leuten Angst zu machen, ein Gebiet zu markieren. Wie bei der Reithalle selber ist auch dort mal eine rote Linie markiert gewesen, die die Polizei nicht überschreiten darf. So etwas ist amerikanische oder südamerikanische Gangster-Taktik, wo man versucht, sein Gebiet mittels Tack zu schützen. Und das ist der Punkt, wieso wir die Vorstösse so eingereicht haben.

Sie sehen, ich bin zeitlich gut drin, ich gehe bereits zum 20 weiter. Das ist die Motion «Null Toleranz bei Pyro-Zünlern, militanten Reithallenaktivisten und illegalen Spraysen aus der Reithalle sowie bei Gewalt bei im Sport». Hier ist der Gemeinderat bereit, das als Postulat anzunehmen. Gleichzeitig Prüfungsbericht. Ich kann Ihnen sagen, ich bin nicht mit allen Ausführungen des Gemeinderats einverstanden. Ich bin der Meinung, es

ist teilweise zu wenig weit. Aber mir ist das ein Zeichen, wenn selbst der Gemeinderat das als Postulat entgegennimmt und doch gewisse Sachen klar festhält, kann ich auch sagen, ich habe lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Darum sind wir hier bereit, das zu akzeptieren. Aber ich möchte hier noch einmal in diesem Zusammenhang sagen, es geht hier darum, dass die Öffentlichkeitsfahndung in allen Bereichen der Gewalt zu intensivieren ist und zu fördern ist, insbesondere wenn andere Förderungsmassnahmen nicht zum Ziel führen. Das ist wichtig, das haben wir immer klar gesagt. Man muss also immer zuerst schauen, bevor man ein unverpixelttes Bild von einem mutmasslichen Täter publiziert, ob andere Fahndungsmassnahmen zur Verfügung stehen. Und ich halte hier auch ganz klar mit aller Deutlichkeit fest: Es geht hier in Klammern nicht nur gegen die Reithalle, es geht auch gegen die sportlichen Hooligans. Ihr habt selber gesehen, was in Basel passiert ist. Das hat nichts mehr mit Sport zu tun, wenn man eine Security, die sich möglicherweise wirklich falsch verhalten hat, vielleicht ihre Kompetenzen überschritten hat, was ich gar nicht in Abrede stelle, wenn man danach weitere vier Leute der Security halb zu Tode zu schlägt. Solche Sachen darf es nicht geben. Hier muss man es machen. Dann soll die Stadt ebenfalls Rechtsgrundlagen schaffen und mit den Sportveranstaltern einen privatrechtlichen Zusatzvertrag abschliessen, welcher das Zünden von Pyros im Stadion sanktioniert. Für mich ist klar, das ist ein falsches Zeichen, wenn man damit Pyros, die halt doch gefährlich sind, herumschiesst. Denkt daran, dann wird geschossen und davor ist vielleicht jemand mit einer Kapuze oder ein Kind mit Kapuze, das sich ein bisschen dumm verhält, und dann habt ihr plötzlich ein brennendes Pyro in der Kapuze, und dann habt ihr schwere Brandverletzungen, wenn ihr wisst, wie es da drinnen ist. Darum scheinen mir das alles Punkte, die man hier machen muss. Bei den Sicherheitskosten, ihr habt es gesehen, wäre ich einer von denen, der durchaus sagt, bei den Clubs, die sich eben nicht daran halten, die sich nicht kooperativ verhalten, dass die allenfalls mehr zahlen müssen. Das ist für mich immer klar gewesen, ich habe immer gesagt, das darf nicht sein, dass ein Saubannerzug die Altstadt verwüstet, wenn man einen Match im Stadion macht. Es ist mir aber auch klar mit parallelen städtischen Rechtsgrundlagen, dass das teilweise juristisch heikel ist. Das ist mir auch klar, da sehe ich die Problematik, wodurch man da im Einzelfall mit dem städtischen Recht enge Grenzen hat. Darum gehe ich hier auch nicht auf tutti und akzeptiere das Postulat. Ebenfalls die Ziffer 3, die gesetzlichen Möglichkeiten nach den Konkordaten, dass man die konsequent umsetzt und ausschöpft unter Wahrung der Verhältnismässigkeit. Und auch hier noch einmal die Ziffer 3 mit der Öffentlichkeitsfahndung, auch hier seht ihr, dass man hier mit dieser Situation etwas machen kann. Aber ich bin froh, wenn der Gemeinderat das Postulat annimmt. Und das ist der Grund, ihr seht, dass ich in einer gewissen abendlichen Milde bin, dass wir diesen Sachen zustimmen, die zumindest immerhin ein Zeichen sind. In dem Sinne danke ich für die Unterstützung des Vorstosses. Merci.

Präsident: Merci Alexander. Für mich noch schnell zur Klärung: Punktweise Abstimmung beim Traktandum 18. Punkt 3 ist gewandelt wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Traktandum 19 bleibt Richtlinienmotion wie angenommen vom Gemeinderat. Traktandum 20 wird gewandelt. Wir wären bei den Fraktionsvoten, wo man sich anmelden kann.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Manchmal fragt man sich, ob es besser ist zu gewissen Motionen etwas zu sagen oder nicht. Die Reitschule als Sauladen zu bezeichnen oder pauschal etwas gegen Hooligans, Halunken, sonstige Gewalttäter, Schmier- und Schmutzfinken und Dreckspacks tun zu wollen, spricht eigentlich für oder eben

dann gegen sich. Wir finden es trotzdem wichtig, kurz zu diesen drei Motionen Stellung zu nehmen. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt alle drei Motionen klar ab, das auch als Postulat. Das Thema Bodycams ist eigentlich schon überholt, die Kantonspolizei hat einen einjährigen Pilotversuch durchgeführt mit einer sehr mageren Bilanz. Die Kantonspolizei hat diesem Mittel einen sehr bescheidenen Erfolg zugesprochen und die Körperkameras dann selber nur sehr zurückhaltend eingesetzt. Oder um es deutlich zu sagen: Die Polizei will die Körperkameras selber nicht nutzen und sie bringen auch nichts. Es ist nicht einzusehen, wieso denn bei der Reitschule bezüglich dieser Körperkameras besondere Regeln gelten sollen. Es ist der Kantonspolizei überlassen, wo sie im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen welche Mittel einsetzt. Wir glauben nicht, dass es zu den Aufgaben des Stadtrats gehört, sich mit politischen Gefässen zu einem Signalhorn, das im Übrigen schon lange wieder demontiert ist, zu äussern. Es geht auch in dieser zweiten Motion lediglich darum, eine Anti-Reitschulpolitik zu betreiben, was wir klar ablehnen. Und die dritte Motion von dem Block ist dann absolut unverständlich. Die beantragten Punkte fallen nicht in die Zuständigkeit unserer Stadt. Das sind Massnahmen, für die die Strafverfolgungsbehörden zuständig sind, und für die es schon, wie es der Gemeinderat ausgeführt hat, umfassende gesetzliche Vorgaben gibt. Die Strafverfolgungsbehörden erfüllen ihre Aufgaben in dem Bereich schon. Es braucht keine weiteren Massnahmen auf Stufe Stadt.

Präsident: Es gibt keine weiteren Fraktionsvoten. Dann wäre als Einzelvotum Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte festhalten, ich habe keine Worte wie Halunken, Dreckspack oder so etwas benutzt, ich glaube, ich habe sehr sachlich gesprochen. Ich habe auch den Vorstoss durchgelesen. Ich habe meines Erachtens im Gegensatz zu anderen, die solche Begriffe enthalten, hier nichts gesehen. Ich möchte vielmehr festhalten, Ihr habt gesagt, wir als Motionäre, wir haben alles umgewandelt als Postulat. Uns geht es ja darum, ein Zeichen zu setzen, dass wir die Arbeit der Polizei schätzen. Und ich bin auch der Meinung, wenn man jetzt einen Vorstoss als Postulat umwandelt, und wenn man die Antwort des Gemeinderats, der sagt, das Signalhorn ist jetzt weg, dann bin ich an der Meinung, könnte man dem Postulat zustimmen, sollte ihm zustimmen, genau wie es der Gemeinderat gemacht hat. Wenn man das nicht will, dann ist es wahrscheinlich ein ideologischer Punkt, dass man sagt, es ist halt eigentlich gut, dass man das Signalhorn gehabt hat, dann ermutigt man quasi diese Leute, weiterhin in diesem Grenzbereich tätig zu sein. Das ist für mich ein grosses Anliegen, das möchte ich klar festhalten, auch das mit den Pyro-Zünlern etc.. Das sind Gefahren, denkt daran, wenn ihr mit Kindern irgendwann an Sportveranstaltungen geht. Ich bin der Meinung, das Pyro-Zünseln ist schon etwas Gefährliches und hier haben wir jetzt eine Antwort. Ihr habt gesehen, wir haben uns hier sehr zurückhaltend geäussert. Ich bin nach wie vor der Meinung, zum Schutze des Bürgers und neutralen Sportbesuchers darf man so, wie wir das Postulat jetzt noch haben mit dem Prüfungsbericht des Gemeinderats, zustimmen. Wir selber stimmen jetzt dem Gemeinderat zu. Die SVP, ihr seht es, wir haben heute fast Kreide gegessen. Im Sinn eben der Verdankensarbeit der Polizei haben wir gesagt, also wenn der Gemeinderat das sagt, dann sehe ich dort immerhin einen gewissen Lichtschimmer. Auch wenn ich einfach jetzt feststellen muss, dass selbst ein Postulat Signalhorn, das etwas klar Widerrechtliches ist, dann werde ich wahrscheinlich einmal wirklich, wenn ich dann die Leute im Griff habe, und sie dann vielleicht einmal zu weit gegangen sind, dann nimmt es einmal jemanden mit Begünstigung. Dann kann man vielleicht auch den Tatbestand der psychischen Helferschaft

anwenden, wo sie Leute zu den Taten ermutigen. Da gibt es dann vielleicht noch höhere Herren und Leute, die nachher dort zur Verantwortung gezogen werden. Darum im Sinne des Gemeinderats und der Polizeibeamten und insbesondere auch der unschuldigen Match-Besucher und Familien bitte hier diesen Vorstössen zuzustimmen. Merci.

Ruth Altmann (parteilos) Einzelvotum: Ich bitte Sie, diese Motionen abzulehnen, weil es ist überhaupt nicht an uns, hier der Polizei hineinzureden, wie sie die Einsätze und Interventionen macht im Umfeld der Reitschule. Und deswegen ist es nicht an uns zu beurteilen, was es da braucht und was nicht. Die sind verfehlt, die Motionen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten, der Reto Nause verzichtet ebenfalls. Dann wären wir bereits bei den Abstimmungen.

Wir kommen zum Traktandum 18, da ist die punktweise Abstimmung beantragt worden von den Einreichenden. Wir stimmen ab über Punkt 1 und 2 als Richtlinienmotion und über Punkt 3 werden wir als Postulat abstimmen. Wir kommen zum Punkt 1 als Richtlinie.

Abstimmungen

2018.SR.000195: Punkt 1 als Richtlinienmotion

Ablehnung

Ja	12
Nein	50
Enthalten	0

[Namensliste](#) 040

Präsident: Sie haben Punkt 1 abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 2.

2018.SR.000195: Punkt 2 als Richtlinienmotion

Ablehnung

Ja	12
Nein	51
Enthalten	0

[Namensliste](#) 041

Präsident: Sie haben diesen Punkt abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 3 als Postulat.

2018.SR.000195: Punkt 3 als Postulat

Ablehnung

Ja	14
Nein	48
Enthalten	0

[Namensliste](#) 042

Präsident: Das Postulat ist abgelehnt. Wir kommen darum zum Traktandum 19.

2019.SR.000065

19 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Signalhorn vor der Reitschule entfernen, Störungen von Amtshandlungen und gezielte Provokation durch die Reitschule

Gemeinsame Beratung der Traktanden 18 bis 20: siehe Traktandum 18.

Präsident: Traktandum 19 Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000065: Motion als Richtlinie

Ablehnung

Ja	14
Nein	49
Enthalten	0

[Namensliste](#) 043

Präsident: Sie haben das ebenfalls abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 20.

2019.SR.000085

20 Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Null Toleranz bei Pyro-Zünlern, militanten Reithalleaktivisten und illegalen Sprayern aus der Reithalle sowie bei Gewalt im Sport

Gemeinsame Beratung der Traktanden 18 bis 20: siehe Traktandum 18.

Präsident: Traktandum 20 als Postulat: Wir stimmen ab.

Abstimmung

2019.SR.000085: Postulat

Ablehnung

Ja	13
Nein	50
Enthalten	0

[Namensliste](#) 044

Präsident: Das Postulat ist ebenfalls abgelehnt. Wir hätten weitere Traktanden auf dem Plan. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass das **Traktandum 25 zurückgezogen** worden ist. Sprich, das können wir in dem Sinne auch gerade streichen. Ich werde aus Respekt gegenüber den Einreichenden aber darauf verzichten, dass wir jetzt in dieser kurzen Frist bis zum Schluss noch ein neues Thema anfangen, und würde vorschlagen, dass wir unter diesen Umständen die Sitzung beenden für heute. Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit, wünsche einen schönen Abend.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- | | |
|--|----------------|
| 21. Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts im Keim ersticken; Ablehnung | 2017.SR.000257 |
| 22. Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Miceli (PdA): Langjährige Sans Papiers in der Stadt Bern legalisieren; Punkt 1: Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht / Punkt 2: Ablehnung | 2018.SR.000196 |
| 23. Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Tabea Rai, AL/Angela Falk, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler GaP) - übernommen durch David Böhner (AL): Schluss mit der Aufteilung zwischen Schweizer BürgerInnen und AusländerInnen bei den Einwohnerdiensten. Für eine Willkommenskultur in der Stadt Bern!; Ablehnung | 2019.SR.000042 |
| 24. Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Angela Falk/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Jemima Fischer (AL): Unterstützung durch die Stadt Bern bei den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen; Ablehnung/Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht | 2019.SR.000097 |

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Was für GEAK-Energieeffizienzklassen hat das neu gekaufte Mehrfamilienhaus in Bümpliz und was passiert mit den Mietenden?
2. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach, SP): Airbnb regulieren, Wohnraum schützen: Wo steht die Stadt Bern?
3. Interfraktionelles Postulat SVP, Mitte, FDP/JF, AL/PdA, GB/JA (Alexander Feuz, SVP / Milena Daphinoff, Mitte / Thomas Hofstetter, FDP / Raffael Joggi, AL / Vanessa Salamanca, GB) und Simone Machado (GaP): Erstellung von mobilen Toiletten bei städtischen Kinderspielflächen «im Grünen»
4. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Laura Binz / Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler, SP): Schliessung Spital Tiefenau. Wie sieht das weitere Vorgehen aus?
5. Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz / Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler, SP): Schliessung Spital Tiefenau: Zwischennutzungen jetzt angehen
6. Kleine Anfrage David Böhner (AL): Kamera bei der Verkehrsinsel Schützenmatte Richtung Bahnhof
7. Postulat Fraktion Mitte (Sibyl Eigenmann / Lionel Gaudy, Mitte): Modernisierung des Parkkartensystems in der Stadt Bern – Vollständige Digitalisierung des Parkkartensystems und Förderung des Car-Sharings
8. Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA, AL/PdA, SP/JUSO (Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA / David Böhner, AL / Laura Binz, SP): Überprüfung Basisstrassennetz Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Bahnhofplatz entlasten, Bollwerk aufwerten, Klimastrategie umsetzen
9. Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene

Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen

10. Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende
11. Postulat Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL / Matteo Micieli, PdA): Umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild
12. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Fuchs / Thomas Glauser, SVP): Zentralweg: Die Stadt muss Strafanzeige einreichen!
13. Kleine Anfrage Ursula Stöckli (FDP): Planungsarbeiten zu Metroparking Ausfahrt: Vorseilend Fakten schaffen. Sind das die richtigen Prioritäten bei hoher Arbeitslast?
14. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Fuchs / Thomas Glauser, SVP): Wieso will die Stadt keine Strafanzeige einreichen?
15. Kleine Anfrage Simone Machado (GaP) und Alexander Feuz (SVP): Kastanienbäume am Hirschengraben – Fällung durch die Hintertüre?
16. Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter GLP): Vermeidung von Vogelschlag

Schluss der Sitzung: 22.23 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Redaktion: Renate Bock